



Pia Beckmann:

Ereignisreiches Festjahr 2004

Am Neujahrstag gab die Würzburger Oberbürgermeisterin den offiziellen Startschuss für das 1300jährige Stadtjubiläum.

Seite 13



Norbert Kastner:

Deutlich jünger als gemeldet

Ganze 44 Lenze jung wurde der Coburger OB am 23. Dezember und nicht, wie von der GZ fälschlich gemeldet, bereits ein halbes Jahrhundert.

Seite 2



Dr. Gabriele Pauli:

„Wünsche sind nicht mehr möglich“

Die finanzielle Lage ist auch im Landkreis Fürth ernst. In den Jahren 2005 bis 2007 fehlen allein im Verwaltungshaushalt 4 Millionen Euro.

Seite 15

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 15. Januar 2004

55. Jahrgang / Nummer 1/2

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Kliniken in der Finanzierungskrise

Mitgliederversammlung verabschiedet Resolution an Ministerpräsident Stoiber

Die Krankenhäuser in Bayern stehen zunehmend mit dem Rücken zur Wand. Nach zehn Jahren gedeckelter Budgets und ständig steigender Kosten befänden sich viele Krankenhäuser im Land in einer echten Finanzierungskrise, erklärte der Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Oberbürgermeister Franz Stumpf, bei der Jahresmitgliederversammlung des Verbandes in München.

Mit der Einführung des neuen unverbhältnismäßig hohe Kürzungen weiter zu beschneiden. Vergütungssystems, den Auswirkungen des viel zitierten Urteils des Europäischen Gerichtshofs

sich auf die neuen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen einzustellen und ihnen gleichzeitig die Grundlage für zukunftsorientiertes Handeln nehmen“, erklärte Stumpf.

Markenzeichen

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft erwartet von der Staatsregierung, die bislang bundesweit als Markenzeichen anerkannte bayerische Krankenhauspolitik fortzuführen. Den Klinikträgern müsse die Möglichkeit gegeben werden, moderne, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen. Stumpf unterstrich, dass die Krankenhäuser veränderungswillig und -fähig seien und dies in der Vergangenheit mit einer beträchtlichen Leistungssteigerung auch bewiesen hätten: „Die weitere Erhöhung der Effizienz bleibt uns als Daueraufgabe erhalten, der wir uns auch stellen werden.“

Sozialministerin Christa Stewens beklagte ebenso den enger werdenden finanziellen Spielraum der Kliniken, zu dem neben der minimalen Steigerung des Krankenhausbudgets von 0,02 Prozent für die alten Bundesländer auch das ab 2004 verbindliche Fallpa-

schalensystem beitragen werde.

Motor für die Wirtschaft

Wegen noch unerschlossener Produktivitäts- und Kompetenzreserven werde die Bedeutung des Gesundheitswesens als Motor ersten Ranges für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Zukunft weiter zunehmen, fuhr die Ministerin fort. Das Potenzial aus dem „Gesundheitsstandort Bayern“ müsse für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern systematisch ausgebaut werden. In der gezielten Erschließung der Auslandsnachfrage nach Gesundheitsangeboten aus Bayern sehe sie deutliche Wachstumspotenziale. So müsse das qualitativ hervorragende Niveau bayerischer Medizin, insbesondere das der Krankenhäuser, stärker international bekannt gemacht und der Gesundheitsstandort Bayern zu einem weltweiten Spitzenstandort ausgebaut werden.

DK



800 Jahre Stadtgeschichte feiern die Landshuter in diesem Jahr. Honoratioren der Stadt, Vertreter der Geistlichkeit, Wirtschaft und Wissenschaft kamen zum festlichen Empfang am vergangenen Wochenende. Unser Bild zeigt (v.r.) Kardinal Friedrich Wetter, der den Dankgottesdienst gestaltete, Oberbürgermeister Josef Deimer und den Festredner der Auftaktveranstaltung, Prof. Erich Stahleder.

Zellner zum Nachtragshaushalt 2004:

Akzeptabler Finanzausgleich

„Das Ergebnis der Verhandlungen zum Finanzausgleich 2004 ist ein akzeptabler Erfolg“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Zellner. Während der Verhandlungen hat der Freistaat die hohe Ausgabenbelastung der Kommunen anerkannt und das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs nur um 3,4 % gekürzt.

Die Ausgangssituation der Kommunen war äußerst ungünstig: Der Freistaat Bayern hatte die Absicht, den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 421 Mio. Euro zu kürzen. Zellner: „Das war für die kommunale Spitzenverbände inakzeptabel, da vor allem die Schlüsselmasse verringert und die Bezirksumlagesätze erhöht werden sollten.“

Der Präsident hatte sich vorgenommen, folgende Ziele zu erreichen:

- Keine Verringerung der Schlüsselmasse,
- keine Erhöhung der Bezirksumlagesätze
- mehr Mittel für die Bedarfszuweisungen.

Zellner: „Meine gesetzten Ziele konnte ich durchsetzen. Es ist mir gelungen, den Freistaat Bayern zu überzeugen, seine ursprünglichen Planungen zum Kommunalfinanzausgleich 2004 um 270 Mio. Euro nach oben zu korrigieren. Dies haben wir vor allem dem vom Bayerischen Ministerpräsidenten beim Bayerischen Landkreistag im Mai 2003 angekündigte Hilfspaket zu Gunsten der bayerischen Kommunen

zu verdanken.“ Demnach ergibt sich:

Die Schlüsselzuweisungen 2004 bleiben auf dem Niveau (Fortsetzung auf Seite 2)



In einigen Fällen scheinen leere Säcke hohle Köpfe zur Folge zu haben. Jedenfalls ist es den Stralsunder Stadtstiefvätern bitter ernst mit ihrem Ansinnen, alle Vermögenswerte der örtlichen Sparkasse meistbietend zu verhöckern, um Haushaltslöcher zu stopfen. Dass Hajo Klein und Fanny Bacher diese Idee spannend finden, versteht sich von selbst. S.15

Literatur in Bayern

Mit 350 Einzelveranstaltungen in 150 bayerischen Städten und Gemeinden feiert Bayern im kommenden Jahr seine Literatur. Vom 23. April bis Ende Juni 2004 werden in allen Regierungsbezirken Lesungen, Theateraufführungen, Ausstellungen, Filme, Liederabende, Vorträge, Kabarett, Tanz und Performances, veranstaltet. Autoren sind Karl Valentin und Ödon von Horváth, Marieluise Fleißer und Franziska zu Reventlow, Carl Sternheim und Victor Klemperer, Maria Sybilla Merian und Tanja Kinkel, Marianne Sägebrecht und Eva Demski, Jörg Hube und Fitzgerald Kusz, Paul Maar und Bernhard Setzwein, Herbert Rosendorfer und Stefan Wackwitz, Reinhard Jirgl und Joseph von Westphalen. Die Veranstaltungen finden in Landgasthöfen und Schulen, vor Dichterdenkmälern und in Krankenhäusern, in Verlagen und auf Friedhöfen, Weinbergen und Brauereien, Gefängnissen und Asylbewerberheimen, in Schlössern und Residenzen statt. Das Programm koordiniert der „Arbeitskreis für gemeinsame Kulturarbeit bayerischer Städte e.V.“. Die Städte haben detaillierte Programme erarbeitet. Jede Region Bayerns hat eigene Schwerpunkte gesetzt und für sich ein eigenes Motto gewählt.

zur Anerkennung der Bereitschaftsdienste als volle Arbeitszeit und weiteren einschneidenden Vorgaben seitens des Gesetzgebers in Berlin kommt laut Stumpf auf die Krankenhäuser eine unkalkulierbare Kostenlawine zu. Bei deren Bewältigung dürften die Krankenhäuser nun nicht alleine gelassen werden.

Notwendige Investitionen

In einer Resolution, die an Ministerpräsident Stoiber gerichtet ist, appellieren die bayerischen Kliniken, die dringend notwendigen Investitionen im Krankenhausbereich nicht erneut durch

Bayerische Wirtschaft:

Licht am Horizont für 2004

Minister Wiesheu: „2003 unbefriedigend“

Nach einem schwachen Jahr 2003 will die bayerische Wirtschaft im neuen Jahr beim Wachstum in die Spitzenzone der Bundesländer zurückkehren. „Eine Reihe konjunktureller Frühindikatoren weist darauf hin, dass die bayerische Wirtschaft 2004 im Bundesvergleich wieder überdurchschnittlich abschneiden dürfte“, betonte Wirtschaftsminister Otto Wiesheu in München. Auf Grund einer modernen Infrastruktur könnten die Firmen im Freistaat schneller Tritt fassen.

Für das abgelaufene Jahr rechnet Wiesheu für Bayern wie im Bund mit einem realen Wachstum um den Nullpunkt. „Hinter uns liegt ein wirtschaftlich unbefriedigendes Jahr.“ Zwar steuere Bayern beim Export auf einen neuen Rekord von 100 Milliarden Euro zu. Bundespolitische Fehler und Versäumnisse hätten sich aber negativ auf Investitionen und den privaten Verbrauch ausgewirkt.

Beste Arbeitsmarktbilanz

Der bayerische Arbeitsmarkt hat sich nach Angaben Wiesheus in der anhaltenden wirtschaftlichen Flaute mit einem Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Zeitraum 2000/2003 um lediglich 0,7 Prozent noch relativ gut gehalten (Bund: -3,1 Prozent). Bei der Arbeitslosenquote werde

der Freistaat im Jahresdurchschnitt 2003 voraussichtlich unter 7 Prozent liegen. Damit weist Bayern zusammen mit Baden-Württemberg neuerlich die beste Arbeitsmarktbilanz auf.

Vorsichtiger Optimismus

Für 2004 ist der Minister nur vorsichtig optimistisch: „Durch die Belebung des Welthandels um prognostiziert gut 7 Prozent und vier zusätzliche Arbeitstage hellen sich 2004 die Perspektiven für die deutsche und die bayerische Wirtschaft erfreulicherweise etwas auf. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist mittlerweile zum achten Mal in Folge gestiegen. Es ist zu hoffen, dass die Talfahrt auf dem Arbeitsmarkt, die sich zuletzt bereits verlangsamt hat, im Verlauf des Jahres 2004 gestoppt werden kann.“ Dennoch werde auch das



OB Franz Stumpf.

kommende Jahr für die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik mit Sicherheit nicht leicht werden.

Weitere Reformen

Ob es zu einem neuen Aufschwung kommt, hängt laut Wiesheu ganz wesentlich von weiteren Reformen bei der Steuer- und Sozialpolitik sowie auf dem Arbeitsmarkt ab. Gerade angesichts einer möglichen konjunkturellen Trendwende stehe die Bundesregierung in der besonderen Verantwortung, die Dynamik der wirtschaftlichen Erholung zumindest durch die konsequente Inangriffnahme einer großen Steuerreform zu unterfüttern, nachdem ihr für weitreichende Reformen am Arbeitsmarkt offensichtlich Kraft und Geschlossenheit fehlten. Die Union stehe wie schon beim jüngsten Vermittlungsverfahren zur Durchsetzung dieser Reform auf der Grundlage ihrer Konzepte als verlässlicher Partner bereit. Darüber hinaus seien auf Bundesebene die Stabilisierung der Investitionstätigkeit und die Förderung der Innovationskraft der Wirtschaft vordringliche Aufgaben für 2004.

DK

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Amtliche Statistik schlanker und moderner machen	2
Ergebnis im Vermittlungsausschuss mehr als enttäuschend	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber:	
Steine statt Brot	3
Verschenken die Kommunen leichtfertig Steuereinnahmen?	3
Immer mehr Sozialhilfeempfänger	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiepolitik	5 - 8
Abfallentsorgung - Umweltschutz	9 - 10
Kommunale Verkehrspolitik - ÖPNV	11
Messwesen	12
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Schmid stellt Statistisches Jahrbuch für Bayern 2003 vor:

Amtliche Statistik schlanker und moderner machen

„Die Statistik ist und bleibt Voraussetzung für eine rationale Planung in der Politik. Wir wollen sie aber noch schlanker und moderner machen“, betonte Innenstaatssekretär Georg Schmid anlässlich der Präsentation des Statistischen Jahrbuchs für Bayern 2003, das er in München zusammen mit dem Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, Dr. Peter Bauer vorstellte.

So müssen laut Schmid sämtliche Statistiken auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Das europäische Statistikamt Eurostat müsse sich auf sein Kerngeschäft, nämlich vor allem Preise, Haushalte und Schulden der öffentlichen Hand beschränken und solle im übrigen die Mitgliedsstaaten mit unsinnigen Statistikanforderungen verschonen. In Bayern werden im Zuge der Organisationsreform im Landesamt aus neun Abteilungen sechs, von 42 Sachgebieten bleiben 33 übrig und 114 Stellen werden eingespart.

Internet nutzen

Die Möglichkeiten des Internets müssen laut Schmid voll ausgenutzt werden. Deshalb hat die Innenministerkonferenz sich darauf geeinigt, dass die Statistischen Landesämter gemeinsam in den nächsten Jahren die 50 wichtigsten Statistiken online erfassen sollen. Dazu kommt in Bayern ab Januar 2004 die freie Information über die Ergebnisse der Statistik im Internet. „Sämtliche statistischen Berichte werden ab diesem Jahr im Internet kostenfrei zur Verfügung gestellt. Zudem erhält jeder Bürger die Möglichkeit, ebenfalls kostenlos die ihn interessierenden Daten aus der Datenbank GENESIS bis auf Gemeindeebene individuell zusammenzustellen und abzurufen“, wies Schmid auf die neuen eGovernment-Lösungen hin.

Aktuelle Trends

Als besondere Erkenntnisse und Trends im neuen Statistischen Jahrbuch, das auch unter der Internet-Adresse <http://www.statistik.bayern.de>

auszugsweise genutzt werden kann, hob Schmid die folgenden hervor:

Bevölkerung nahm zu

Die Bevölkerungszahl Bayerns ist auch im Berichtsjahr 2002 erneut angestiegen. Die Einwohnerzahl erhöhte sich im letzten Jahr um rund 58.000 Personen. Das entspricht einer Zunahme in der Größenordnung einer Stadt wie z.B. Rosenheim. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 betrug der Zuwachs zwar nur mehr 10.026 Personen. Dennoch hatte Bayern Ende Juli 2003 erstmals über 12,4 Millionen Einwohner. Der Bevölkerungsanstieg ist laut Schmid auch im vergangenen Jahr ausschließlich auf die Wanderungsbilanz des Freistaats zurückzuführen.

Zug aus anderen Bundesländern

Bei der Zuwanderung aus den übrigen Bundesländern liegt Bayern an der Spitze. Zwischen Januar und Dezember 2002 zogen aus dem übrigen Bundesgebiet fast 142.000 Personen in bayerische Gemeinden zu, 100.000 wanderten aus bayerischen Gemeinden in die anderen Bundesländer ab. Somit gewann der Freistaat allein durch die Binnenwanderung rund 42.000 Einwohner hinzu (2001: 62.000). Mehr als die Hälfte davon (57 %) kamen aus den neuen Bundesländern. Hinzu kommt ein Zugzug per Saldo von rund 22.000 Ausländern. Von der Gesamteinwohnerzahl am 31. Dezember 2002 waren rund 11.213.000 deutsche und 1.174.000 ausländische Staatsbürger. Damit betrug der Anteil

der Ausländer an der Gesamtbevölkerung 9,48 % und lag nur geringfügig höher als im Vorjahr (+ 0,08 %).

Einbürgerung rückläufig

Eine bedeutende Rolle spielt seit einigen Jahren die Einbürgerung. Während 1991 nur rund 3.200 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, waren es im Jahr 2000 - auch in Folge des neuen Staatsangehörigkeitsrechts - bereits 20.622. Nachdem bereits im Jahr 2001 ein Rückgang (19.921 Einbürgerungen) zu verzeichnen war, erfolgte 2002 eine weitere Abschwächung auf 17.090 Einbürgerungen. Die größte Gruppe der eingebürgerten Ausländer stellen wie schon in den letzten Jahren die Türken. Ihre Zahl fiel allerdings im Vergleich zu 2001 von rund 9.600 auf etwa 7.750.

Geburtenrückgänge und Scheidungshochstand

Während 1997 die Geburtenzahl auf 130.500 angestiegen war, fiel sie im Jahr 2002 auf knapp 114.000. Mit über 20 % hat dabei der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder im Jahr 2002 das höchste Niveau seit 1950 erreicht. Die Zahl der Eheschließungen stieg zwar im Vergleich zum Vorjahr um 460 auf 60.686. Doch haben Ledige in den letzten 50 Jahren in Bayern nie so spät geheiratet wie heute. Bei den Männern lag das durchschnittliche Heiratsalter 2002 bei 31,8 Jahren, bei den Frauen bei 28,8 Jahren. Damit heiraten Ledige gegenwärtig durchschnittlich über 5 Jahre später als zu Beginn der 70er Jahre. Zugleich hat die Zahl der Ehescheidungen in Bayern im Jahr 2002 mit 29.503 einen neuen Höchststand erreicht. Dies sind 54 % mehr als 1990 und knapp 4 % mehr als im Vorjahr. Insgesamt wurden im Jahr 2002 fast 15 % der Ehen noch vor dem 5. Hochzeitstag aufgelöst.

Plus bei den Senioren

Gravierend hat sich die Altersstruktur in den letzten Jahrzehnten verändert. Während die Bevölkerung seit 1950 um knapp 35 % gewachsen ist, hat sich die Zahl der Seniorinnen und Senioren seit 1950 um 134 % erhöht. So leben in Bayern heute über 2,9 Millionen Menschen, die 60 Jahre und älter sind. Dementsprechend hat sich auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung seit 1950 um über 6 Jahre erhöht (1950: 34,6 Jahre; 2002: 40,9 Jahre). Dabei gibt es regional erhebliche Unterschiede. Auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise schwankte Ende 2002 das Durchschnittsalter zwischen 38,1 (Landkreis Freising) und 44,2 Jahren (Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge). Zu den demographisch jüngeren Gebieten gehört auch der Landkreis Donau-Ries mit 39,9 Jahren. „Es fällt auf, dass es sich bei den demographisch jüngsten Gebieten Bayerns ausnahmslos um Landkreise und nicht um kreisfreie Städte handelt“, so Schmid.

Akzeptabler ...

(Fortsetzung von Seite 1) des Jahres 2003, für die Landkreise 740 Mio. Euro.

Der Sozialhilfeausgleich gemäß Art. 15 FAG wird von 300 Mio. Euro in 2003 auf 440 Mio. Euro in 2004 angehoben. Verbunden sind damit die Erwartung, dass die Bezirke ihre Umfänge 2004 stabil halten und die Vorgabe, den Verteilungsschlüssel für die Ausgleichsmittel ab 2004 so zu ändern, dass deutliche Sparanreize gesetzt werden.

Die Bedarfszuweisungen werden zugunsten der finanziell in Not geratenen Städte und Gemeinden von 14,8 auf 57,8 Mio. Euro angehoben. Die Landkreisbedarfszuweisungen bleiben erhalten.

Das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs wird im Ergebnis von 5.659 Millionen im Jahr 2003 auf voraussichtlich 5.468 Millionen im Jahr 2004 und damit um 3,4 % zurückgehen. Die reinen Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich werden nach diesem Konzept mit 4.760 Millionen gegenüber 4.776 Millionen 2003 nur um 0,3 % zurück gehen und sind damit praktisch stabil.

Während die Bevölkerung seit 1950 um knapp 35 % gewachsen ist, hat sich die Zahl der Seniorinnen und Senioren seit 1950 um 134 % erhöht. So leben in Bayern heute über 2,9 Millionen Menschen, die 60 Jahre und älter sind. Dementsprechend hat sich auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung seit 1950 um über 6 Jahre erhöht (1950: 34,6 Jahre; 2002: 40,9 Jahre). Dabei gibt es regional erhebliche Unterschiede. Auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise schwankte Ende 2002 das Durchschnittsalter zwischen 38,1 (Landkreis Freising) und 44,2 Jahren (Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge). Zu den demographisch jüngeren Gebieten gehört auch der Landkreis Donau-Ries mit 39,9 Jahren. „Es fällt auf, dass es sich bei den demographisch jüngsten Gebieten Bayerns ausnahmslos um Landkreise und nicht um kreisfreie Städte handelt“, so Schmid.

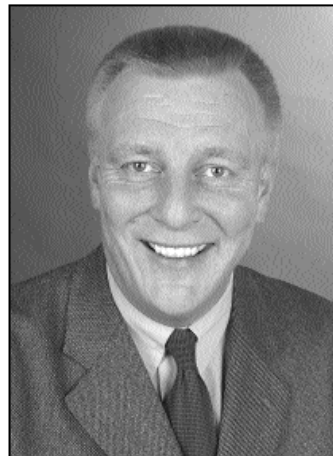
Verschuldung öffentlicher Haushalte gestiegen

Eines der wichtigsten Themen ist zur Zeit die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und insbesondere der Kommunen. Die Verschuldung der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ist im Berichtsjahr 2002 weiter gestiegen. Ohne ihre Sondervermögen (Eigenbetriebe und Krankenhäuser) wiesen sie Schulden in Höhe von 13,9 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Verschuldung um 5,2 % oder 688,3 Millionen Euro erhöht: Bei den Bezirken ist sie um 1,7 %, bei den kreisangehörigen Gemeinden um 4,1 %, bei den Landkreisen um 6,0 % und bei den kreisfreien Städten um 6,3 % angewachsen. Bei den kreisfreien Städten konnten lediglich die Städte unter 50.000 Einwohnern und bei den kreisangehörigen Gemeinden die Gemeinden unter 1.000 Einwohnern Schulden abbauen. Die Schulden verminderten sich dort um 2,8 % bzw. 3,4 %. Die Situation hat sich laut Schmid in diesem Jahr noch weiter verschärft. Die Schulden der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der Verwaltungsgemeinschaften betrugen am Ende des 3. Quartals 2003 insgesamt 14,838 Milliarden Euro; das sind um 6,4 %

mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Kassenkredite, die den kurzfristigen Liquiditätsbedarf abdecken müssen, beliefen sich auf 456 Millionen Euro; sie lagen damit um 53,9 % über dem Vorjahreswert. Auch die Verschuldung des Freistaats ist in den letzten beiden Jahren wieder gewachsen, nachdem wir in den Jahren 1999 und 2000 Schulden abbauen konnten. Die Schulden des Freistaats am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten stiegen im Jahr 2002 um rund 884,5 Millionen Euro und beliefen sich am 31. Dezember 2002 auf rund 21,3 Milliarden Euro. Je Einwohner Bayerns bedeutet dies ein Anwachsen der Verschuldung um 61 Euro auf 1.725 Euro. Schmid: „Trotz diesem Anstieg konnte der Freistaat seine Spitzenposition als Land mit der geringsten Kopf-Verschuldung unter den Bundesländern weiter festigen.“ Die durchschnittliche Verschuldung der Flächenländer und Stadtstaaten Deutschlands lag Ende 2002 bei 4.817 Euro je Einwohner, um 316 Euro höher als im Jahr davor. Zusammengekommen beliefen sich die Schulden der Haushalte des Freistaats und der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände Ende 2002 auf 2.849 Euro pro Kopf. Schmid: „Im bundesweiten Vergleich steht Bayern damit noch immer am besten da.“ An zweiter bzw. dritter Stelle folgen die Länder Sachsen mit 3.673 Euro und Baden-Württemberg mit 3.975 Euro.

Konjunktureller Abschwung

„Auch Bayern konnte sich dem Sog der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung nicht ganz entziehen“, so Schmid. 2002 setzte sich gemäß dem allgemeinen Trend der konjunkturelle Abschwung weiter fort. Das reale Wachstum in Bayern betrug 2002 nur noch 0,6 %, in Deutschland sogar nur 0,2 %. Die langfristige Entwicklung sieht allerdings erfreulicher aus: Seit 1991, dem ersten vollständigen Berichtsjahr seit der deutschen Wiedervereinigung, hat die bayerische Wirtschaft ein Wachstum von 21,0 % vorzuweisen, in Deutschland waren es insgesamt dagegen „nur“ 16,0 %. Lässt man den Boom nach



Deutlich jünger als gemeldet ...

... ist der Coburger Oberbürgermeister Norbert Kastner. Ganze 44 Lenz jung wurde er am 23. Dezember und nicht - wie von der GZ fälschlich berichtet - schon ein halbes Jahrhundert. So mancher Kommunal-Kollege wunderte sich, denn „so alt“ hätte man den OB gar nicht geschätzt. Warum unser Computer verrückt spielte, können wir nicht nachvollziehen. Aber wir entschuldigen uns in aller Form beim „Nicht-Jubilare“, wie auch bei seinen Gratulanten, die wir auf eine falsche Fährte setzten.

Ihre GZ-Redaktion

der Wiedervereinigung in den neuen Ländern unberücksichtigt und vergleicht Bayern im Kreis der alten Bundesländer, für die der Anstieg 12,6 % betrug, so tritt der Wachstumsvorsprung Bayerns noch sehr viel deutlicher zu Tage.

Große Wirtschaftskraft

Die Wirtschaftsleistung Bayerns im Jahr 2002 erreichte einen Wert von 368,9 Milliarden Euro. Damit wurden über ein Sechstel oder 17,5 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts in Bayern erwirtschaftet. Nach den vorliegenden Ergebnissen erbrachte die bayerische Wirtschaft 4 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union (EU-15).

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage spiegelt sich in der Zahl der Unternehmensinsolvenzen wider: 2002 erreichte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Bayern mit 4.687 einen traurigen Rekord. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine (Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Adalbert Kiesel
97720 Nüdlingen
am 26.1.

Bürgermeister
Robert Herrmann
96106 Ebern
am 28.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Helmut Lackner
85445 Oberding
am 18.1.

Bürgermeister Thomas Bauer
95683 Ebnath
am 31.1.

Bürgermeister Rainer Kinzkofer
97209 Veitshöchheim
am 18.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Franz Schedlbauer
94327 Bogen
am 19.1.

Bürgermeister
Hubert Landsberger
86706 Weichering
am 18.1.

Bürgermeister
Robert Schemmel
97511 Lültsfeld
am 21.1.

Bürgermeister Günter Stock
97276 Margetshöchheim
am 22.1.

Bürgermeister
Thomas Hüms
86571 Langenmosen
am 21.1.

Bürgermeister Wolfgang Kelsch
90530 Wendelstein
am 23.1.

Bürgermeister Josef Auer
84323 Massing
am 23.1.

Bürgermeister Peter Deusel
96170 Lisberg
am 30.1.

Bürgermeister
Werner Windisch
92729 Weiherhammer
am 28.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Werner Möbner
91799 Langenaltheim
am 18.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Walter Esch
96489 Niederfüllbach
am 26.1.

Bürgermeister Rupert Aigner
84431 Rattenkirchen
am 18.1.

Bürgermeister Oskar Ebert
96181 Rauhenebrach
am 19.1.

ZUM 35. GEBURTSTAG
Bürgermeister Heinrich Thaler
96154 Burgwindheim
am 20.1.

Bürgermeister Josef Mederer
85247 Schwabhausen
am 26.1.

Präsident Theo Zellner:

„Ergebnis Vermittlungsausschuss mehr als enttäuschend“

Kein Kauf- und Investitionsanreiz für Bürger und Wirtschaft
Kaum Verbesserung für Kommunalfinanzen

„Die parteiübergreifende Selbstbeweihräucherung des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses ist der Realität gewichen“, erklärte der Präsident des Bayerischen und Vizepräsident des Deutschen Landkreistags, Landrat Theo Zellner. Ein Kompromiss, der zwar das „Ego“ der Parteien kurzfristig befriedigt, dem Land aber weder einen „Ruck“, noch einmal einen spürbaren Anstoß bringe. Im einzelnen bemängelte der Präsident:

1. Den Bürgern wird der kleine Vorteil einer vorgezogenen Steuerreform unter dem Strich durch höhere Belastungen bei Gebühren, Abgaben und Beiträgen in der Daseins- und Gesundheitsvorsorge mehr als zunichte gemacht.

2. Kein Mensch nimmt zusätzlich Geld für Kauf oder Investition in die Hand, wenn er nicht weiß, was in der Gesundheits- und Altersvorsorge noch alles zu erbringen ist.

3. Die Kommunen bekommen einen minimalen Teil dessen, was sowohl von der Bundesregierung am 14. März 2003 als auch im Sofortprogramm der Union versprochen wurde. Die Rücknahme der Gewerbesteuerumlage auf das Maß von 1999 ist nur ein Zurückgeben dessen, was man den Kommunen vorher genommen hatte. Dieser Punkt war bereits am 17. Oktober im Bundestag beschlossen; damals als nicht genügend von der Union geübelt, jetzt plötzlich als Konsens gelobt. Das hat nicht einmal im Ansatz mit Reform etwas zu tun.

4. Wo bleibt die versprochene Beteiligung an der Umsatzsteuer? Wo bleibt die sofortige Entlastung in den Sozial- und Jugendhilfebereichen? Wo bleibt die Entlastung der Kommunen durch den Bund durch ein eigenes Leistungsgesetz für Behinderte? Wir brauchen jetzt Sofortmaßnahmen und nicht schon wieder permanente Ankündigungen. Die Kommunen sind weder die Reparaturwerkstätte für gesellschaftliche Fehlentwicklungen noch das Ersatzinstrument für das Versagen der Bundesregierung auf dem Arbeitsmarkt.

5. Eine Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Freiwilligenbasis ohne klare Weisung, wer für Langzeitarbeitslose zuständig ist, ist ein Ausweichen der Parteien vor klaren Entscheidungen. Dieses Wirrwarr bringt noch lange kein Geld in die kommunalen Kassen und damit dorthin, wo Menschen Politik erleben, nämlich in den Kommunen. Im Gegenteil, die Gegenfinanzierung über Wohngeldkosten ist auch hier völlig ungeklärt.

Zellners Fazit: „Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses hat den Handlungsbedarf für eine kommunale Finanzreform, die diesen Namen verdient, nur noch erhöht. Wann begreift die Politik, dass verbesserte Kommunalfinanzen und damit öffentliche Investitionen der beste und schnellste Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit sind?“

Verschenken die Kommunen leichtfertig Steuereinnahmen?

Wiesheu: „Sie sind zuständig für die Besteuerung der ‘Schwarzgastronomie’“

Liegt es an den Kommunen, dass der deutsche Fiskus im Jahr auf mindestens 300 Mio. € Steuereinnahmen verzichtet? Nach Äußerungen von Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu ist das so, weil die Kommunen die sogenannte Schwarzgastronomie steuerlich ungeschoren lassen. „Die Verantwortung für die Steuereintreibung liegt bei den Kommunen“, sagte der Minister in der Jahrespressekonferenz „Tourismus 2003“, „aber sie sind im Umgang mit diesem Thema sehr flexibel.“

Zuvor hatte der Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes e.V. (BHG), Ludwig Hagn, auf derselben Veranstaltung die zunehmende Schwarzgastronomie in Deutschland und speziell in Bayern wieder einmal beklagt. Es sei nichts

ner Hochrechnung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga) jeweils einen Umsatz machten, der deutlich über dem Freibetrag von 30.000 € liege und somit voll steuerpflichtig sei. Doch der Fiskus, also Bund, Länder und Ge-

das Geld auf der Straße liegt.“ Verwertungsgesellschaften wie die Gema machten dem Staat schon lange vor, wie das Geld zu holen sei. Wenn am Wochenende in Wald, Feld und Flur getanzet werde, seien Vertreter musikalischer Urheber mit dabei und setzten deren Interessen durch.

Die richtigen Signale

Diese Praxis müsse auch in deutschen Finanzämtern endlich Einzug halten. Wenn der Fiskus bei privaten Veranstaltungen, Partys und Festen auf der grünen Wiese nicht seit Jahren beide Augen zudrücke, könnte die Regierung heute auf viele Einschnitte durch faktische Steuererhöhungen verzichten, die bei der beklagenswerten wirtschaftlichen Verfälschung Deutschlands genau das falsche Signal seien, sagte Hagn.

Qualität garantieren nur die Profis

Bayern kann nach Ansicht des BHG-Präsidenten nur mit einem gut funktionierenden Tourismus überleben. Branchenfremde Schwarzgastronomie aber hielte den Tourismus nicht am Leben, da Qualität nur durch ein funktionierendes bayerisches Gastgewerbe gesteigert werden könne.

Kommunen in der Verantwortung

Auf die Frage in der Pressekonferenz, warum der Staat die Steuererhebung auf diesem Gebiet schleifen lasse, sagte Wiesheu, der Staat lasse nichts schleifen. Die Verantwortung für die Steuererhebung liege nicht beim Freistaat, sondern bei den Gemeinden. Oft würden die in Frage stehenden Veranstaltungen von ihnen allzu leichtfertig genehmigt. Das liege unter anderem daran, dass man sich auf dem Land gegenseitig kenne und glaube, schlecht nein sagen zu können. Was man im Jahr zuvor - vielleicht aus gutem Grund - genehmigt habe, wolle man jetzt nicht ablehnen. **doh.**

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

dagegen einzuwenden, wenn zum Beispiel ein Sportverein aus Anlass seines 100-jährigen Bestehens ein Fest feiere. Es könne aber nicht angehen, dass Vereine, lose Gruppierungen usw. Stadtfeste, Rocktreffen, Disconights und dergleichen regelmäßig veranstalteten, um zu Einnahmen zu kommen, ohne die fälligen Steuern zu zahlen. Unter dieser weiter zunehmenden Entwicklung habe die Gastronomie sehr zu leiden.

300.000 Veranstaltungen auf der grünen Wiese

Nach Hagns Angaben finden in Deutschland jährlich etwa 300.000 Veranstaltungen auf der grünen Wiese, in Städten und dergleichen statt, die teilweise Tausende Menschen anziehen. Allein in Bayern komme man auf 80.000 Veranstaltungen, von denen mindestens 75.000 nach ei-

meinden, gehe in den meisten Fällen leer aus. Hagn: „Umsatz-, Gewerbe-, Körperschafts- und Lohnsteuer werden kaum gezahlt.“

Hohe Dunkelziffer

Bei einer durchschnittlichen Steuerschuld von 4000 € pro Veranstaltung belaufe sich der Ausfall für den Staat auf mindestens 300 Mio. € jährlich. Dabei seien jedoch nur Feste berücksichtigt, die offiziell gestattet worden seien. Darüber hinaus könne von einer Dunkelziffer von weiteren 300.000 Veranstaltungen ausgegangen werden. Der Steuerausfall dürfte also noch größer sein.

Beispiel Gema

Nach Hagns Meinung ist die Bundesregierung ultimativ aufzufordern, „dort anzusetzen, wo

Kommunale Familien-Tische Bayern:

Workshop zum Erfahrungsaustausch

Es muss mehr für die Familie getan werden - darin ist sich die Mehrheit der Bevölkerung einig. Doch wo beginnen? Und was benötigen Familien überhaupt? Neue Wege in der kommunalen Familienpolitik gehen derzeit sieben bayerische Kommunen mit dem Pilotprojekt „Kommunale Familien-Tische“. In einem Workshop im Innovations- und Gründerzentrum Bamberg wurden Erfahrungen in diesem Handlungsfeld ausgetauscht.

Neben den sieben Pilotkommunen - Bergtheim, Bamberg, Mitterteich, Pilsting, Germering, Neu-Ulm, Neustadt a.d. Aisch - und weiteren 15 Kommunen, die sich ebenfalls als Pilotstandorte beworben hatten, wurden zu diesem Austausch darüber hinaus in der kommunalen Familienpolitik aktive Städte und Gemeinden sowie Vertreter der Regierungsbezirke eingeladen. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde gab Moderator Dr. Jürgen Wüst vom Institut für Organisationskommunikation IFOK, Bensheim, einen Einblick in das Pilotprojekt und stellte den Ansatz des Familien-Tischs und das konkrete Vorgehen in den Pilotkommunen vor.

Im Anschluss beleuchtete Prof. Dr. André Habisch vom Zentral-

institut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) unter dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Familienpolitik - Alibiveranstaltung oder Wegweiser in die Bürgergesellschaft?“ die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft.

Strukturwandel des Ehrenamts

Habisch zufolge sei auffallend, dass zwar die Engagementbereitschaft konstant ist, jedoch ein „Strukturwandel“ des Ehrenamts zu beobachten ist. So gelte heutzutage nicht mehr das Motto „Von der Wiege bis zur Bahre“, auch sei die Tätigkeit stärker projektbezogen (Dauer zwei bis drei Jahre), Gestaltungsmöglichkei-

ten bewegten sich näher am eigenen beruflichen Profil. Zudem würden Möglichkeiten der Zusatzqualifikation wie beispielsweise Zertifikate oder Monitoring und feedback geschaffen.

Soziale Verankerung

Allgemein sei zu beobachten, so der Referent, dass sich höher qualifizierte Bürgerinnen und Bürger im Durchschnitt mehr engagierten als niedrig qualifizierte, Berufstätige mehr als Rentner bzw. Hausfrauen und Familienmitglieder mehr als Singles. Entscheidend sei letztlich die soziale Verankerung im Gemeinwesen. Zwar hätten Engagierte mehr zu bieten, doch stellten sie auch höhere Anforderungen an ihr Engagement, erklärte Habisch.

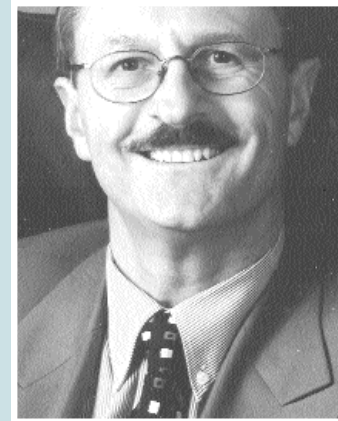
Open-Space-Methode

Nach einer kurzen Diskussionsrunde stellten die Moderatoren die Open Space Methode als Arbeitsform der weiteren Veranstaltung vor. Die Methode

GZ Kolumne Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser!

War da nicht mal etwas? Ja doch, ganz dunkel steigt in uns die Erinnerung auf, dass es vor langer, langer Zeit einmal eine von der Bundesregierung eingerichtete „Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen“ gegeben hat. Dieses hochkarätig besetzte Gremium, in dem der gesamte einschlägige Sachverstand und alle politischen Richtungen vertreten waren, legte bei nur einer Gegenstimme des Vertreters der Wirtschaft ein Ergebnis vor, das den Kommunen das finanzielle Überleben ermöglicht hätte. Aber leider hat diese Kommission schon in grauer Vorzeit ge-



stücke umgesetzt worden, das meiste andere, z.B. die Erhöhung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen oder die finanziellen Entlastungen der Kommunen auf der Ausgabenseite, sind dem Vergessen anheim gefallen. Konsequenterweise ist die Union, denn bereits im April 2003 hatte sie das „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ im Vermittlungsausschuss so verändert, dass es den Kommunen in ihrer dramatischen Finanzlage kaum etwas gebracht hat. Im Vergleich zum Beschluss des Bundestages mussten die Kommunen schon durch die damalige Gesetzgebung in 2004 auf rund 1,3 Milliarden Euro und in 2005 auf rund 2,15 Milliarden Euro verzichten. Diesen für die Gemeinden verhängnisvollen Kurs setzte die Union auch im Dezember fort und veränderte den Gesetzentwurf des Bundestages erheblich zu Lasten der Kommunen. Das Geld soll also lieber in den Kassen der Wirtschaft, insbesondere der großen Konzerne, verbleiben als dass es zu einem angemessenen Teil in die Kassen der Kommunen fließen würde.

Die Kommunen haben bundesweit im Jahr 2003 ca. 10 Milliarden Euro mehr ausgegeben als eingenommen und das trotz drastischer Sparmaßnahmen überall. Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses vom Dezember bringt den Kommunen lediglich 2,5 Milliarden Euro. In diesem Zusammenhang von einer wirksamen Gemeindefinanzreform zu sprechen, wie sie ursprünglich von allen politischen Seiten für notwendig gehalten wurde, wäre ein Hohn. Und so werden die kommunalen Leistungen auch 2004 weiter eingeschränkt werden müssen, zu Lasten der Bürger und auch zu Lasten der Konjunkturerholung. Die Kommunen werden ihren Bürgerinnen und Bürgern aber sehr deutlich machen, dass die Verantwortlichen für ihre Finanzmisere nicht in den Rathäusern sitzen, sondern im Vermittlungsausschuss in Berlin, der den Kommunen Steine statt Brot gegeben hat.

Steine statt Brot

tagt, so dass sich heutzutage fast niemand mehr daran erinnern kann. Welcher Mensch hätte auch ein so gutes Gedächtnis oder ein so umfangreiches Archiv, dass er sich bis zum 3. Juli 2003 (Kommissionsbeschluss) zurück erinnern könnte? Nein wirklich, das kann man nicht verlangen!

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat in seiner berühmt-berichtigten Nachsitzung vom 14./15. Dezember 2003 das Kommissionsergebnis jedenfalls total vergessen. Vergessen waren auch die Zusagen der Spitzenpolitiker aller Parteien, den Gemeinden in ihrer schwersten Finanzkrise seit Bestehen dieser Republik wirkungsvoll helfen zu wollen. Bei der rot-grünen Bundesregierung nimmt der Gedächtnisschwund besonders besorgniserregende Formen an, denn schon beim „Hannover-Treffen“ beim Kanzler am 4. August 2003 und bei den Kabinettsentscheidungen am 13. August 2003 wollte sie von dem Ergebnis der von ihr selbst eingesetzten Kommission nichts mehr wissen.

Aber auch um das Gedächtnis von CDU und CSU muss man sich ernste Sorgen machen. Vom „Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Kommunen“, das die Präsidien der beiden Parteien gemeinsam am 4. Mai 2003 beschlossen haben, sind in Dezember nur Bruch-

Die
Gerhard Weber

Immer mehr Sozialhilfeempfänger

Berlin. Der Staat muss immer mehr Arme unterstützen. Seit Einführung der Sozialhilfe vor 40 Jahren hat sich die Zahl der Empfänger vervielfacht, ihr Anteil an der Bevölkerung verdreifacht, wie das Statistische Bundesamt jetzt in Berlin mitteilte. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund verwies darauf, dass auch die Kosten explodiert seien, von knapp zwei Milliarden Mark 1963 auf weit mehr als 20 Milliarden Euro.

Wie der Präsident des Statistischen Bundesamts, Johann Hahnen, vorrechnete, flossen 2002 rund 8,8 Milliarden Euro in die „Sozialhilfe im engeren Sinne“ (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) für 2,76 Millionen Menschen. Hinzu kamen 13,2 Milliarden Euro als „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ für 1,56 Millionen Menschen, darunter vor allem Eingliederungshilfen für Behinderte und Unterstützung für Pflegebedürftige.

Steigende Quote

Als das Bundessozialhilfegesetz im Juni 1962 in Kraft trat, lag die Zahl der Empfänger zunächst bei 580.000. Gemessen an der Bevölkerungszahl stieg die Quote von 1,0 Prozent

Ende 1963 auf 3,3 Prozent 2002.

Die Armutsrisiken haben sich nach Hahnen Darstellung für einzelne Bevölkerungsgruppen seit den 60er Jahren deutlich verschoben. So fiel der Anteil von über 65-Jährigen unter den Sozialhilfeempfängern seit 1965 von 28 auf sieben Prozent. Dafür stieg der Anteil von ausländischen Beziehern von drei Prozent auf 22 Prozent. Unter den Menschen nichtdeutscher Herkunft sind 8,8 Prozent auf Sozialhilfe angewiesen, mehr als doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung.

Auch der Anteil von Empfängern unter 18 Jahren stieg in den letzten Jahrzehnten deutlich von 32 auf 37 Prozent. Von den 2,76 Millionen Sozialhilfeempfängern Ende 2002 waren rund eine

öffnet den Raum für die Erfahrungen der Teilnehmenden und lädt zum selbstverantwortlichen Handeln ein. Die Teilnehmenden bestimmen die Themen, an denen sie arbeiten wollen und finden sich in kleinen Arbeitsgruppen mit den Personen zusammen, die ebenfalls an dem Thema interessiert sind. Die Gruppen diskutieren eigenständig und fassen ihre Ergebnisse auf vorbereiteten Moderationswänden zusammen. Dabei gibt es nur wenige Regeln zu beachten: 1. Es beginnt, wenn die Zeit reif ist. 2. Die da sind, sind genau die Richtigen. 3. Was immer auch geschieht, es ist das Einzige was

geschehen kann. 4. Vorbei ist vorbei. In zwei Workshoprunden war Raum für den Austausch.

Abschlussplenum

Parallel traf sich eine Runde mit Vertreterinnen und Vertretern landesweiter Institutionen und Netzwerke zum Austausch über bestehende und fehlende Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kommunen beim Thema Familienfreundlichkeit. In einem gemeinsamen Abschlussplenum wurden die Ergebnisse aus den verschiedenen Diskussionsrunden schließlich kurz präsentiert. **DK**

Million Kinder und Jugendliche. Viele leben nach Hahnen Worten nicht nur in Familien mit geringem oder keinem eigenen Einkommen, sondern vor allem bei allein Erziehenden. Inzwischen sei jede vierte allein erziehende Mutter - 340.000 Fälle - auf Hilfe vom Staat angewiesen.

Zusammenhang mit dem Erwerbsstatus

Insgesamt steht nach Hahnen Angaben heute bei etwa drei Viertel der Empfänger der Bezug von Sozialhilfe in „engem Zusammenhang zum Erwerbsstatus“. Nur bei einem Viertel sei ein plötzlicher Notfall wie der Tod von Angehörigen oder eine Scheidung Anlass, Hilfe beim Sozialamt zu suchen. Unter den 1,68 Millionen Beziehern im erwerbsfähigen Alter sind nach Schätzungen des Bundesamts knapp eine Million, die eine Arbeit aufnehmen könnten.

Sozialministerin Ulla Schmidt betonte, dass die Not jeden treffen könne. Die Sozialhilfe sichere ein menschenwürdiges Leben auf Mindeststandard. Sie solle in der anstehenden Reform so verändert werden, dass die Empfänger mehr Eigenverantwortung beweisen könnten. Bis Juli 2004 soll einerseits die Sozialhilfe auf Pauschalen umgestellt, andererseits bei erwerbsfähigen Arbeitslosen- und Sozialhilfe verschmolzen werden.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund forderte, die „Kostenexplosion“ bei der Sozialhilfe zu stoppen. Statt einer individuellen Notfallhilfe sei es heute eine „breite Absicherung gesamtgesellschaftlicher Problemlagen“. **KK/ap**



Wenn der Transrapid zwischen Münchner Hauptbahnhof und Flughafen gebaut wird, verfügt der Freistaat neben China über das weltweit modernste, umweltfreundlichste und sicherste Verkehrsmittel. Auf unserer Computeranimation überquert die Magnetbahn die Bahnstrecke München-Landshut. Bild: Stoiber

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu:

„100 Jahre im Dienst der Mobilität in Bayern“

Bayerns Verkehrsminister zum 100. Geburtstag des Verkehrsministeriums in Bayern

Zum 1. Januar 1904 wurde von Prinzregent Luitpold von Bayern die Errichtung des „Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten“ verordnet. „Schon damals wurde erkannt, dass der Verkehr eine elementare Basisfunktion erfüllt. Heute spüren wir die fundamentale Bedeutung des Verkehrs für Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb einer von Wachstum, Arbeitsteilung und steigendem Konsum geprägten Wirtschaft mehr denn je“, betonte Bayerns Verkehrsminister Otto Wiesheu anlässlich des Jubiläums seines Hauses: „Die Herausforderungen an eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur werden neben der zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen gerade auch durch die anstehende EU-Osterweiterung enorm steigen. Im Jubiläumsjahr 2004 wird Bayern inmitten des größten Binnenmarktes mit 480 Millionen Konsumenten sein.“

Mit der Gründung eines bayerischen Verkehrsministeriums wurde auf die starke Entwicklung des Verkehrswesens in

Amtliche Statistik ...

(Fortsetzung von Seite 1) weitere Zunahme um 18,9 %. Die von den Gläubigern geltend gemachten Forderungen lagen auf Grund der Insolvenz einiger Großunternehmen bei 15,8 Milliarden Euro. Von den Unternehmenspleiten waren 39.070 Beschäftigte betroffen. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres hat sich der Anstieg der Unternehmenszusammenbrüche deutlich verlangsamt. Die Zahl der Unternehmenspleiten stieg gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres lediglich noch um 1,7 % oder 59 Fälle auf 3.593.

Rückgang im Baugewerbe

Im Bereich des Wohnungsbaus war auch im Jahr 2002 die Zahl der genehmigten Wohnungen weiter rückläufig. Insgesamt wurden in Bayern im vergangenen Jahr 53.225 Wohnungen genehmigt, 5,2 % weniger als noch 2001. Betroffen waren dabei vor allem Mehrfamiliengebäude: Dort lag der Rückgang bei 14,7 %. Dagegen stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen bei den Eigenheimen, also Gebäuden mit einer oder zwei Wohnungen, um 1,6 %. Dieser Trend hat sich in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres verstärkt. Von Januar bis einschließlich September 2003 lag die Zahl der genehmigten Wohnungen insgesamt um 20,2 % über ihrem entsprechenden Vorjahreswert. Dieser Anstieg ist überwiegend im Bereich der Eigenheime zu beobachten. Die Ursache dieser Entwicklung liegt jedoch vor allem in Vorzieheffekten, die sich aufgrund der Ende 2002 angekündigten Verschlechterungen bei der Förderung des Wohneigentums ergaben.

der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts reagiert. Eisenbahn, Post und Telegraphenwesen und die Schifffahrt auf den Seen, Flüssen und Kanälen erlangten immer größere Bedeutung. Dem „Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten“ wurde die Verwaltung und oberste Aufsicht über die Eisenbahn, das Post- und Telegraphenwesen und den Dampfschiffahrtsbetrieb sowie die Leitung der Staatsanstalten für den Verkehr und damit auch Geschäfte aus dem Wirkungskreis des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußeren sowie dem Staatsministerium der Finanzen übertragen.

Pflegeversicherung:

ASB befürchtet Mehrbelastung für Heimbewohner und Kommunen

Köln. Scharfe Kritik an der Bundesregierung hat der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Fritz Tepperwien geübt. „Wenn das Bundesgesundheitsministerium behauptet, die geplanten Veränderungen in der Pflegeversicherung seien keine Leistungskürzungen, so sprechen die Zahlen eine andere Sprache.“ Eine wirkliche Verbesserung der Situation in der ambulanten Pflege sei nicht in Sicht, doch für die Pflegebedürftigen in Pflegeheimen verschlechtere sich die Lage erheblich.

Konkret beanstandet der Arbeiter-Samariter-Bund, dass im Bereich der Stationären Pflege in den Pflegestufen I und II Kürzungen von 523 bzw. 279 Euro pro Person pro Monat vorgesehen sind. Dem gegenüber stünden für die ambulante Pflege nur sehr geringe Aufschläge zwischen 68 und 116 Euro pro Person pro Monat. Nach Aussage der Regierung soll damit der Vorrang der ambulanten gegenüber der Stationären Pflege betont werden.

Mehr Eigenleistung

Tatsächlich bedeute das aber, dass die Heimbewohner insgesamt etwa 2,4 Milliarden Euro mehr an Eigenleistung erbringen müssten. In der Realität werde dies so aussehen, dass diese

Erster bayerischer Verkehrsminister wurde der als links-liberal eingeschätzte Heinrich von Frauendorfer.

Wechselvolle Geschichte

Dieses erste bayerische Verkehrsministerium bestand nur bis 1920. Es wurde aufgelöst, nachdem aufgrund der Weimarer Verfassung die Zuständigkeit für die ehemaligen Bayerischen Staatsbahnen auf das Deutsche Reich übergegangen war. Das zweite Verkehrsministerium, das 1945/46 eingerichtet wurde, blieb nur kurze Zeit eigenständig.

Vereinigt mit dem Wirtschaftsministerium

Als nämlich die meisten dem Land 1945 zugefallenen Zuständigkeiten im Verkehrswesen schon vor Gründung der Bundesrepublik wieder auf zentrale Instanzen zurückverlagert worden waren, wurde das Verkehrsministerium durch Beschluss des Landtages vom 7. Juli 1952 aufgelöst und seine Aufgaben auf das Wirtschaftsministerium übertragen, das seit dem 1. Oktober 1952 den Namen „Staatsministerium für Wirtschaft und Ver-

kehr“ trug. „Damit wurde der engen Wechselwirkung des Verkehrs mit der Wirtschaft als Grundlage für die Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens Rechnung getragen“, erklärte Wiesheu.

500 Beschäftigte

In seiner weiteren Entwicklung gesellten sich Aufgaben aus dem Bereich der Technologie und in jüngster Zeit der Landesplanung und Telekommunikation hinzu. An der Spitze des heutigen „Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie“ wirken seit 1993 Staatsminister Dr. Otto Wiesheu und Staatssekretär Hans Spitzner. Sie werden von knapp 500 Beschäftigten bei ihrer Arbeit unterstützt.

Vielfältige Aufgaben

Neben den Aufgaben im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik des Landes und des Wirtschaftsverwaltungsrechtes, mit Angelegenheiten von Technologie, Innovation und Forschung sowie der Landesplanung geht es im Verkehrswesen heute insbesondere um die Aufgaben der allgemeinen Verkehrswirtschaft und Verkehrspolitik, der Erstellung und Fortschreibung des bayerischen Gesamtverkehrsplanes, um Fragen der Eisenbahnen und des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Schienenpersonennahverkehrs, um Angelegenheiten des Straßenverkehrswesens, insbesondere des Straßenpersonen- und Straßengüterverkehrs, sowie der technischen Überwachung des Kraftfahrzeugverkehrs und der Straßen- und U-Bahnen, um die Aufsicht über die Landeshäfen und die Bergbahnen, um Fragen der Tarifpolitik und Tarifbildung, um den Luftverkehr, insbesondere die Angelegenheiten der Flugplätze, des Luftfahrtpersonals, der Luftfahrtunternehmen, der Luftaufsicht und der Luftfahrtforschung, um Fragen der Binnenschifffahrt und des Verkehrswasserbaus und um die Angelegenheiten des Post- und Telekommunikationsdienstes.

Weitere Informationen

Zur Geschichte des bayerischen Verkehrsministeriums, seinen Aufgaben und weiteren Einrichtungen sowie zum Haus in der Prinzregentenstraße 28 unter www.stmwivt.bayern.de.

der Pflegeversicherung, alte Menschen weitgehend aus der als demütigend empfundenen Abhängigkeit von Sozialhilfe zu holen, würde damit vollständig konterkariert, so Tepperwien.

Bevorzugt zu Hause

Die hinter diesen Plänen liegende Vorstellung, dass Pflegebedürftige gerne in ein Pflegeheim zögen, ohne dass es notwendig sei, sei absurd. Der ASB, der seit Jahrzehnten sowohl in der ambulanten als auch in der Stationären Pflege tätig sei, wisse aus seiner Erfahrung heraus, dass die meisten pflegebedürftigen Menschen viel lieber in den eigenen vier Wänden lebten und nur aus der Notsituation heraus in ein Pflegeheim zögen.

Als Konsequenz forderte Tepperwien daher die Bundesregierung auf, diese Pläne zur Absenkung der Zuschüsse aus der Pflegeversicherung fallen zu lassen, denn insgesamt würden sie eine erhebliche Leistungskürzung für die Pflegebedürftigen bedeuten.

KK/ots

Landwirtschaftsminister Josef Miller:

„Recht auf Eigentum nicht aushöhlen“

Weiteren Nutzungseinschränkungen von Grund und Boden in der Land- und Forstwirtschaft will Landwirtschaftsminister Josef Miller massiven Widerstand entgegensetzen. Auf der Jahresmitgliederversammlung des Verbandes der Bayerischen Grundbesitzer in München erklärte der Minister, er wehre sich gegen immer neue Reglementierungen durch die Bundesregierung und die EU-Kommission.

Durch staatliche Eingriffe werde das Recht auf Eigentum und seine Verfügbarkeit mehr und mehr eingeschränkt und ausgehöhlt. Er sei deshalb ganz entschieden gegen nationale Alleingänge zu Lasten von Grundeigentümern. Miller: „Wir brauchen auf dem europäischen Markt gleiche Wettbewerbsbedingungen.“

Die Bayerische Staatsregierung respektiert seinen Worten zu Folge das Recht auf Eigentum, begrenzt ordnungspolitische Eingriffe auf das unumgänglich Notwendige und erkennt die Honorierung der Gemeinwohleinstellungen der Land- und Forstwirtschaft als unumgänglich an. Den Land- und Forstwirten bescheinigte der Minister, den Grundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums längst verinnerlicht zu haben: „Schließlich wollen unsere Bauern den nachfolgenden Generationen Grund und Boden hinterlassen, die auch weiterhin erfolgreich bewirtschaftet werden können.“ Die Sozialpflichtigkeit habe aber dort ihre Grenzen, wo von Bund und EU enteignungsrechtliche Tatbestände geschaffen werden.

Der Freistaat wird sehr kostengünstig verwaltet

Dem Spitzenreiter Baden-Württemberg dicht auf den Fersen / Schlusslicht ist Mecklenburg-Vorpommern

Bayern wird sehr kostengünstig und sparsam verwaltet. Legt man die Verwaltungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung zu Grunde, rangiert der Freistaat unter allen 13 Bundesländern - die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen wegen ihrer besonderen Verhältnisse außer Acht gelassen - auf dem viertbesten Rang. Setzt man die Pro-Kopf-Verwaltungsausgaben ins Verhältnis zu je 1.000 € erwirtschaftetem Bruttoinlandsprodukt, liegt Bayern sogar auf Rang 2. Dies geht aus Zahlen hervor, die das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ermittelte hat.

Spanne zwischen 582 € und 879 €

Gemessen an den Verwaltungskosten je Kopf der Bevölkerung führt Baden-Württemberg mit 582 € im Jahr die Rangliste an. Es folgen Rheinland-Pfalz mit 616 €, Niedersachsen mit 626 € und Bayern mit 628 €. In der weiteren Reihenfolge sind zu finden Nordrhein-Westfalen mit 648 €, Schleswig-Holstein mit 657 €, das Saarland mit 667 € und Hessen mit 686 €. Sämtliche neuen Bundesländer liegen hinter den alten Bundesländern und

bilden den Schluss der Rangliste. Denn es folgen Sachsen mit 690 €, Thüringen mit 731 €, Sachsen-Anhalt mit 793 €, Brandenburg mit 826 € und auf dem letzten Platz Mecklenburg-Vorpommern mit 879 €.

Diese Zahlen zeigen, dass Spitzenreiter Baden-Württemberg nur etwa zwei Drittel des mecklenburgischen Verwaltungsaufwandes je Kopf der Bevölkerung betreibt. Baden-Württemberg gibt aber auch nur 85 % der Verwaltungskosten Hessens, des schlechtestplatzierten der alten Bundesländer, und 92 % der Pro-Kopf-Verwaltungskosten Bayerns aus.

Wenn man berücksichtigt, wie effizient die Verwaltung wirkt, welches Pro-Kopf-Volkseinkommen damit begleitet wird, ändert sich zwar das Bild nicht grundsätzlich, aber doch zu Gunsten von Bayern. Gemessen an den Pro-Kopf-Verwaltungsausgaben im Verhältnis zu je 1000 € Bruttoinlandsprodukt bleibt Baden-Württemberg mit 10,4 € das effizienteste Bundesland. Aber schon auf Platz 2 findet sich mit 11,1 € Bayern, ganz knapp vor Hessen mit 11,2 €. Auch in dieser Rangliste bildet Mecklenburg-Vorpommern mit 22,9 € das Schlusslicht. **doh.**

Erdgas Südbayern (ESB):

Erdgaspreise sinken

Pünktlich zum Beginn der kalten Jahreszeit tauchen allerorts Berichte über Preiserhöhungen bei Energie auf. Erdgas von der ESB bildet hier eine angenehme Ausnahme. Die ESB hat eine Preissenkung für ihre Erdgaskunden im ESB-Preissystem von 0,23 Cent pro Kilowattstunde angekündigt. Das bedeutet eine Kostenersparnis von bis zu 5 % für die Verbraucher.

Bei einem 4-Personen-Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 30.000 kWh Erdgas macht das ca. 70 Euro pro Jahr aus. Das ESB-Preismodell bietet aber noch mehr Sparpotenzial. Mit der zusätzlichen Wahlleistung ESB-Partner bekommen treue Kunden von der ESB bis zu 2.200 kWh im Jahr geschenkt.

Die ESB beliefert derzeit über 160.000 Haushalte in 235 Städten und Gemeinden in Südbay-

ern. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist der Trend zur modernen Erdgasheizung ungebrochen. Erdgas ist ebenso wirtschaftlich wie umweltschonend und deshalb Wunschenergie Nr. 1 in Bayern. Deshalb entscheiden sich jedes Jahr rund 5.000 Hauseigentümer für einen Erdgasanschluss bei der ESB.

Besitzer von alten Ölheizungen haben im Hinblick auf die gesetzlichen Auflagen bei Heizungsanlagen, die 2004 greifen, mit Erdgas eine moderne Heizungs-Alternative. Denn alte Heizungsanlagen dürfen ab 2004 bestimmte Grenzwerte bei den Abgasverlusten nicht mehr überschreiten. Deshalb müssen zahlreiche Anlagen modernisiert werden. Außerdem können Hauseigentümer, die von Heizöl auf Erdgas umsteigen, bei der ESB mit 650 Euro Wechselgeld rechnen.

Deutsche Gaswirtschaft gegen Brüsseler Regelungs-Absichten

„Unser eigenes Modell für den Netzzugang befördert den Wettbewerb“ / Angst vor Konzentrationsprozess

Regulierung, Versorgungssicherheit und Legal Unbundling, d.h. die Entflechtung des Netzbereichs von den übrigen Unternehmensteilen im Hinblick auf Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt, stehen zur Zeit auf der energiepolitischen Agenda in Europa. In diesem Zusammenhang ist der vom EU-Konvent vorgeschlagene Entwurf für eine neue Europäische Verfassung von großem Interesse, denn hierdurch wird auch der Energiemarkt nachhaltig beeinflusst. So sieht ein eigenes Energiekapitel innerhalb des Verfassungsentwurfs vor, zusätzliche Kompetenzen der EU-Kommission auf dem Energiesektor festzuschreiben. Gegen diese Brüsseler Allmacht und den Interventionscharakter der neuen Richtlinie wendet sich vehement die deutsche Gaswirtschaft. Dies wurde auf der Gasfachlichen Aussprachetagung (gat) 2003 in München deutlich.

Manfred Scholle, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) und Vorsitzender des Vorstandes der RWE Gas AG in Dortmund, wies mit Sorge darauf hin, dass alles, was die Sicherstellung eines funktionierenden Energiebinnenmarktes, die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit, die Energieeinsparung und die Entwicklung erneuerbarer Energien betrifft, künftig zur primären Zuständigkeit der EU-Kommission gehören soll. Eine eigenständige nationale Energiepolitik, die auf dem Grundsatz der Subsidiarität beruht, werde damit noch weiter zurückgedrängt. Konsequenz wäre, so Scholle, eine immer stärkere Regulierung und Bürokratisierung, und dies zu Lasten der Unternehmen und damit auch zu Lasten der Kunden.

Gegen Aufnahme in die Verfassung

Der BGW-Präsident sprach sich im November auf der gat 2003 in München, die mit mehr als 1300 Besuchern die größte gasfachliche Tagung ist, gegen ein Energiekapitel in einer zukünftigen europäischen Verfassung aus. „Ein Energiekapitel würde die Kompetenz der EU-Mitgliedstaaten zur Gestaltung ihrer nationalen Energiepolitik im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips noch weiter zurückdrängen, stellte er fest. Die Folge wäre eine immer stärkere Regulierung und Bürokratisierung.“ Er unterstrich, dass die derzeitigen Binnenmarktregelungen der Europäischen Union völlig ausreichend seien, um eine europäische Angleichung der energiepolitischen Rahmenbedingungen zu gestalten.

Länderspezifische Realitäten anerkennen

Scholle appellierte an die EU-Kommission, länderspezifische Realitäten anzuerkennen. Dies gelte auch für das Thema Versorgungssicherheit: „Wir lehnen die von Brüssel geplante Regulierung zur Versorgungssicherheit ab, wonach einzelne EU-Mitgliedstaaten bei einer Versorgungskrise zu Hilfsleistungen für andere Staaten verpflichtet werden können.“ In Deutschland sei eine sichere und verlässliche Versorgung mit Erdgas rund um die Uhr unter anderem durch nationale und multilaterale Vereinbarungen gewährleistet. „Wir handeln ohne Regulierung schnell, effizient, marktnah und unbürokratisch.“ Nur wenn die Unternehmen alleine oder in Kooperation mit anderen Unternehmen nicht mehr in der Lage seien, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sei der Staat gefordert. Erst am Ende aller Möglichkeiten eines Mitgliedstaates

stelle sich überhaupt die Frage nach einer europäischen Intervention.

Diversifikation

Die deutsche Gaswirtschaft habe für eine langfristige Versorgungssicherheit in den vergangenen Jahrzehnten ihre Bezugsquellen diversifiziert. Dies zeige ein Blick auf die Herkunft des in Deutschland verbrauchten Erdgases im Jahr 2002: Im Inland wurden 18 % gefördert, 31 % aus Russland importiert, 25 % aus Norwegen, 19 % aus den Niederlanden und 7 % aus Großbritannien und Dänemark.

Balance zwischen Wettbewerb und Versorgungssicherheit

Welche schwerwiegenden Folgen es haben könne, wenn eine Regulierung falsche Marktsignale setze, habe man diesen Sommer an den Blackouts sowohl in den USA als auch quer durch Europa erkennen können, stellte Scholle fest. Vom 1. Juli 2004 an werde auf Grundlage der EU-Gasrichtlinie auch der Netzzugang in Deutschland reguliert. Basis hierfür sei ein Netzzugangsmodell. Die deutsche Gaswirtschaft habe an die zukünftige Regulierung klare Anforderungen formuliert. Die Unternehmenssubstanz dürfe nicht gefährdet werden, um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu garantieren. Jede Regulierung müsse eine Balance zwischen Wettbewerb und Versorgungssicherheit gewährleisten. Die Unternehmen müssten auch mit einer Regulierung weiterhin wirtschaftliche Freiräume und Anreize haben, um in den Auf- und Ausbau leistungsfähiger Infrastrukturen zu investieren. Vor allem aber müssten die Eigentumsrechte der Unternehmen an den Netzen von jeder Regulierungsbehörde ohne Wenn und Aber respektiert werden.

Regelwerk entscheidend

Nach Ansicht der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches (DVGW), eines technisch-wissenschaftlichen Vereins, zeigt das Beispiel Großbritanniens, dass der mit der Liberalisierung häufig verbundene Personal- und Know-how-Abbau nicht zwangsläufig zu mehr Störfällen führen muss. Entscheidend für einen funktionierenden Wettbewerb sei vielmehr ein unabhängiges, allgemein gültiges Regelwerk, das aktuelle Entwicklungen aufgreift und zeitnah umsetzt.

Das Entry-Exit-Netzzugangsmodell, das die deutsche Gaswirtschaft dem Bundeswirtschaftsministerium vorgelegt habe, trägt nach Scholles Meinung insbesondere der Sicherheit der

Versorgungsnetze und der dreistufigen Struktur der deutschen Gaswirtschaft Rechnung. Das Modell berücksichtige sowohl die Rechte der Netzzugangskunden als auch die verfassungsrechtlich geschützten Eigentumsrechte der Netzbetreiber.

Scholle stellte noch einmal klar, dass es bereits jetzt, auch ohne Regulierung, deutliche Indikatoren für Wettbewerb auf dem Gasmarkt gebe. Im Rahmen der Verbänderevereinbarungen Erdgas I und II hätten viele Industrie- und Gewerbetreibende die Möglichkeit genutzt, bestehende Verträge nachzuverhandeln. Auch auf der Transportseite funktioniere der Wettbewerb. Das belegten die rund 500 Durchleitungsverträge, die bis April 2003 abgeschlossen wurden. Zudem sei der Wettbewerb durch parallelen Leitungsbau in Deutschland seit langem in vollem Gange.

Orts- und Kundennähe

Die regionalen Gasversorgungsunternehmen haben, wie der Geschäftsführer der Bayerngas GmbH in München, Ulrich Mössner erläuterte, in den zurückliegenden drei Jahrzehnten durch den Aufbau regionaler Versorgungsnetze und intensiver Vertriebs- und Marketinganstrengungen erfolgreich zur Verbreitung des Erdgases in Deutschland beigetragen. Dabei habe man durch Ortsnähe auf spezifische Kundenbedürfnisse flexibel reagiert.

Vorteile der Regionalunternehmen

Bei der Liberalisierung des europäischen Gasmarktes könne der Eindruck entstehen, dass auf diese bewährten Strukturen wenig Rücksicht genommen werde. Man orientiere sich bei allen Vorgaben der Liberalisierung bzw. Regulierung an den in den übrigen EU-Ländern üblichen Staatskonzernen, die die gesamten Erdgas-Transportnetze des Landes - und vielfach auch die Endverteilung - aus einer Hand betreiben. So würden Netzzugangsmodelle propagiert, die nur für solche integrierten Netzbetreiber sinnvoll seien, oder es würden Unbundling-Leitlinien vorgegeben, die nur für Großun-

ternehmen umsetzbar seien, nicht aber für Regionalversorger mit einem sehr begrenzten Mitarbeiterstand. Und auch im nicht-regulierten Handelsbereich werde von der Politik ein Konzentrationsprozess gefördert bzw. nicht verhindert, der früher oder später dazu führen werde, dass einige wenige Großunternehmen den Energiemarkt kontrollieren werden. Die Politik wäre gut beraten, so Mössner, bei der Umsetzung der europäischen Richtlinie nicht die Vorzüge der diversifizierten Struktur der deutschen Gaswirtschaft aus den Augen zu verlieren. Regionalunternehmen könnten nämlich effizienter sein als Großunternehmen. Bei der Zusammenarbeit mit Importunternehmen auf der einen Hand und Kommunalunternehmen auf der anderen Hand könnten sehr wohl die Vorteile der Größendegression auf der Beschaffungsseite mit Kundennähe kombiniert werden.

Unbundling zwingend

Eine weitere Auflage aus Brüssel ist nach Scholles Darstellung das so genannte Legal Unbundling. Fernleitungsunternehmen müssen auf jeden Fall zum 1. Juli 2004 „unbundeln“, d.h. die Entflechtung des Netzbereichs von den übrigen Unternehmensteilen durchführen. Verteilerunternehmen mit 100.000 Kunden und mehr sind bis dahin nur zum organisatorischen Unbundling verpflichtet. Die rechtliche Trennung von Netz und Vertrieb haben sie voraussichtlich erst zum 1. Juli 2007 vorzunehmen. Scholle zeigte sich zuversichtlich, dass die Umsetzung so gestaltet werden kann, „dass den Unternehmen wichtige Synergiepotentiale erhalten bleiben, auch wenn noch viele Fragen ungeklärt sind.“ Er appellierte in diesem Zusammenhang an die Bundesregierung, sich nicht an den Interpretationshilfen für die Umsetzung, sondern am rechtlich verbindlichen Richtlinien-Text zu orientieren, damit Unternehmensspielräume erhalten bleiben.

Wunschenergie Nummer 1

Erdgas ist bei den Verbrauchern nach wie vor die Wunschenergie Nummer 1. Der Gasheizungsanteil bei neuen Wohnnein-

Fünf Jahre Erdgas-Stadtbus in Wolfratshausen

Runder Tisch initiierte den erdgasbetriebenen Stadtbus

Der Regionalverkehr Oberbayern RVO in Wolfratshausen und die Stadt Wolfratshausen haben mit finanzieller Unterstützung der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) vor mehr als fünf Jahren einen großen Schritt bei der Umsetzung eines modernen und umweltfreundlichen Nahverkehrskonzepts gemeinsam getan: Einen stündlich verkehrenden Stadtbus, der mit dem sauberen und umweltfreundlichen Erdgas angetrieben wird, in Wolfratshausen zu installieren.

Bürgermeister Rainer Berchtold begrüßte aus Anlass der Inbetriebnahme vor mehr als fünf Jahren das Engagement der Firmen Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und Regionalverkehr Oberbayern RVO, den Stadtverkehr mit einem Erdgasbus in Wolfratshausen zu installieren. Damit bereitete sich das Busunternehmen schon vor mehr als fünf Jahren aktiv auf eine innovative Technik vor. Zwischenzeitlich sind weitere Erdgasbusse im Versorgungsgebiet der RVO eingesetzt.

Die Bürger profitieren

Auch die Bürger profitieren. Denn die Busse sind nicht nur leiser, sondern auch sauberer: „Allein der Ausstoß an gesundheitsgefährdenden Russpartikeln wird um 95 Prozent im Vergleich zum bisherigen Dieselantrieb verringert“, so Bernhard Reith, ServiceCenter-Leiter der ESB in Wolfratshausen und Mitinitiator des Stadtbusses.

Dass das Projekt erdgasbetriebener Stadtbus in Wolfratshausen umgesetzt wurde, ist engagierten Mitstreitern in Sachen saubere Umwelt und innovative Technologien, dem „Runden Tisch“ in Wolfratshausen zu verdanken. Bei der ersten Inbetriebnahme im September 1997 waren u.a. Landrat Manfred Nagler, I. Bürgermeister Peter Finsterwalder, sowie die Geschäfts-

heiten bewegt sich immer noch auf einem Rekordniveau von über 76 %.

Dem Wasserstoff überlegen

Die Industrie deckt weiterhin über 32 % ihres Endenergiebedarfs mit Erdgas. Auch das Erdgasfahrzeug kommt immer besser in Fahrt. Unter günstigen Rahmenbedingungen seien bis zum Jahr 2010 etwa 500.000 Erdgasautos auf deutschen Straßen zu erwarten, sagte Scholle. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie belege, dass Erdgas als Kraftstoff dem Wasserstoff noch für mindestens 20

Jahre weit überlegen sei. Mit den 1.000 Tankstellen, die bis Ende 2005 in Deutschland von der Gaswirtschaft gebaut werden, und der Ermäßigung der Mineralölsteuer für Erdgas als Kraftstoff bis 2020 seien Erdgasfahrzeuge nicht nur umweltpolitisch, sondern vor allem auch finanziell eine echte Alternative. Es sei unter anderem aus klimapolitischen Gründen unabdingbar, dass die Ermäßigung der Mineralölsteuer für Erdgas als Kraftstoff bis 2020 erhalten bleibe. Hier sei die rot-grüne Bundesregierung jetzt gefordert, keine Abstriche bei der bisherigen Steuerermäßigung zu machen. **doh.**

Anspruchsvolles Modell für die Zukunft

Das Vorhaben in Wolfratshausen, den erdgasbetriebenen Stadtbus einzusetzen, ist eine modellhafte Umsetzung von anspruchsvollen Umweltstandards im öffentlichen Nahverkehr. Ab 2005 werden strenge europäische Grenzwerte bei der Luftreinhaltung gelten, die vor allem in Ballungsräumen und Städten eine deutliche Absenkung des Schadstoffausstoßes im Verkehr - vor allem beim Diesellruß - verlangen.

„Das ist zugleich ein Signal an die Autoindustrie, denn die Nachfrage nach umweltschonenden Busantrieben wird weiter zunehmen, so Reith und Bednarz übereinstimmend. „Deshalb begrüßen wir das Engagement von Wolfratshausen, den erdgasbetriebenen Stadtbus im Bereich der Städteverbindung als Zubringer zu allen elementaren städtischen Anlaufstellen in Wolfratshausen einzusetzen.“

Dr. Otto Wiesheu und Prof. Dr. Peter Frankenberg:

Zukunft der Energieversorgung

Experten aus Bayern und Baden-Württemberg stellen Ergebnisse vor

Bayern und Baden-Württemberg gehen gemeinsame Wege: Im Kompendium „Zukunft der Energieversorgung“ haben Experten beider Länder Ansätze für eine moderne und zukunftsweisende Energiepolitik zusammengestellt. Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu und Baden-Württembergs Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg betonten bei der Vorstellung des Kompendiums in München die Bedeutung einer modernen und zuverlässigen Energieversorgung: „Wachstum und Fortschritt sind in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nur mit einer verlässlichen Energieversorgung möglich. Hier gilt es, neue Chancen zu nutzen.“

Das Kompendium, erstellt unter Federführung des Wissenschaftlich-Technischen Beirats der Bayerischen Staatsregierung und des Innovationsbeirats der Landesregierung Baden-Württemberg, enthält elf Leitlinien sowie konkrete Empfehlungen für eine moderne, zukunftsorientierte Energiepolitik und -versorgung. Vorgeschlagen wird zum Beispiel, die Energieforschung in beiden Ländern zu stärken in den Bereichen Kraftwerkstechnik sowie Techniken zur rationellen Energienutzung in der Industrie. Die Publikation sieht auch eine Vernetzung bestehender Forschungseinrichtungen und Forschungsaktivitäten beider Länder vor.

Energiemix

Bis auf Weiteres stehe ein idealer einzelner Energieträger weder national noch international in ausreichendem Maß und zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen zur Verfügung. Kurz- und mittelfristig gebe es zu einem Energiemix, bestehend aus allen verfügbaren Energieträgern, und zu neuen Energietechnologien keine technische und wirtschaftlich tragfähige Alternative.

Technologisches Wissen

Vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien müsse das technologische Wissen zielstrebig erweitert werden, um die Effizienz und die Leistungspotenziale dieser Energieträger in Theorie und Praxis soweit zu erhöhen, dass die erneuerbaren Energien eine realistische und wirtschaftliche Alternative zu den konventionellen Energieträgern bilden können. Für die Entwicklung und dauerhafte Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung sei ein nationaler und internationaler

Rechtsrahmen erforderlich.

Während sich der weltweite Energiebedarf angesichts der rasch wachsenden Weltbevölkerung weiter stetig erhöhen wird, wird sich nach Meinung der Experten der Energieverbrauch in Deutschland und Europa voraussichtlich auf heutigem Niveau stabilisieren oder sogar leicht rückläufig entwickeln. In Deutschland sei bis 2030 eine Verdoppelung der Energieeffizienz bzw. eine Halbierung der Energieintensität zu erwarten.

Dominierendes Erdöl

Erdöl wird als der dominierende Energieträger im Primärenergieverbrauch angesehen. Diese Bedeutung werde sich auch in den kommenden 10 bis 20 Jahren nicht ändern. Erdgas wiederum sei hierzulande der Energieträger mit den größten Wachstumsperspektiven. Fast die Hälfte des Erdgasverbrauchs entfalle auf den Sektor Haushalte und Kleinverbrauch. Kohle zähle weiterhin zu den wichtigsten fossilen Energieträgern. Ihre Bedeutung wird sich nach Fachleuten zufolge mit leicht rückläufiger Tendenz auch in den kommenden Jahrzehnten prinzipiell fortsetzen. Technologisch werden weitere Effizienzpotenziale erwartet.

Fortschritte bei der Kerntechnologie

Was die Kerntechnologie angeht, werden derzeit erhebliche technologische Fortschritte realisiert. Die Betriebssicherheit kerntechnischer Anlagen werde dadurch weiter verbessert und die Leistungseffizienz ausgebaut. Mit einer neu entwickelten Reaktorlinie könne das Unfallrisiko insbesondere über die Entwicklung eines Superconducting zur Umhüllung der Kernkraftanlage minimiert wer-

den. Als Schlüsseltechnologie eröffne die Kernenergie hohe wirtschaftliche Wertschöpfungspotenziale. So sollen z.B. in Frankreich Altanlagen ab 2015 ersetzt werden. In den USA wurde ein neues Entwicklungsprogramm für Kernkraftwerkskonzepte aufgelegt, dem zwischenzeitlich acht Staaten beigetreten sind.

Ökologische Chancen

Erhebliche ökologische Chancen bietet die Solarenergie aufgrund ihres sehr geringen Schadstoffausstrags. Unter Berücksichtigung aller Kostenfaktoren sei die Nutzung der solaren Energie derzeit immer noch mit einem überproportional hohen Kostenaufwand unwirtschaftlich und ohne öffentliche Förderung im freien Wettbewerb der Energiemärkte nicht konkurrenzfähig. Die Entwicklung leistungsfähiger Solartechnologien biete für Erzeuger in Handwerk und Industrie große Wertschöpfungspotenziale.

Potenziale bei der Wasserkraft

Die energetische Nutzung der Wasserkraft wird vor allem für die Entwicklungsländer hohe ökonomische und ökologische Potenziale bieten können. Die Windenergie werde bei realistischer Einschätzung nur einen Beitrag zum Energiemix leisten können, der voraussichtlich einen Anteil von 5 Prozent nicht übersteigt, so der Beirat. Eine moderne wettbewerbsfähige Windenergiebranche berge hohe Exportchancen im Rahmen des Aufbaus von Energieversorgungsstrukturen mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Geothermie optimierbar

Während die Technik für die Nutzung von Geothermie grundsätzlich bekannt, aber noch optimierbar ist, und es hierzu anwendungsnaher Forschung bedarf, zählt die Brennstoffzellentechnologie zu den vielversprechenden Entwicklungen im Bereich der Energieumwandlungssysteme. Vorteilhaft sei, so die Publikation, dass Brennstoffzellen als Ergänzung der fossilen und erneuerbaren Energiegewinnung auf den heutigen Energiemix aufsetzen können.

Ideologiefreie Diskussion

Otto Wiesheu sieht in dem Kompendium einen Beitrag zu einer ideologiefreien und sachgerechten Diskussion in der Energiepolitik: „Fachleute, Entscheidungsträger und Interessierte sind eingeladen, sich mit dem Thema der zukünftigen Energieversorgung auseinanderzusetzen.“ Peter Frankenberg wiederum bezeichnete die Publikation als einen wichtigen Impulsgeber: „Die Auseinandersetzung mit langfristigen Entwicklungen ist zu einer Daueraufgabe unserer Gesellschaft geworden. Politik braucht dafür die Beratung durch Experten. Hierbei leisten die Beiträge des Bandes wichtige Dienste.“ **DK**

Workshop E.ON Energie in Karlsruhe:

Strommarkt im Wandel

Mit dem neuen Regulierungsrahmen für die Strom- und Gaswirtschaft sowie den Rahmenbedingungen in Deutschland für die Nutzung erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung befasste sich ein Workshop von E.ON Energie in Karlsruhe bei München. Eingangs hatte Dr. Guido Knott, Leiter Kommunikation und Politik, bereits die neue Organisationsstruktur von E.ON Energie, bestehend aus Business Units, Market Units und Corporate Center, erläutert.

In seinem Einführungsvortrag stellte Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Leiter des Bremer Energie-Instituts, die Herausforderungen für Energieunternehmen vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Strommarktes dar. Laut Pfaffenberger zehrt der liberalisierte Markt noch von Kapazitätsreserven in Erzeugung und Netz aus der Vergangenheit. Die bevorstehende Neustrukturierung des Kraftwerksparks mit durchschnittlich 3000 bis 4000 Megawatt pro Jahr in den nächsten 15 Jahren sei eine Herausforderung für den Marktmechanismus. Netz und Erzeugung müssten entsprechend den Handlungsforderungen aufeinander abgestimmt sein.

Sorgsame Kalkulationen

Investitionen erforderten ein Preisniveau, bei dem die Vollkosten neuer Kraftwerke erwirtschaftet werden können, fuhr Pfaffenberger fort. Dies sei im offenen Markt aber nur erfüllbar, wenn die Kapazitäten knapp bleiben.

Die Grenzkosten neuer Kraftwerke dürften nicht höher sein als die der vorhandenen, weil sie sonst am Markt nicht platziert werden können. Auf Grund neuer Technik dürften diese Bedingungen gut zu erfüllen sein, fuhr er aber eher zu einem sinkenden Preisniveau.

Gegen Regulierung bei der Erzeugung

Völlig kontraproduktiv wäre indes die staatliche Regulierung im Erzeugungsbereich. Sie würde Pfaffenberger zufolge die notwendigen Anpassungsprozesse verhindern und das Gegenteil von Versorgungssicherheit bewirken. Kontraproduktiv sei diese Maßnahme auch für die Politik selbst, da sie sich die Verantwortung für Prozesse aufbürden würde, die sie selbst nicht originär zu verantworten hat.

Konsequenterweise müsse die Regulierung auf den Netzbereich beschränkt werden. Grundsätzlich gelte: Investitionen und Preise sind die wesentlichen Parameter unternehmerischen Han-

Söder zu Erneuerbaren Energien:

Trittins Energiepläne kosten die Bürger Milliarden

Als „Politik auf dem Buckel der kleinen Leute“ kritisierte CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder die von Bundesumweltminister Trittin geplante Strompreiserhöhung durch das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). „Die höheren Stromkosten treffen vor allem die Menschen, die eh schon mit jedem Cent rechnen müssen. Bereits jetzt schießen die deutschen Haushalte über die Stromrechnung 2,6 Milliarden Euro im Jahr für die Förderung erneuerbarer Energien zu. Durch Trittins Pläne wird sich dieser Betrag auf über 5 Milliarden Euro verdoppeln. Der einfache Bürger zahlt für Trittins ökologische Profilierungssucht“, stellte Söder fest. „Die Umwelt profitiert davon allerdings kaum. Und für den normalen Bürger bleiben unter dem Strich nur deutlich höhere Kosten“, so Söder. „Das hat mit Umweltpolitik und der Förderung erneuerbarer Energien nichts zu tun.“ Stattdessen wäre es sinnvoller, nicht aus der Kernenergie auszusteigen, weil dadurch die Stromkosten gesenkt werden könnten, so der CSU-Generalsekretär.

Söder forderte die rot-grüne Koalition zur Umkehr auf: „Wir brauchen endlich Anreize, dass die erneuerbaren Energien die Marktreife erreichen und dadurch wettbewerbsfähig werden. Dazu gehört vor allem der vernünftige Ausbau im Bereich der Biomasse und der Solararchitektur sowie der Einsatz neuer Forschungsprojekte.“

Stromversorgung in Deutschland leistete. Die Windkraft, so Schneller, verfüge über einen hohen Regelergiebedarf. Schnelle Schwankungen der Windstromspeisung müssten durch Übertragungsnetzbetreiber ausgeglichen werden. Die Mehrkosten belasteten die Stromkunden der jeweiligen Regelzone, bislang gebe es keinen bundesweiten Solidarausgleich.

Windausbau nur bei parallelem Netzausbau

Der Windausbau ist Schneller zufolge nur bei parallelem Netzausbau möglich. Einspeisungen würden in Küstenregionen nur zum Teil verbraucht. Überschüsse müssten zu Verbraucherschwerpunkten transportiert werden. Freilich seien die Transportkapazitäten des bestehenden Netzes hierfür nicht ausgelegt. Mittel- bis langfristig sei ein erheblicher Netzausbau notwendig, insbesondere bei stärkerer Nutzung von Off-Shore-Wind. Auch verursacht die temporäre Verlagerung von Erzeugung in teurere Kraftwerke in anderen Regionen Brennstoffmehrkosten.

Schattenkraftwerke

Als Folgekosten der Windenergie führte Schneller den hohen Bedarf an Regelernergie an, zudem die Notwendigkeit von „Schattenkraftwerken“ zur Bereitstellung gesicherter Leistung, sowie die Notwendigkeit des Netzausbaus. Die Windfolgekosten beliefen sich auf rund 2,4 €/kWh; dies bedeute wiederum, dass die Windenergie um den Faktor 3 bis 4 teurer sei als konventioneller Strom. Die Subvention je Arbeitsplatz bewege sich zwischen 27.000 und 200.000 Euro.

Reform der Erneuerbarenförderung

Ein nationales Regenerativenkonzept sollte nach Schnellers Meinung einen volkswirtschaftlich und infrastrukturell realistischen Ausbaupfad beschreiben. Die Förderung müsse wettbewerbsorientierter und effizienter gestaltet werden. Der Ausbau der Windkraft verlange parallelen Netzausbau und zumindest vorübergehend Erzeugungsmanagement. Die Kosten der Erneuerbarenförderung seien transparent zu machen. Schnellers Fazit: „Eine Erneuerbarenförderung ist in Deutschland dringend reformbedürftig!“ **DK**

Erfolgsprojekt eza! feiert Geburtstag

Vor fünf Jahren wurde das energie- & umweltzentrum Allgäu von einer breiten Basis aus Kommunen, Wirtschaft und Initiativen gegründet. In dieser Zeit konnte Beachtliches erreicht und eine gut funktionierende Organisation aufgebaut werden. eza! hat als gemeinnützige GmbH das Ziel, erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung zu fördern. Hierzu organisiert das Zentrum Veranstaltungen und bietet Energieberatungen und Bildung für Privatpersonen, Fachleute und Entscheidungsträger. Zentrale der Aktivitäten ist das eza!-haus - ein mustergültig saniertes Altbau, ein Demonstrations- und Energieberatungsgebäude.

Energie- und damit CO₂ sparen hat sich eza! ebenso auf die Fahnen geschrieben wie den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien. Dass dies nur über eine umfassende Information der Bevölkerung möglich ist, stand laut Geschäftsführer Martin Sambale, schon bei der Gründung des Energie- und Umweltzentrums fest. Deshalb stecken die mittlerweile 13 Mitarbeiter ihre eigene Energie vor allem in die Aufklärung: Insgesamt 4.000 persönliche Energieberatungen wurden seit 1998 durchgeführt,

12.000 Mal wurden telefonisch Tipps gegeben.

Dr. Ulrich Netzer, Kemptener OB und Vorsitzender von eza!, hob aus Anlass des fünfjährigen Bestehens besonders die Einbindung von eza! in das Kompetenzzentrum Umwelt Augsburg Schwaben (KUMAS), hervor. Dank dieser Einbindung war es möglich, dass das Energiezentrum im Rahmen der High Tech Offensive Zukunft Bayern gemeinsam mit der Fachhochschule Kempten für den Aufbau der Energiekompetenz in der Region gefördert wurde.

Auch die Kommunen gehen in Sachen Energieeinsparung mit gutem Beispiel voran. 2001 begann eza! mit dem Kommunalen Energiemanagement. Die Gemeinde Wildpoldsried (siehe auch Seite 8) wurde als erster Partner mit vier Liegenschaften betreut. Derzeit profitieren sieben Kommunen mit insgesamt 52 Liegenschaften vom Fachwissen des eza!-Teams.

Für Privatpersonen sind 40 Energieberater in 36 Beratungsstellen im gesamten Allgäu tätig. Zusammen mit dem Netzwerk eza!-Partner, dem über 110 Architekten, Ingenieure, Baufirmen und Handwerker angehören, ist so umfassende Information und gleichzeitig fachgerechte Ausführung möglich. **DK**

Greiling, Reichersbeuern und E.ON Bayern:

Neue Zustimmungsverträge mit 20 Jahren Laufzeit

Paketlösung nach Änderungen des Energierechts

Zwei der in der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Reichersbeuern zusammengeschlossenen Gemeinden und E.ON Bayern haben ihre bestehenden Zustimmungsverträge vorzeitig verlängert. Hans Ostermünchner, Erster Bürgermeister der Gemeinde Greiling, Josef Reiter, Erster Bürgermeister der Gemeinde Reichersbeuern, und Dr. Albrecht Schleich, Generalbevollmächtigter von E.ON Bayern, unterzeichneten sogenannte Zustimmungsverträge (Wenutzungsverträge).

Durch diese Verträge räumen die zwei Gemeinden E.ON Bayern das Recht ein, Versorgungsanlagen auf öffentlichen Grundstücken zu errichten und zu betreiben.

1.650 Stromkunden

Damit wird die Versorgung der zusammen über 1.650 Stromkunden für weitere 20 Jahre durch E.ON Bayern sichergestellt. Der Strombedarf der zwei Gemeinden beträgt heute über sieben Millionen Kilowattstunden (kWh) im Jahr. Die ebenfalls zur VG gehörige Gemeinde Sachsenkam hatte bereits 1997 den Vertrag verlängert.

Die 1998 in Kraft getretenen Änderungen des Energierechts ließen es sinnvoll erscheinen,

E.ON investiert Milliarden in die Konsolidierung

13,8 Mrd. Euro im Zeitraum 2004 bis 2006

Der deutsche Energieversorger E.ON plant in den kommenden drei Jahren, 13,8 Mrd. Euro zu investieren. Wie das Unternehmen mitteilte, werden im Zeitraum 2003 bis 2006 knapp 8,7 Mrd. Euro in Sachanlagen gesteckt, wobei die Instandhaltung und der Ausbau der Strom- und Gasnetze sowie Umweltschutzmaßnahmen in der Stromerzeugung im Vordergrund stehen. Die restlichen 5,1 Mrd. Euro sind für Investitionen in Finanzanlagen vorgesehen. Hier sucht der Konzern vor allem die Abrundung bestehender Beteiligungen in den Zielmärkten.

Finanzielle Ziele

E.ON hat vor, sich vor allem auf das Erreichen seiner finanziellen Ziele zu konzentrieren und weitere Wertsteigerungen hauptsächlich durch eine Verbesserung der operativen Performance anzustreben. „Wir investieren vor allem in den Erhalt und Ausbau unserer Netze und Kraftwerke“, erklärte E.ON-Vorstandsvorsitzender Wulf Bernotat. „Dies kommt nicht zuletzt der Versorgungssicherheit in unseren Märkten zu Gute“.

Strategische Übernahmen

Zudem öffne die gute Finanzlage E.ON auch Spielraum für weitere strategische Übernahmen, die im Investitionsvolumen von 13,8 Mrd. Euro noch nicht berücksichtigt sind. So sei es für den Konzern durchaus vorstellbar, sein Engagement in der Gasförderung in Russland und in der Nordsee zu forcieren. Akquisitionen in der Größenordnung vom britischen Versorger Powergen <http://www.pgen.com> oder dem deutschen Gasgroßhändler Ruhrgas <http://www.ruhrgas.de> hat E.ON bis 2006 allerdings ausgeschlossen.

dienstleister E.ON Bayern haben nun nach intensiven Gesprächen neue Verträge abgeschlossen, die im Rahmen einer Paketlösung den Bedürfnissen der Gemeinden entsprechen, der Energierechtsreform Rechnung tragen und den drei Vertragspartnern eine überschaubar lange Planungssicherheit garantieren.

Lange Tradition

Die Partnerschaften zwischen Greiling, Reichersbeuern und E.ON Bayern haben eine lange

Tradition. Die ersten Verträge wurden bereits in den Jahren 1914 bzw. 1913 mit einer Rechtsvorgängerin der Isar-Amperwerke, der „Elektrischen Überlandzentrale Leitzachwerke“, abgeschlossen.

Strom war sehr teuer

Strom war zu jener Zeit recht teuer: Lichtstrom kostete damals stolze 60 Pfennig pro Kilowattstunde, was einem aktuellen Strompreis von mehreren Euro entsprechen würde, während der Kraftstrom, also Strom für den Antrieb von Motoren, nur mit 25 Pf/kWh abgerechnet wurde.

Nur wenige Lampen erhellten damals die Straßen der beiden Gemeinden. Heute sorgen zusammen rund 210 Leuchten mit einem Anschlusswert von über 11 Kilowatt dafür, dass deren Bürger auch nachts sicher den Heimweg finden.



Unterschriften unter ein gelungenes Vertragswerk (v.li.n.re.): Dr. Albrecht Schleich, Generalbevollmächtigter von E.ON Bayern, Josef Reiter, Erster Bürgermeister der Gemeinde Reichersbeuern, und Hans Ostermünchner, Erster Bürgermeister der Gemeinde Greiling.

Wildpoldsried im Oberallgäu:

Vorbildliche Öko-Gemeinde

Wildpoldsried im Oberallgäu ist ein kleines, aber selbstbewusstes Dorf. In der 2400 Einwohner zählenden Gemeinde leben einige „Idealisten“, denen es zu verdanken ist, dass dort regenerative Energien in einer enormen vorbildlichen Bandbreite erzeugt werden. Insbesondere aus dem Bereich der Landwirtschaft kommen eine Vielzahl von Aktivitäten, die sowohl ökologisch als auch ökonomisch vorbildlich sind. Ortsansässige Betriebe und Unternehmer ergänzen diese Palette durch innovative Produkte und Dienstleistungen. Die Gemeinde erhebt dabei laut erstem Bürgermeister Arno Zengerle den Anspruch, ökologische und ökonomische Interessen miteinander vereinbaren zu können.

Solaranlagen sind in Wildpoldsried bereits vielfach auf kommunalen (Schule und Feuerwehrhaus) sowie auf privaten Gebäuden installiert. Durch die Aktion „Gemeinsamer Solareinkauf“ wurden im Sommer 2002 insgesamt 224 m² Kollektoren (18 Anlagen) neu installiert. Momentan läuft eine zweite gemeinsame Einkaufsaktion für Photovoltaikanlagen.

Nutzung von Sonne, Wasser und Wind

Seit vielen Jahren sorgen bei der ehemaligen Dorfmühle zwei Wasserräder mit 10 und 11 PS Leistung für den Antrieb der Mühle und des Sägewerks. Seit 1940 stehen hier zwei Francis-spiralrührer. Um das Gefälle besser nutzen zu können, wurde vom Stauweiher bis zum Sägewerk ca. 330 m des Triebwerks-

kanals verrohrt. Die beiden Turbinen erzeugen eine Maximalleistung von 25 KW, was aber nur bei Hochwasser oder Abstauen des Weihers zum Tragen kommt. Im April 2000 gingen in Wildpoldsried die ersten zwei Windkraftanlagen in Betrieb. Zwei weitere wurden im Winter 2001/2002 aufgestellt.

Bundesweites Neuland

Mit der sogenannten Brettstapelbauweise betrat Wildpoldsried 1995 bundesweit Neuland: Das bestehende Schulhaus aus den fünfziger Jahren musste erweitert werden. Aus ökologischen Gründen entschied sich die Gemeinde für den heimischen Baustoff Holz. Gewählt wurde eine laminierte Massivholzbauteile in genagelter Form. Wände, Decken sowie die Dachplatten wurden aus sol-

chen vorgefertigten Elementen hergestellt. Die Geschosdecken sind für einen verbesserten Schallschutz und eine erhöhte Tragfähigkeit als Holz-Beton-Verbundkonstruktion ausgeführt.

15 Prozent weniger Kosten

Eine langwierige Genehmigungsphase war die Folge, da die Oberste Baubehörde Zuordnungsschwierigkeiten mit den im Verbund wirkenden Baustoffen Holz und Beton hatte. Die Kosten für die Grundschulerweiterung liegen um etwa 15 Prozent unter den Kosten einer konventionell gebauten Schule mit gleichem Standard. Dies ist auf die sichtbaren Rohbauoberflächen, das geringe Flächengewicht der Konstruktion und nicht zuletzt auf die im Holzbau erforderliche Disziplin der Planer zurückzuführen.

Pflanzenkläranlage

Bereits im Jahre 1994 entstand in Wildpoldsried eine private Pflanzenkläranlage als Pilotprojekt mit der örtlichen Firma Schellheimer. Zwischenzeitlich sind über zehn private Anlagen im Aussenbereich der Ge-

meinde im Einsatz. Weitere sind geplant. Anhand eines naturnahen Klärschlammvererdungssystems wird seit 1997 zudem der anfallende Klärschlamm in wertvollen Humus umgewandelt. Der Stoffkreislauf für den Schlamm soll somit durch Verwertung im Landschaftsbau und für Rekultivierungsmaßnahmen geschlossen werden.

Dokumentation über Dachisolierungen

Während einer Ballonfahrt im Januar 2001 wurden alle Wildpoldsrieder Dächer fotografiert. Den Bürgern wird somit die Möglichkeit geboten, im Rahmen der Energieberatung ihr Hausdach auf den Bildern zu besichtigen. Hier ist meist sofort erkennbar, wo die Isolierung nicht ausreichend ist.

Beobachtung des Energieverbrauchs

Die Gemeinde Wildpoldsried vergleicht und beobachtet bereits seit Jahren den Energieverbrauch ihrer Gebäude. Für die vier größten Bauten Kindergarten, Schule, Rathaus sowie Haus für Feuerwehr und Kultur wurde das energie- & umweltzentrum allgäu eza! mit der Durchführung des kommunalen Energiemanagement beauftragt. Durch verschiedenste Maßnahmen wie Unterstützung und Schulung der Gebäudeverant-

Alpenmusical „Watzmann“ auf E.ON Bayern Seebühne Chiemsee

„Um seinen Gipfel jagen, Nebelschwaden...“ Am 8. Juli sorgt der bekannte österreichische Sänger und Liedermacher Wolfgang Ambros mit seinem Alpenmusical „Watzmann - der ewige Kampf zwischen Berg und Mensch“ für den Auftakt zur Spielsaison 2004 auf der E.ON Bayern Seebühne Chiemsee.

Das unterhaltsame musikalische Theaterstück erzählt auf humorvolle Weise die Geschichte eines jungen Bergbauern, der sich der Liebe wegen aufmacht, den unbezwingbaren Berg „Watzmann“ zu besteigen und dort auf tragische Weise den Tod findet.

Nach 13 Jahren Pause wird dieses Kult-„Alpenmusical“ in einer spektakulären Neuinszenierung auf der Seebühne erstmals wieder zu sehen sein. Die weitere hochkarätige Besetzung mit Josie Prokopetz, Christoph Fäbl und EAV-Frontmann Klaus Eberhartinger in der skurrilen Rolle der „Gaitalerin“ garantieren einen unterhaltsamen Abend.

Frühbücher kommen am Chiemsee auf ihre Kosten: Bis zum 31. März erhalten sie auf alle Vorstellungen einen Preisnachlass von 10 Prozent. **DK**

wortlichen auf ihre Anlagen, Einstellung der Anlagen auf die Nutzung der Gebäude oder sofortige Meldung bei auffälligem Mehrverbrauch konnten im Jahr 2002 Energiekosten in Höhe

von 2.685 Euro (2050 Euro für Heizöl, 525 Euro für Strom, 110 Euro für Wasser) eingespart werden. Dies entspricht einer Einsparung von 20,86 Tonnen CO₂. **DK**

Kooperation im Sinne der Umwelt

Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und BayWa AG eröffnen Erdgastankstelle in Pfaffenhofen

Das Netz der Erdgastankstellen in Bayern wächst kontinuierlich weiter. Erdgas Südbayern und die BayWa AG nahmen im Dezember auf dem Gelände der BayWa-Tankstelle an der Münchner Straße in Pfaffenhofen eine Erdgaszapfsäule in Betrieb.

Die Partner wollen gemeinsam einen weiteren Akzent für den sauberen und kostengünstigen Treibstoff Erdgas setzen. Die Stadt unterstützt das Projekt und übernahm die Schirmherrschaft für die Erdgastankstelle.

Aus gutem Grund gewinnt Erdgas immer mehr Anhänger: Erdgas als Antriebsenergie ist günstig, schon die Umwelt und steht dem Benzin- oder Dieselfahrzeug in Bezug auf Leistung, Kraft- und Fahrverhalten in nichts nach.

Aus diesem Grund liegt Fahrern mit Erdgas mehr denn je im Trend: Die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge steigt kontinuierlich und lag 2003 in Deutschland

bereits bei 15.000 Fahrzeugen. Die regionalen Autohäuser präsentierten mit einer Fahrzeug-Ausstellung an Ort und Stelle bei der Öffnung aktuelle Erdgas-Autos: Modelle von Volvo und Opel waren mit dabei, ebenso wurden Fahrzeuge der Firmen Fiat und VW ausgestellt.

Dass Autofahren mit Erdgas die normalste Sache der Welt ist, davon konnten sich alle interessierten Gäste und Besucher an diesem Tag selber überzeugen. Die Fahrzeuge wurden besichtigt und probegefahren. Kompetente Berater standen mit ausführlichen Informationen den ganzen Samstag zur Verfügung.

Informationen: www.esb.de

Förderprogramme für die Energiewirtschaft

Die Generaldirektion Energie und Verkehr (TREN) der Europäischen Kommission hat Ende November das Förderprogramm „Intelligente Energie - Europa (EIE)“ vorgestellt. Mit insgesamt rd. 200 Mio. EUR werden Maßnahmen in den Unterprogrammen SAVE, ALTENER, STEER und COOPENER gefördert. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2004.

SAVE (Gesamtbudget: 69,8 Mio. EUR) fördert allgemein Projekte, die Energieeinsparung zum Ziel haben. Vorrangig unterstützt werden Projekte, die die Gesamtenergieeffizienz von Häusern verbessern.

ALTENER (80 Mio. EUR) fördert die Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Dabei soll vor allem die Umsetzung von EU-Richtlinien vorangetrieben werden (insbesondere die Richtlinie 2001/77/EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen). Durch das Programm soll außerdem das Sammeln, Verarbeiten und Veröffentlichen von Daten im Bereich erneuerbare Energien beschleunigt werden.

STEER (32,6 Mio. EUR) fördert Vorhaben, die im Bereich Verkehr zur Energieeffizienz führen. Insbesondere soll das Know-how der lokalen Entscheidungsträger im Verkehrsbereich verbessert werden. Als mögliche Partner kommen z.B. Kommunen, Radfahrvereine, Autohersteller oder Spediteure in Betracht.

COOPENER (17,6 Mio. EUR) fördert die Nutzung er-

neuerbarer Energie und den effizienten Umgang mit Energie in den Entwicklungsländern. Vorgesehen ist, eine umweltfreundliche Energiepolitik in diesen Ländern zu unterstützen sowie Marktbedingungen zu schaffen, die eine effektive Armutsbekämpfung ermöglichen. Dazu zählt auch, die Expertise auf lokaler Ebene in den Entwicklungsländern zu stärken. Bei diesem Programm müssen mindestens zwei Partner aus den Mitgliedstaaten zusammen mit anderen Partnern aus den Entwicklungsländern ein gemeinsames Projekt durchführen.

Finanzierung und Bewerbung: Maximal 50 Prozent der Projekt-kosten werden im Rahmen des Förderprogramms „Intelligente Energie-Europa (EIE)“ finanziert. In der Regel müssen sich mindestens drei Partner aus drei verschiedenen Mitgliedstaaten zu einem Projekt zusammenschließen. Informationen über das EIE-Förderprogramm gibt es auf folgender Website: http://europa.eu.int/comm/energy/intelligent/index_en.html. **IBSt**

Landwirtschaftsminister Josef Miller:

Gute Perspektiven für Nachwachsende Rohstoffe

Die Nachwachsenden Rohstoffe werden künftig noch mehr als bisher an Bedeutung gewinnen. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller in München mitteilte, trägt die „hartnäckige und konsequente Arbeit Bayerns“ inzwischen auch über die Grenzen des Freistaats hinaus Früchte. So wurde durch die Richtlinie zur Harmonisierung der Energiebesteuerung ab 1. Januar europaweit die Möglichkeit der Steuerbefreiung für biogene Kraftstoffe in Kraftstoffmischungen geschaffen. Miller: „Vor zehn Jahren haben wir durch unsere Initiative zur Steuerbefreiung von biogenen Kraftstoffen in Deutschland den Weg für Europa vorgezeichnet.“

Eine „gewaltige Schubkraft“ erwartet sich der Minister auch von der Biokraftstoff-Richtlinie der EU, die als Mengenziel bis 2005 zwei Prozent und bis 2010 5,75 Prozent biogene oder andere erneuerbare Kraftstoffe vorsieht. Dazu der Minister: „Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Rohstoffbereitstellung nicht nur für Pflanzenöle, sondern auch für Rohstoffe zur Alkoholherstellung.“ So errichte z.B. die Firma Südzucker AG eine Bioethanolanlage, die im Frühjahr 2005 in Betrieb gehen und jährlich rund 700 000 Tonnen Getreide zu 260 000 Kubikmetern Bioethanol verarbeiten soll.

In Bayern werden schon jetzt 3,7 Prozent des Primärenergieverbrauchs aus Biomasse erzeugt. Deutschlandweit liegt der Biomasseanteil nur bei 1,9 Prozent. Auch bei der Erzeugung von Biogas hält der Freistaat mit rund 600 Anlagen bei insgesamt 2 000 in Deutschland den Spitzenplatz. Miller: „Unsere innovativen Investitionen haben sich gelohnt.“ Von 1990 bis Ende 2003 hat Bayern rund 191 Millionen Euro, davon allein 157 Millionen Euro Landesmittel, für die Förderung nachwachsender Rohstoffe eingesetzt, insbesondere für die Erzeugung von Energie aus Biomasse. **z**

Rundum-Überwachung für Bayerns Kernkraftwerke

Als „rundum überwacht“ bezeichnete Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller die bayerischen Kernkraftwerke anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Kernreaktor-Fernüberwachung in Augsburg. Müller: „Bayern verknüpft sein „Ja“ zur Kernenergie mit einem „Muss“ an höchstmöglicher Sicherheit und bestmöglicher staatlicher Aufsicht.“

Dazu habe der Freistaat zwei vom Betreiber unabhängige Messnetze innerhalb und außerhalb der Kernkraftwerke installiert, die per Datenfernübertragung rund um die Uhr Radioaktivitäts-Messungen nach Augsburg in die Messnetzzentrale am Landesamt für Umweltschutz senden, so die Staatssekretärin weiter. Müller: „Die täglich im Internet einsehbaren Daten sind die Basis für die Akzeptanz der friedlichen Nutzung der Kernenergie - und dabei weltrekordverdächtig. Pro Tag entstehen knapp 3,5 Millionen Messwerte, aber seit Tschernobyl 1986 ohne eine einzige Radioaktivitäts-Anomalie.“ Innerhalb der Kernkraftwerke ist die

Kernreaktor-Fernüberwachung (KFÜ), außerhalb der Kraftwerke das Immissionsmessnetz für Radioaktivität (IfR) für die flächendeckende Überwachung Bayerns zuständig. „Die Effizienz der atomrechtlichen Aufsicht und die Vorsorge gegen die schädlichen Auswirkungen ionisierender Strahlungen stehen in Bayern an erster Stelle“, so Müller. Deshalb haben Freistaat und Betreiber heuer jeweils zwölf hochempfindliche Radioaktivitäts-Detektoren (sog. Gamma-Sonden) ringförmig im Abstand von 2 bis 5 km um die drei bayerischen KKW-Standorte Gundremmingen, Grafenrheinfeld und Isar 1+2 sowie den Forschungsreaktor München II (FRM II) aufgestellt. Die Detektoren schlagen automatisch Alarm, sollten Radioaktivitätskonzentrationen in der Luft über die natürliche Hintergrundstrahlung hinaus ansteigen.

Die aktuellen Messdaten stehen unter: www.bayern.de/lfu/strahlen; weitere Informationen: <http://www.reaktorsicherheit.bayern.de>

„erneuerbare energien 2004“

Vom 5. bis 7. März 2004 findet in Böblingen der Fachkongress „erneuerbare energien 2004“ statt. Bei der Tagung geht es um die rationelle Energieverwendung, energie-effizientes Bauen, Altbauenergie und den Einsatz regenerativer Energien, wie Geothermie, Solarthermie oder Wasserkraft. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht auch eine Fachtagung für die Kommunen unter dem Motto „Wärme aus Holz für die Gemeinden - Contracting mit Pellet- und Schnitzelheizungen“. Weitere Informationen können angefordert werden bei der erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Miriam Hegner, Unter den Linden 15, 72762 Reutlingen, Tel. 07121-3016-0, Fax 07121-3016-100, redaktion@energie-server.de, www.energie-server.de. **z**

Bayerns Umweltminister Dr. Werner Schnappauf:

Bund hat keine Alternative zur Kernkraft

Aufsicht über Kernkraftwerke ist Ländersache

Bayern lehnt die von Bundesumweltminister Jürgen Trittin offenbar beabsichtigte Übernahme der Aufsicht über Kernkraftwerke in bundeseigene Verwaltung ab und ist vor allem nicht bereit, ein solch widersinniges Vorhaben mit Fachpersonal zu unterstützen. Dies teilte Umweltminister Werner Schnappauf in München mit.

Schnappauf: „In Wahrheit geht es Trittin nicht um eine effektivere Aufsicht, sondern nur darum, noch weitere Kernkraftwerke vor dem Ende ihrer Regellaufzeit vom Netz zu zwingen. Das ist unverantwortlich, weil die Bundesregierung kein zukunftsträchtiges Energiekonzept vorweisen kann.“

Unsichere Zukunft

Schnappauf: „Rot-Grün treibt Deutschland immer weiter in eine völlig unsichere Zukunft. Selbst wenn es Trittin wider Erwarten gelingen sollte, seine hochgesteckten Energieeinsparziele zu erreichen, wird er das Loch, das die Abschaltung der Kernkraftwerke in die deutsche Stromversorgung reißen wird, langfristig nur um den Preis eines erhöhten CO₂-Ausstoßes stopfen können. So schadet er dem Klimaschutz und setzt die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität unseres Landes aufs Spiel. Ein derartiges Abenteuer wird Bayern nicht unterstützen!“

Zugewinn an Sicherheit

Schnappauf hob hervor, dass die Aufsicht durch die Länder wegen ihrer größeren Nähe und besseren Kenntnis der Verhältnisse vor Ort auch einen Zugewinn an Sicherheit bedeute. Diesen dürfe man nicht preisgeben.

Weitere Informationen: <http://www.reaktorsicherheit.bayern.de>

Hausmüll in Bayern:

Abfallwirtschaftskonzepte bis zum Jahr 2007

Das Bayerische Landesamt für Umweltschutz beauftragte im vergangenen Jahr das Ingenieurbüro für Innovative Abfallwirtschaft - ia GmbH mit der Auswertung der von den 96 bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten erstellten Abfallwirtschaftskonzepte 2003 bis 2007. In diesen Plänen stellen die entsorgungspflichtigen Körperschaften Bayerns dar, wie sie durch die Umsetzung abfallwirtschaftlicher Planungen und Strategien die Entsorgungssicherheit in den nächsten fünf Jahren gewährleisten wollen.

Bereits seit Jahren führen die bayerischen Kommunen umfangreiche Maßnahmen zur Abfallvermeidung durch. 83 der 96 Städte und Landkreise in Bayern werden die aktuell durchgeführten Abfallvermeidungsmaßnahmen auch in den nächsten fünf Jahren fortsetzen.

Holsysteme

Bis zum Ende des Prognosezeitraums werden bayernweit folgende Holsysteme eingerichtet sein: 80 Landkreise und kreisfreie Städte bieten bis 2007 die getrennte Erfassung von Bioabfällen an, die in 72 Körperschaften flächendeckend und in weiteren acht

in Teilbereichen angeboten wird. Im Prognosezeitraum wird sich die Anzahl der Körperschaften mit flächendeckender Papiertonne auf 58 erhöhen. Weitere drei Landkreise führen eine Sammlung mit dem Papiersack in Teilbereichen durch. Die Grüngutsammlung über das Holsystem erfolgt in der Regel halb- oder vierteljährlich und wird bis 2007 von 29 entsorgungspflichtigen Körperschaften angeboten.

Elektronikschratt

Die Abholung von Elektronikschratt wird bis zum Jahr 2007 in 29 bayerischen Körperschaften praktiziert. Diese

erfolgt überwiegend auf Abruf oder in jährlichen bzw. halbjährlichen Sammelaktionen.

Bringsysteme

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften in Bayern verfügen über ein dichtes Netz an Bringsystemen, deren Ausbaugrad sich im Prognosezeitraum nur geringfügig ändern wird. Neben der in Bayern weitgehend etablierten Sammlung von organischen Abfällen über die Biotonne werden auch künftig in sechs Körperschaften Bioabfälle im Bringsystem erfasst. Hiervon nutzen vier Körperschaften das Bringsystem über Wertstoffhöfe als Ergänzung zur Biotonne.

Containerstandorte

Die Grünguterfassung über Containerstandorte wird weiterhin in nahezu allen Landkreisen und kreisfreien Städten angeboten und erreicht eine Standplatzdichte von 4.786 Einwohner pro Container. Zur Sammlung von Altpapier und Pappe stehen 2003 in Bayern 7.984 Container bereit, die sich mit der Einführung der Papiertonne in fünf weiteren entsorgungspflichtigen Körperschaften bis 2007 auf 7.328 Standorte reduzieren werden. 2007 wird in den 84 Körperschaften, die Altpapier mit Containern erfassen, eine Standplatzdichte von 1.344 Einwohner pro Container erreicht. Weitere Bringsysteme existieren für Altmetalle, Elektronikschratt und Nichtverpackungskunststoffe.

Wertstoffhöfe

In 93 Landkreisen und kreisfreien Städten wird eine Wertstofffassung über Wertstoffhöfe angeboten. Bis 2007 wird sich die Anzahl geringfügig reduzieren. Der Rückgang um 73 Standorte resultiert überwiegend aus der Umwidmung allgemeiner Wertstoffhöfe in reine DSD-Wertstoffsammelstellen im Landkreis Dachau. In 29 Landkreisen ist ein flächendeckendes Netz an

Wertstoffhöfen mit mindestens einem Standort pro Gemeinde realisiert. In zehn kreisfreien Städten sind mehrere Wertstoffhöfe eingerichtet.

Problemabfälle

In 82 bayerischen Körperschaften wird eine mobile Sammlung von Problemabfällen angeboten. In Ergänzung hierzu können in 43 Körperschaften stationäre Sammelstellen genutzt werden, die überwiegend an Wertstoffhöfen eingerichtet sind. Die Erfassung von Wertstoffen über kommunale Sammelanlagen wird im Prognosezeitraum geringfügig ansteigen. In dieser Menge ist kommunales Grüngut sowie Schlacke und Schrott aus der thermischen Behandlung bereits enthalten.

Sortierung und Aufbereitung

2007 werden voraussichtlich 155 Sortier- und Aufbereitungsanlagen (davon 151 in Bayern) von den entsorgungspflichtigen Körperschaften genutzt. Die Summe der behandelten Stofffraktionen aus Hausmüll, Restmüll, Sperrmüll, Kunststoffen, Papier, Pappe, Kartonagen, Elektronikschratt, Metallschratt und hausmüllähnlichem Gewerbeabfall wird dabei von 980.600 t (2003) auf 967.000 t (2007) zurückgehen. Dabei sind die Mengen, die ausschließlich dem Dualen System zuzuordnen sind, nicht berücksichtigt. Bei den Anlagen handelt es sich um 56 Aufbereitungsanlagen, 92 Sortieranlagen sowie sieben Anlagen, in denen sowohl eine Sortierung als auch Aufbereitung von Wertstoffen, Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbeabfall stattfindet.

Rückläufige Mengen

Bis 2007 werden die einwohnerspezifischen Restabfallmengen sinken und damit den bisherigen Trend rückläufiger Mengen bestätigen. 2007 werden 2,5 Mio. Tonnen Restabfälle anfallen. Den Hauptanteil bildet dabei der Haus- und Geschäftsmüll, der sich jährlich auf 142,3 kg/EW verringert. Das einwohnerspezifische Gesamtabfallaufkommen (ohne DSD-Mengen) wird im Prognosezeitraum bis 2007 jährlich nahezu konstant bleiben.

Kommunen gegen „wildes Müll“

Ratingen. Im Rahmen der gemeinsamen Initiative „Saubere Kommune - Rote Karte gegen wildes Müll“ suchen der Deutsche Städte- und Gemeindebund und die Aktion Saubere Landschaft beispielhafte Projekte und Aktionen gegen den „wildes Müll“.

Die interessantesten Beiträge werden ausgezeichnet, in einer umfangreichen Dokumentation veröffentlicht und in New York bei der UNO-Generalversammlung vorgestellt. Alle Einsendungen nehmen darüber hinaus an einer Verlosung teil, bei der als Preise 3 x 3.333 Euro gewonnen werden können.

Wie die Initiatoren mitteilten, sei die Agenda 21 seit dem Umweltgipfel in Rio die Leitlinie, wenn es um Nachhaltigkeit gehe. Mittlerweile gebe es eine Vielzahl von Initiativen, Aktionstagen, Büros und Programmen. Die Maßnahmen und Aktionen würden in einer Online-Datenbank zusammengefasst, die den Städten und Kommunen einen direkten Erfahrungsaustausch ermögliche.

Wachsendes ökologisches und finanzielles Problem

Der „wilde Müll“ sei in jüngerer Zeit zu einem wachsenden ökologischen und finanziellen Problem geworden und präge entsprechend das Erscheinungsbild der Städte und Gemeinden. Das gemeinsame Projekt des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und der Aktion Saubere Landschaft soll Anstöße liefern und den Kommunen konkrete Hilfestellung geben.

Die Aktion Saubere Landschaft, nach eigenen Angaben die größte Umweltinitiative der Wirtschaft, hat sich auf die Fahnen geschrieben, gemeinsam mit ihren weiteren Kooperationspartnern UNESCO und dem Deutschen Sportbund einen großen Beitrag zum Thema Umweltlernen zu leisten. In diesem Jahr stehen dabei besonders die Themen Energieeinsparung, Abfallvermeidung, Recycling, Mobilität und Gewässerschutz im Fokus.

Informationen zum Projekt können im Internet unter: www.aktionsaubereLandschaft.de und www.dstgb.de abgerufen werden. **KK/ots**

Rewindo Gesellschafter:

Einheitliche Standards für Kunststofffenster-Recycling

In einem Qualitätsvertrag hat die Rewindo GmbH einheitliche Qualitätsstandards für Recyclate aus PVC Alt-Fenstern festgeschrieben. Der Vertrag regelt dabei nicht nur die Spezifikationen für PVC-Recyclate, um diese der wertstofflichen Wiederverwertung zuzuführen, sondern auch den erforderlichen Kompetenznachweis des Recyclingbetriebs und die Dokumentation der recycelten Kunststoffmengen.

Die von den führenden deutschen Kunststofffensterherstellern gegründete Rewindo GmbH hat das Ziel, die Recyclingquote von Kunststofffenstern auf freiwilliger Basis zu erhöhen. Denn Fenster, Rollläden und Türen aus PVC sind nahezu komplett recycelbar und können wieder der Produktion von neuen Profilen zugeführt werden.

Die Gesellschafter von Rewindo haben sich zur Abnahme dieser Recyclate verpflichtet. Der neue Qualitätsvertrag legt nun fest, welche Standards die

Recyclate erfüllen müssen. Die Recyclingpartner der Rewindo Gesellschafter müssen darüber hinaus ihre Fachkunde als Entsorgungsbetrieb mit Qualitätsmanagementsystem nachweisen. Und auch die Mengen an erfassten Altfenstern und des daraus gewonnenen Recyclats müssen regelmäßig der Rewindo nachgewiesen werden.

Damit weist der Rewindo Qualitätsvertrag mit klaren Kriterien den Weg zu einem verbesserten und verstärkten Kunststofffenster-Recycling. **z**

Thermische Abfallbehandlungsanlagen:

Untersuchungen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit

Das Bayerische Umweltministerium hat den Zweckverband Müllverwertung Schwandorf (ZMS) und die Müllkraftwerk Schwandorf Betriebsgesellschaft (MSB) mit der Durchführung mehrerer Pilotvorhaben - die von der EU im Rahmen des EFRE-Programms hälftig kofinanziert werden - beauftragt, mit denen eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit thermischer Müllbehandlungsanlagen untersucht werden soll. Dies teilte Umweltstaatssekretärin Emilia Müller mit.

Laut Emilia Müller ist die Senkung der Belastung der Bürger mit Abgaben und Gebühren ein wichtiges Ziel der Bayerischen Staatsregierung: „Dabei kommt auch der Optimierung der Wirtschaftlichkeit im Abfallbereich große Bedeutung zu. Mit den jetzt in Schwandorf beginnenden Studien sollen Möglichkeiten untersucht werden, um Einsparpotenziale bei der thermischen Abfallbehandlung in Bayern zu realisieren.“

Abnutzung verhindern

In einer Studie werden technische Maßnahmen zur Verminderung der Korrosion in Müllverbrennungsanlagen untersucht. Damit sollen die Abnutzung der Anlagen verringert und die Intervalle, in denen sie zur technischen Revision still-

gelegt werden müssen, deutlich vergrößert werden. Müller: „So senken wir nicht nur Instandhaltungskosten, sondern fahren auch unwirtschaftliche Stillstandszeiten auf ein Minimum zurück.“

Eine weitere Studie betrachtet Möglichkeiten, den Wirkungsgrad von Abfallverbrennungsanlagen unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten zu optimieren. Dies soll nicht nur der Umwelt, sondern auch den Gebührenzahlern nützen, so die Staatssekretärin.

Kooperationspartner in den Projekten sind die Firmen Martin GmbH für Umwelt und Energietechnik in München und CheMin GmbH in Augsburg sowie die Technische Universität Clausthal, das Forschungszentrum Karlsruhe und die Bauhaus-Universität Weimar. **z**

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften in Bayern können derzeit auf 16 thermische Behandlungsanlagen zurückgreifen. Ab dem Jahr 2006 wird voraussichtlich die Müllverbrennungsanlage in Landshut stillgelegt. Bis 2007 werden 89 von 96 entsorgungspflichtigen Körperschaften die Restabfälle ganz oder teilweise (mit einem Anteil von mehr als 85 %) thermisch behandeln (2003: 73 Körperschaften).

Unbehandelte Restabfälle

Zu Beginn des Prognosezeitraums sind in Bayern 54 Hausmüll- und Reststoffdeponien sowie eine Klärschlammdeponie in Betrieb. Durch die verschärften gesetzlichen Anforderungen an Deponien und die darauf abzulagernden Abfälle werden sich die gesamten Ablagerungsmengen ab 2005

deutlich reduzieren. Der überwiegende Anteil der unbehandelt abgelagerten Restabfälle setzt sich nach wie vor aus Hausmüll, Sperrmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen sowie Sortierresten zusammen. Durch den Wegfall der thermisch behandelbaren Abfälle reduziert sich die Menge bis 2007 auf 269.000 t (2003: 413.000 t). Demgegenüber bleibt die Menge an nicht verwerteter Schlacke nahezu konstant.

Klärschlammaufkommen

An bayerischen Kläranlagen wird 2007 ein Klärschlammaufkommen von 301.000 t (100 % Trockenmasse) erwartet. Im Prognosezeitraum findet eine deutliche Verschiebung der Entsorgungswege von der landwirtschaftlichen Verwertung zur thermischen Behandlung statt. **DK**

Nachhaltige Altlastenbewältigung:

Ergebnisse und Erkenntnisse

GAB-Symposium zum Bayerischen Forschungsverbundvorhaben

Über zwei Jahre, von Juni 2001 bis Juni 2003, lief das Bayerische Forschungsverbundvorhaben zum Thema „Natural Attenuation“ (Natürliches Reinigungsvermögen), in das sechs Teilprojekte mit neun Hochschulinstituten, Ingenieurbüros, die regional zuständigen Wasserwirtschaftsämtern, Kreisverwaltungsbehörden und intensiv das LfW und LfU eingebunden waren. Das mit insgesamt 2,24 Mio. Euro vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen finanzierte Vorhaben wurde von der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB mbH) gesteuert. Die Forschungsergebnisse wurden nunmehr im Rahmen eines Symposiums am LfU in Augsburg vorgestellt.

Mit rund 180 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet fand diese Veranstaltung einen unerwartet guten Anklang. Das Thema des Symposiums mit Workshopcharakter lautete: Bayerisches Forschungsverbundvorhaben „Nachhaltige Altlastenbewältigung unter Einbeziehung des natürlichen Reinigungsvermögens“ - Ergebnisse und Erkenntnisse sowie Vorschläge für die Umsetzung in die Praxis.

Handlungsempfehlung

Michaela Webert, GAB München, gab eingangs einen kurzen Überblick über die Struktur und Zielsetzung des Forschungsverbundvorhabens. Im Mittelpunkt seien die Untersuchung des Prozessgeschehens im Untergrund sowie Test und Neuentwicklung von Methoden gestanden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden, so die Geoökologin, in eine praxisorientierte Handlungsempfehlung einfließen.

Monitoringprogramm

Die Darstellung der Ergebnisse der einzelnen Teilprojekte begann mit dem Vortrag von Dr. Kai Uwe Totsche, TU München, der sich mit der ungesättigten Zone eines mit polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) belasteten Standortes in Oberbayern befasste. Er stellte einen Vorschlag für ein Monitoringprogramm vor, das die für eine Quantifizierung der Prozesse erforderlichen Messgrößen wie z. B. Sickerwasserfracht oder Niederschlagsintensität beinhaltet.

PAK im Grundwasser

Kai ZoBeder, LMU München, widmete seinen Vortrag wiederum dem Verhalten der PAK im Grundwasser. Die Ergebnisse der hydrochemischen Charakterisierung belegten, dass ein mikrobiologischer Abbau der Schadstoffe am Standort stattfindet. Eine direkte Ausbildung der sog. ty-

pischen Redoxzonen sei jedoch nicht beobachtet worden, was u.a. auf die sehr guten Durchlässigkeiten und die hohe Grundwasserneubildungsrate zurückgeführt wird.

Natürliche Abbauvorgänge

Die Bewertung natürlicher Abbauvorgänge anhand von Standardverfahren wurde von Prof. Dr. Wilhelm Pyka, FH Weißenstephan, am Beispiel einer Mineralölverunreinigung dargestellt. Im Ergebnis konnten die für NA-Prozesse „typischen Redoxzonen“ im Grundwasser und ein umfangreicher mikrobiologischer Abbau nachgewiesen werden. Es zeigte sich, dass mit den Standardverfahren eine weitreichende Beurteilung der Natural-Attenuation-Prozesse möglich ist. Für eine detaillierte Prognose ist jedoch die Bestimmung zusätzlicher Größen erforderlich, die einer Weiterentwicklung von Untersuchungsmethoden bedarf.

Standort Mittelfranken

Die Beurteilung des standort-eigenen mikrobiologischen Abbaupotenzials für chlorierte Ethene im Bereich einer ehemaligen Deponie in Mittelfranken war Thema des Vortrags von Dr. Roman Breiter, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Durch das Auftreten des typischen Abbauprodukts cis-1,2-Dichlorethen sei ursprünglich ein hohes Abbaupotenzial auf dem Standort angenommen worden, so Breiter. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass der festgestellte starke Konzentrationsgradient nicht auf mikrobiologischen Abbau zurückgeführt werden kann. Vielmehr seien hierfür andere, bisher nicht eindeutig quantifizierte Einflüsse wie Vorflutbedingungen und aufströmendes Grundwasser aus einem unterlagernden Aquifer maßgebend.

Den Abschluss des ersten Veranstaltungstages bildete der Vortrag von Prof. Dr. Peter Knabner, Friedrich-Alexan-

der-Universität Erlangen-Nürnberg, der sich mit der Entwicklung der Simulationssoftware „Richy“ zur Prognose und Schadstoffausbreitung befasste.

Hohe Anforderungen

Er stellte anschaulich dar, dass eine fundierte Modellvorstellung (Prozessverständnis und Prozessvorstellung) Vor-

aussetzung für die Entwicklung einer prognosefähigen Modellierung ist. Prognostische Szenarien auf der Grundlage ausgewählter Daten der

Sondermüllentsorgung:

GSB braucht ruhigeres Fahrwasser

Minister Schnappauf: Auftrag für Gutachten zur strukturellen Neugestaltung vergeben

Um die umweltfreundliche Entsorgung von Sonderabfällen bei sich ändernden Europäischen Rahmenbedingungen auch künftig sicherzustellen, wird Bayern mit einem unabhängigen Gutachten die „Möglichkeiten zur strukturellen Neugestaltung der GSB“ untersuchen lassen. Ziel ist es, die Strukturen der GSB (Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH) so anzupassen, dass die Behandlung gefährlicher Abfälle in Bayern auf höchstem Umweltniveau, gleichzeitig aber auch zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen auf Dauer sichergestellt werden kann.

Dies betonte Umweltminister Werner Schnappauf nach der Auftragsvergabe durch das Finanzministerium an das Stuttgarter Beratungsunternehmen Ernst & Young AG in München. Schnappauf: „Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Abfallentsorgung haben im Freistaat seit jeher höchste Priorität. Dies im europäischen Binnenmarkt auf Dauer auch unter ökonomischen Gesichtspunkten zu gewährleisten, ist eine große Herausforderung, der sich die GSB verstärken stellen muss.“

Schnappauf verwies darauf, dass z. B. die neue Europäische Deponierichtlinie sowohl neue Rückstellungen als auch Garantieleistungen im zweistelligen Millionenbereich einfordert. Die GSB müsse deshalb erhebliche finanzielle Zusatzbelastungen schultern, von denen sie sich aber zu einem Großteil durch Umstrukturierung entlasten könnte.

Für die GSB-Gesellschafter ist dies angesichts der derzeit unvermindert schwierigen Gesamtsituation notwendigerweise ein wichtiger Aspekt, dem nachzugehen ist. Schnappauf hatte auf den wachsenden Einfluss des EU-Rechts auf die Marktsituation bereits bei seinem jüngsten Landtagsbericht zur Sondermüllentsorgung hingewiesen.

Ernst & Young sollen daher in einem ersten Schritt dem Gesellschaftler Freistaat betriebswirtschaftliche und marktanalytische Entscheidungsgrundlagen liefern, um aus der Vielzahl denkbarer Strategievarianten die primär für den Staat, aber auch für das Unternehmen, optimalen Handlungsvarianten heraus zu finden. Als Strukturveränderungen sind länderübergreifende Kooperatio-

Teilprojekte zeigten auf, dass die bei NA stattfindenden komplexen Interaktionen des Fließgeschehens mit reaktiven Prozessen hohe Anforderungen an die Numerik stellen.

Vorschläge

Während des zweiten Veranstaltungstages standen schließlich die fachlich-methodischen Vorschläge zur Handlungsempfehlung im Mittelpunkt. Die beiden Veranstaltungstage wurden durch eine Podiumsdiskussion mit externen Fachleuten aus anderen Bundesländern, deren Moderation Prof. Dr. Stefan Peiffer von der Universität Bayreuth übernahm, sowie eine Zusammenfassung mit Ausblick durch Dr. Wilfried Pinther, Bayerisches Landesamt für Wasserwirtschaft, abgerundet.

Großes Interesse

Verlauf und Teilnehmerresonanz des Symposiums zeigten, dass am Thema „Natural Attenuation“ nach wie vor ein großes Interesse besteht. Die enge Verzahnung von Wissenschaft, Praxis und Verwaltung im Forschungsverbundvorhaben hat sich bewährt und lieferte wertvolle Erkenntnisse, die es nunmehr in die Praxis umzusetzen gilt. **DK**

Landbell macht dem Grünen Punkt Konkurrenz

Zulassung auch in Hamburg

Köln/Mainz, www.ne-na.de - Im Sommer 2003 knackte der Hessische Landtag das Monopol der „Grünen-Punkt“-Firma Duales System Deutschland AG (DSD) und erteilte der Mainzer Landbell AG die Zulassung als zweites Duales System.

In knapp der Hälfte der DSD-Vertragsgebiete ist der Markt bereits hart umkämpft. Das berichten die vdi-nachrichten <http://www.vdi-nachrichten.com>. Die Verpackungshersteller können zwischen zwei Systemen wählen - dem DSD und Landbell. „Unser Produkt ist die Freistellung von der Rücknahmepflicht“, sagt Landbell-Geschäftsführer Wolfgang Schertz gegenüber den „vdi-nachrichten“. Jetzt erteilte auch die Hamburger Behörde für Umwelt und Gesundheit dem Mainzer Unternehmen die Genehmigung. Damit vergrößert Landbell das Marktpotenzial auf knapp zehn Prozent für die Sammlung von Verpackungsabfällen.

„Für die Endverbraucher ändert sich nichts. Landbell nutzt die bestehenden Erfassungssysteme mit. Eine besondere Kennzeichnung der Sammeleinrichtungen oder lizenzierten Verkaufsverpackungen ist nach einer Entscheidung der EU-Kommission nicht erforderlich“, so Schertz.

Nicht nur der verstärkte Wettbewerb, auch das Dosenpfand setzt den DSD-Müllkonzern unter Druck. Die durch das Pflichtpfand weggefallenen Mengen von PET-Flaschen und Dosen führen zu jährlichen Um-

satzeinbußen von 310 Millionen Euro. Immer mehr Experten halten die gegenwärtige Sammelpraxis des DSD für überholt und kratzen an dem Müll-Monopol des Grünen Punktes.

Schertz äußert sich zuversichtlich, in weiteren Bundesländern Fuß zu fassen, etwa im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Bayern. „Dabei entwickelt sich die Gewinnung von Lizenzkunden in der Konsumgüterwirtschaft überhaupt nicht schwierig“, betonte Schertz. Nicht nur Kostenvorteile gegenüber dem Grünen Punkt würden die Neukundengewinnung erleichtern. Es gäbe zudem strategische Überlegungen bei der Unterstützung seines Systems, weil sich mittlerweile viele Verpackungshersteller und Abfüller nicht mehr sicher seien, welche Zukunft das DSD-Müllmonopol noch habe.

Dem Bericht der vdi-nachrichten zufolge seien bereits viele Verpackungsproduzenten vom DSD zu Landbell gewechselt: Unternehmen wie Schlecker, Müller, DM, Rossmann und Hellweg entsorgen ihren Müll bereits bei Landbell. „Der Marktanteil an den Lizenzentgelten liegt über Plan“, so Schertz gegenüber den vdi-nachrichten. **z**

Für die Mülltonne viel zu wertvoll

CDs, CD-ROMs und DVDs haben sich als preiswerte Speichermedien von Informationen, Musik, Spielen und Filmen sinftutartig verbreitet. Da vor allem Daten-CDs nur begrenzt anwendbar sind, stellt sich für Verbraucherinnen und Verbraucher schon bald die Frage: Wohin mit den alten Scheiben? CDs lassen sich gut recyceln - das schont die Umwelt.

Statt nicht mehr gebrauchte CDs in Schubladen zwischenzulagern oder einfach in die Mülltonne zu werfen, empfiehlt das Umweltbundesamt (UBA) „diese an den Sammelstellen abzugeben. Wo dies möglich ist, darüber informiert das kostenlose Faltblatt „CD-Recycling - eine (fast) runde Sache“ des Umweltbundesamtes.“

Recycling ist Realität

Das Recycling von CDs ist in Deutschland bereits Realität. So werden jährlich etwa 5.000 Tonnen Produktionsabfälle, Überschussproduktion und CDs aus Zeitschriftenremittenden erfasst und verwertet. Die Rückläufe aus dem privaten und gewerblichen Bereich fallen hingegen mit einigen Hundert Ton-

nen weniger ins Gewicht. Offenbar ist die Bevölkerung nicht ausreichend über Rückgabemöglichkeiten von Alt-CDs informiert.

Einsparung

CDs bestehen überwiegend aus dem Kunststoff Polycarbonat, einer dünnen Metallschicht, Schutzlack und Druckfarben. Die Beschichtung lässt sich mit geringem Aufwand von der Kunststoffscheibe lösen. Das aufbereitete Polycarbonat ist ein hochwertiger Wertstoff, aus dem Produkte für die Medizintechnik, Automobil- und Computerindustrie hergestellt werden. Eine Verwertung ist nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sie hilft auch Erdöl und damit nicht erneuerbare Ressourcen zu sparen. **z**

Mehr Umwelt-Wissen ist gleich Prävention

Bayern will Umweltstationen und Umweltbildungseinrichtungen auch weiterhin unterstützen. Das hat Umwelt- und Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller bei einer Pädagogen-tagung in Bad Alexandersbad betont.

„Mehr Umwelt-Wissen über den verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist gleich Prävention statt teurer Reparatur. Gerade in Zeiten knapper Kassen kommt der Eigenverantwortung der Menschen für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen besondere Bedeutung zu. Voraussetzung dafür ist die Stärkung und bessere Vermarktung der Umweltbildung“, sagte Emilia Müller.

Wichtig sei neben der finanziellen Unterstützung der Ausbau der Netzwerke zwischen Schulen, Bildungsträgern und ihren

Einrichtungen, sowie eine zielgenauere Markt- und Medienstrategie.

Der Auf- und Ausbau der 31 Umweltstationen wurde vom Staat gefördert. „Ganz besonders Kinder können durch aktives Erleben für ökologische Zusammenhänge sensibilisiert werden. Frühzeitig lernen sie die Natur zu schätzen. Und nur was sie schätzen, schützen sie. Darüber hinaus befördert Aktivität in freier Natur die Fähigkeit der Kinder, zu lernen. Das wurde in der Diskussion um die PISA-Studie deutlich“, erläuterte die Staatssekretärin. **z**

Bayerns Luft wird immer sauberer

„Bayerns Luft wird immer sauberer“, betonte Umweltminister Werner Schnappauf in München bei der Vorstellung der aktuellen Zahlen über die landesweiten Emissionen von Schwefeldioxid (SO₂) und Stickstoffoxiden (NO_x).

Nach Schnappaufs Worten geht der Ausstoß an Luftschadstoffen immer weiter zurück, da unter anderem mehr moderne Katalysatorfahrzeuge gefahren werden, die deutlich weniger Stickoxide ausstoßen.

Strengere Grenzwerte

Allerdings verursachen Kraftfahrzeuge immer noch drei Viertel aller Stickoxid-Emissionen, aber auch knapp die Hälfte aller Feinstaubemissionen. Deshalb forderte Schnappauf die Bundesregierung auf, bei der EU auf weitere Minderungen

der Kfz-Emissionen, insbesondere der Partikelemissionen bei Dieselmotoren, und die Festlegung strengerer Grenzwerte hinzuwirken.

Lücke schließen

Schnappauf: „Die derzeit in Brüssel diskutierte Verschärfung der EURO-Normen darf nicht nur allein für Pkws gelten. Sie muss endlich auch auf Kleintransporter ausgeweitet werden, die bisher weniger strengen Abgaswerten unterliegen. Diese Lücke gilt es schleunigst zu schließen.“ **z**

Wertvolle Arbeit für die Sicherheit:

Ein halbes Jahrhundert Würzburger Verkehrswacht

Würzburg (sey) - Allen Grund zum Feiern hatte die Würzburger Verkehrswacht. Mindestens im Jahre 1953 muss die Gründungsversammlung gewesen sein, denn nachvollziehbar waren ein Jahr später Neuwahlen und drei Jahre später der Eintrag ins Vereinsregister. Ein halbes Jahrhundert hat die Verkehrswacht dieser Stadt also auf dem Buckel.

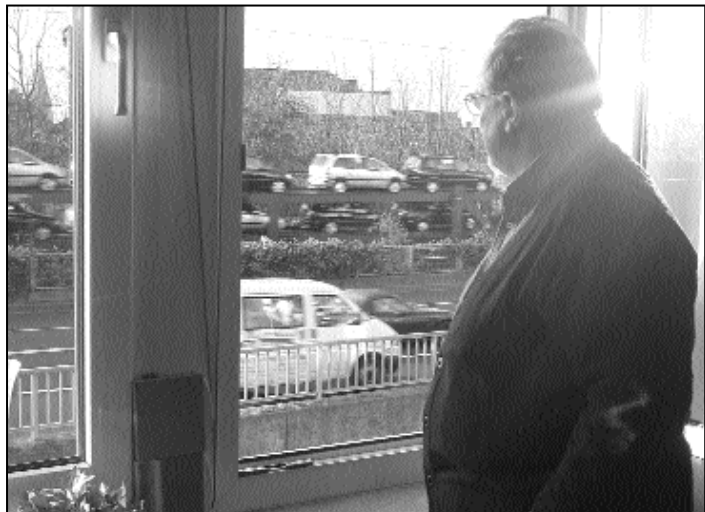
Es gab aber noch mehr zu feiern, nämlich, dass ihre Arbeit Erfolge verbuchen konnte. Die Entwicklung in der Automobilbranche und der gesamtwirtschaftliche Fortschritt führten zu einer enormen Steigerung nicht nur der Zahl der Autos, sondern auch der Zahl der Unfälle, die Anfang der 70er Jahre mit 20.000 Verkehrstoten pro Jahr ihren Höhepunkt erreichten.

Unter anderem dem Engagement der Verkehrswacht ist es

zu danken, dass sich diese Zahl heute auf 6.500 Tote verringerte und an den Orten, an denen beispielsweise die Schülerlotsen tätig sind, keinerlei Verkehrstote mehr zu beklagen sind.

Wertvolle Helfer

Die Helfer setzen und setzen sich ehrenamtlich, engagiert und erfolgreich für die Sicherheit von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren ein.



Manfred Kolb zeigt den ständigen Auto- und Zugverkehr vor der Wohnung seiner Lebensgefährtin am Würzburger Stadtring. Foto: Sey

„Menschen haben Vorrang“

Bürgerinitiative gegen LKW-Abkürzungsverkehr

Würzburg (sey) - „Wir werden dafür auf die Barrikaden gehen, wenn es sein muss. Wir lassen uns das nicht mehr gefallen“, zeigt sich Dr. Michael Imhof zum Äußersten bereit. Imhof ist Sprecher der neuen Bürgerinitiative „Menschen haben Vorrang“, die sich gegen den LKW-Abkürzungsverkehr in Würzburg einsetzt. „Wenn ich als Bürger falsch parke, werde ich aufgeschrieben. Warum werden die LKWs nicht bestraft? Die Stadt hält sich nicht an Gebote!“ empört sich Imhof und spricht auf das Nachfahrverbot und Sonntagsfahrverbot für LKWs in Innenstädten an, das unentwegt am Würzburger Stadtring verletzt würde. Noch dazu läge das Durchschnittstempo der Fahrer auf dem Ring bei „65 bis 80“ verrät CSU-Stadtrat Wolfgang Scheller, der schon seit 1989 für strengere Maßnahmen plädiert.

Die Bürgerinitiative sieht eine Gefährdung der Lebensqualität in der Stadt Würzburg und den benachbarten Gemeinden, wenn der LKW-Durchgangsverkehr weiter so zunimmt. Täglich donnern 40.000 PKWs und LKWs über den Ring und daneben brettert noch dazu der Schienenverkehr. „Bei offenem Fenster schlafen sei ein Ding der Unmöglichkeit“, erklärt Anwohnerin Hannelore Büttner, „Auch im heißesten Sommer sei es undenkbar das Fenster zu öffnen weder tagsüber noch nachts“.

Verkehr verringern

Würzburg liegt im Schnittpunkt von fünf Autobahnen A3, A7, A70, A 81 und demnächst A71. „Der attraktivste Weg von Polen bis Portugal führt über den Mittleren Ring in Würzburg“, polemisiert Cornelia Lückemann, Sprecherin der Initiative und stellvertretende CSU-Kreisvorsitzende. „Doch der Mensch hat Vorrang“, sagt die Initiative und fordert eine aktuelle Bestandsaufnahme und Gegenmaßnahmen: Darlegung der betroffenen Strecken Mittlerer Ring, Hettstatter Steige, Leisengrund etc.; Verkehrszählung noch vor Mauteinführung; Zähl-

lungen nach Mauteinführung; eine Analyse des zu erwartenden Verkehrsstrom nach Fertigstellung der A71; Dokumentation der LKW-Verkehrsunfälle.

„Wir verfolgen das Ziel, den LKW-Durchgangsverkehr durch Würzburg und seine Nachbargemeinden mit allen in betracht kommenden politischen, rechtlichen und administrativen Mitteln nachhaltig zu verringern“, legt Lückemann dar.

Drei-Säulen-Strategie

Dafür schlägt die Initiative eine Drei-Säulen-Strategie vor:

1. Nutzung der geltenden Rechtslage wie z.B. effektive Überwachung des Nachfahrverbotes, unter anderem auch mittels automatischer Kameratechnik; Dauerradarüberwachung und mobile Überwachung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit; Prüfung der Tragfähigkeit der Brücken. „Die Rechtslage muss sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten, nicht umgekehrt!“ verlangt Lückemann.

2. Mittelfristig Anstreben von Rechtsänderungen, z.B. Mautpflicht für LKWs auch für B19 und B8; Maut auch zur Abschreckung des Abkürzungsver-

Sie besuchen Kindergärten, Schulen, Altenheime und andere Institutionen, um junge und alte Menschen in zahlreichen Programmen zu informieren und zu sensibilisieren.

Fruchtbare PPP

Schirmherr Regierungspräsident Paul Beinhofer sprach von „einer großen Herausforderung“ in den Anfangsjahren, in denen z. B. auf den Schulwegen Zebrastreifen oder Ampeln fehlten. Hier setzte die sogenannte Public Private Partnership ein, eine fruchtbare Zusammenarbeit von Ämtern und Behörden, Unternehmen und Privatpersonen.

Sensibilisieren für mehr Miteinander

„Als im Jahre 1953 die Verkehrswacht Würzburg gegründet wurde, hat man wohl nicht einmal in den kühnsten Vorstellungen erahnen können, in welchem atemberaubendem Tempo sich Verkehrsbedürfnisse und -beziehungen mit ihren vielfältigsten Nebenerscheinungen im Laufe der anschließenden fünf Jahrzehnte entwickeln würden“, so Beinhofer. Der Verkehrswacht sei es gelungen, die Menschen für mehr „partnerschaftliches Miteinander“ im Straßenverkehr zu sensibilisieren.

Oberbürgermeisterin Pia Beckmann erwähnte vor allem drei konkrete Einsätze der Verkehrs-

wacht: den Schülerlotsendienst - Ausrüstung und Ausbildung werden von der Verkehrswacht finanziert und teilweise geleistet -, die mobilen Tempoanzeiger - zwei dieser Geschwindigkeitsinformationssysteme schenkte die Verkehrswacht der Stadt Würzburg zum Schutz auch der schwächsten Verkehrsteilnehmer - und die kostenlosen Fahrtrainingsangebote für Fahranfänger - mit Videovorführungen., Informationsvorträgen und einem Training auf dem Geschicklichkeitsparcour.

Zur Jubiläumsfeier im Ratsaal hielt der Präsident der Landesverkehrswacht Bayern, Dipl. Ing. Horst Schneider, die Festansprache, in der er vor allem auf die Entwicklung im Autoverkehr, die Unverzichtbarkeit des Autos im allgemeinen und auf die notwendigen Veränderungen im individuellen Verkehrsbedarf zu sprechen kam. „Was wir brauchen sind übergreifende Lösungen“, so Schneider, „nicht Konkurrenz zwischen den Verkehrsmitteln“.

Auto und ÖPNV

Schneider plädierte für die intelligente Verknüpfung von Auto und öffentlichem Nahverkehr. „Jeder muss und kann bei sich selbst anfangen!“ 50 Prozent aller Fahrten seien kürzer als fünf Kilometer. Hier müsse man ansetzen.

Die Feierlichkeit wurde professionell musikalisch umrahmt vom „Arco Stringquartett“. Außerdem zeigten Schüler der 12. Klasse des Wirsberggymnasiums gekonnt ihre Eindrücke zum Thema Verkehr und Verkehrswacht in Form eines Kurzfilms, der rechtzeitig zum Stadtjubiläum erweitert und vervollständigt werden soll. ☞

Gemeindetag begrüßt Freigabe der Parkgebühren

Gemeinden bestimmen künftig selbst die Höhe von Parkgebühren

Als Gewinn für die Gemeinden und Städte, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger wertet der Bayerische Gemeindetag die neueste Änderung des Straßenverkehrsgesetzes. Bundestag und Bundesrat haben eine Modernisierung der Regelungen zu den Parkgebühren beschlossen. Gemeinden und Städten ist es künftig freigestellt, in welcher Höhe und für welche Parkdauer sie die Parkgebühren erheben.

„Positiv ist vor allem, dass mit der Reform ein Stück unnötiger Reglementierung wegfällt“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, zur beschlossenen Neuregelung. Im Hinblick auf die allgemeinen Bestrebungen zum Bürokratieabbau sind weitreichende Vorgaben, wie sie in der alten Regelung enthalten waren, nicht mehr zeitgemäß.

Gemeinden und Städte werden die Neuregelung nicht dazu nutzen, die Parkgebühren zu erhöhen. „Jede Gemeinde weiß selbst, welche Parkgebühren den Bürgern und dem lokalen Einzelhandel vermittelbar sind.“ Längst hat sich in den Kommunen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Bürger nicht durch allzu hohe Parkgebühren von Fahrten in die Innenstadt abgeschreckt werden sollten. Ausdrücklich hat jetzt der Gesetzgeber die Fähigkeit der Kommunen anerkannt, Einzelinteressen und Gemeinwohl in ein ausgewogenes Verhältnis zu einander zu bringen.

„Es waren die Gemeinden und Städte, die seit langem eine Flexibilisierung in Richtung bürgernaher Lösungen gefordert haben. Der Abbau staatlicher Vorgaben steht schon seit langem auf der Agenda der Kommunen hin zu Deregulierung und Entbürokratisierung“ betonte Brandl. Des weiteren eröffnet der jetzt gewährte Spielraum den Gemeinden und Städten die Möglichkeit, durchdachte Parkraumkonzepte zu verwirklichen. ☞

kehrs auch aus Umweltschutzgründen - „Diese Maut sollte das Dreifache der Maut für die ersparte Autobahnstrecke entsprechen“, so Imhof -; Erhöhung der Bußgeldsätze für Verstöße gegen Nachfahrverbot; Schaffung einer generalen deutschlandweiten Rechtsgrundlage für ein Durchfahrverbot schwerer LKW durch Städte und bewohnte Orte.

Umfahrungsmöglichkeit

3. Langfristig Schaffung leistungsfähiger Fernstraßen für

den Ost-West-Verkehr. „Würzburg benötigt eine westliche Umfahrungsmöglichkeit“, weiß Lückemann. „Wir werden mit der Verwaltung, der Polizei und Politikern das Gespräch suchen und versuchen, ihr Interesse zu gewinnen“, informiert die Sprecherin. Geplant sind außerdem Aktionen wie Lichterketten, Unterschriften-sammlungen etc., um die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Noch dazu, da dem LKW-Verkehr mit den Autobahnen A3 und A7 eine Alternative zur Verfügung steht. ☞



Schirmherr Regierungspräsident Paul Beinhofer (l.) und der Vorsitzende der Verkehrswacht Würzburg, Jürgen Medla (r.), überreichen gemeinsam mit dem Präsidenten der Landesverkehrswacht Bayern, Dipl. Ing. Horst Schneider (2. v. r.), anlässlich der 50-Jahr-Feier der Verkehrswacht die goldene Ehrennadel an die besonders verdienten Mitstreiter Josef Sauerwein (2. v. l.), Hendrik Hackl (3. v. l.) und Eduard Joneitis. Foto: Sey

Bilanz und Ausblick:

Magnetbahnprojekt liegt gut im Zeitplan

Konsequente Planung für die Zukunft

München - „Wir können zum Abschluss des Jahres ein sehr positives Fazit ziehen und gehen mit großer Zuversicht in das Jahr 2004.“ Dieses Resümee zog Dr. Josef Zeiselmaier, Geschäftsführer der Bayerischen Magnetbahnvorbereitungsgesellschaft (BMG) vor der Presse in München. „Wir sind gut im Zeitraffer“.

Bereits erfolgreich abgeschlossen waren im vergangenen Jahr das Raumordnungsverfahren und die Trassenentscheidung zugunsten der Westtrasse. In diesem Jahr seien auch die Kartierung von Flora und Fauna sowie die terrestrische Vermessung beendet worden. Bestandsrecherchen für Hydrologie, Geologie, Schall und Erschütterungen seien nach Auskunft des Geschäftsführers durchgeführt worden.

„Ein Meilenstein war im September die Unterzeichnung der Verträge für die Planung“, sagte Zeiselmaier. Beauftragt seien Generalplanung, Projektsteuerung sowie die Systemplanung. Während die Generalplaner die Planfeststellungsunterlagen erstellen, steuern die Systemplaner ihr magnetbahnspezifisches Know-how für die Technik bei. Die Projektsteuerung überwache dagegen die Einhaltung aller Terminpläne und unterstütze die BMG.

„Im Januar 2004 werden entlang der Trasse die Bohrungen zur Baugrunderkundung beginnen“, sagte der Geschäftsführer. Damit bekomme die BMG ein Bild über die tatsächliche Bodenbeschaffenheit. Es werden bis zum Abschluss rund 200 Bohrungen - also etwa alle 200

Meter über die gesamte Länge der Trasse von 37,4 km - in eine Tiefe von ca. 15 bis ca. 60 Meter Tiefe niedergebracht werden.

Die Feinjüstierung der Trasse stehe im Februar an. „Die Phase der Vorplanung ist dann abgeschlossen“, erklärte Zeiselmaier den nächsten Meilenstein. Im April sei technischer Redaktionschluss für die Entwurfsplanung.

Zeiselmaier: „Alle Fachgutachten und Erläuterungen werden so rechtzeitig fertig sein, dass das Planfeststellungsverfahren (PFV) am 1. September 2004 beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) beantragt wird.“ Das anschließende Genehmigungsverfahren werde inklusive der Beteiligung der Öffentlichkeit rund 18 Monate dauern. In Erörterungsterminen werden alle Einwände z.B. der betroffenen Bürger behandelt werden. „Wenn alles reibungslos läuft, dann kann 2006 mit dem Bau der Strecke begonnen werden. Ein Jahr später beginnt die Produktion der Fahrzeuge und die technische Ausrüstung für den Fahrweg. „Ende 2009 / Anfang 2010 wird der fahrplanmäßige Betrieb - in 10 Minuten alle 10 Minuten - aufgenommen.“ fügte der Geschäftsführer hinzu. ☞

Stolpe und Stoiber im Dialog

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe sind in München zu einem Meinungsaustausch über Fragen des Donauausbaus und den Transrapid zusammengetroffen.

Ministerpräsident Stoiber unterstrich in den Gespräch, dass die Staatsregierung die Planungen für die Transrapid-Strecke vom Münchner Flughafen in die Innenstadt mit Nachdruck weiter vorantreibe. Der Bundesverkehrsminister bekräftigte die im Frühjahr gegebene Zusage des Bundes für einen Finanzierungsanteil in Höhe von 550 Millionen Euro und zusätzlich 125 Millionen Euro, wenn Konzepte den zusätzlichen Bedarf nachweisen.

Stolpe unterstrich, dass für den Transrapid weitere Exportchancen bestehen, deren Realisierung unter anderem aber auch davon abhängig sei, dass in Deutschland eine Referenzstrecke für diese Zukunftstechnologie gebaut werde. Stolpe erklärte, die Diskussion um den Transrapid in Deutschland werde auch in China mit großer Aufmerksamkeit

verfolgt. Zweifel an der Realisierung einer Referenzstrecke in Deutschland könnten auch negative Auswirkungen auf die Exportchancen, darunter auch weitere Strecken in China, haben. Stolpe appellierte an alle Verantwortlichen, die Realisierung einer Transrapid-Referenzstrecke in Deutschland nicht in Frage zu stellen.

Ministerpräsident Stoiber erläuterte dem Bundesverkehrsminister die Absicht der Staatsregierung, unabhängig von den derzeit laufenden Raumordnungsverfahren zu verschiedenen Ausbauplanen an der Donau den erforderlichen Hochwasserschutz zügig voranzubringen. Die Hochwasserschutzanlagen an der Donau sollen so bemessen sein, dass sie in jedem Fall Schutz vor einem hundertjährigen Hochwasser bieten. ☞

Konzern NürnbergMesse 2003:

Umsatzsprung auf über 100 Millionen Euro

22.400 Aussteller - Aussteller-Internationalität bei 35 Prozent - 1,22 Mio. Besucher

Erstmals in ihrer Unternehmensgeschichte weist die NürnbergMesse im Geschäftsjahr 2003 einen Umsatz von über 100 Mio. Euro aus. Damit liegt sie trotz eines unverändert schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes voll im Plan. „Der Erfolg ist nicht mehr selbstverständlich. Aber der Erfolg ist immer noch machbar“, erklärte Geschäftsführer Bernd A. Diederichs anlässlich der Jahrespressekonferenz 2003.

So legte der Konzernumsatz der NürnbergMesse gegenüber dem turnusgemäß besser vergleichbaren Messejahr 2001 um stolze 18 Prozent zu. Aufgrund der unverändert hohen Investitionen in Service, Gelände und Infrastruktur beträgt das Jahresergebnis 2003 voraussichtlich minus sieben Mio. Euro, das sind 3,5 Prozent besser als geplant.

Wachstum der etablierten Umsatzträger

„Die Verteilung zeigt, dass wir unverändert auf ein starkes Wachstum unserer etablierten Umsatzträger Eigen-, Partner- und Gastveranstaltungen bauen können. Hinzu kommen mit dem CCN CongressCenter Nürnberg, MesseService und Nürnberg Global Fairs drei neue, vielversprechende Geschäftsfelder, von denen wir in den kommenden Jahren eine überdurchschnittliche Entwicklung erwarten“, erklärte Diederichs.

Die Zahl der Aussteller erhöhte sich gegenüber 2001 um sechs Prozent auf 22.400. Überproportional wuchs erneut die Zahl der internationalen Aussteller: um 14 Prozent auf 7.900. Im Konzern lag der Anteil der ausländischen Aussteller bei 35 Prozent, bei den internationalen Fachmessen der Nürn-

Bürgersinn - Gemeinsinn:

35 Jahre Mainfrankenkreis

Würzburg (sey) - Ein ganzes Wochenende feierte der Mainfrankenkreis Würzburg (MFK). Anlass war dessen 35. Geburtstag. Am 19. Oktober 1968 wurde Der MFK aus der Taufe gehoben und hat sich seither dem Brauchtum und der Geschichte der Stadt auf der einen Seite und dem sozialem Engagement auf der anderen Seite gewidmet.

Glückwünsche überbrachte der ehemalige Bürgermeister aus Canen, Georgis Denizot, der mit seiner Frau Anne-Marie zum Fest kam und damit die enge Beziehung zwischen dem MFK und der Partnerstadt bezeugte. Weitere Glückwünsche sandten Ministerpräsident Edmund Stoiber und Gregorios III., der Patriarch von Damaskus, religiöser Vermittler zwischen Ost und West.

Er schrieb in seinem Brief u.a. „die Hälfte des Zeitraums“ stünde „in Freundschaft mit Ihnen“. „Sie haben meinen Dienst im Heiligen Land unterstützt mit Ihren Gebeten, Ihrer Liebe und Ihren Spenden“. Insgesamt 91.000 DM und 18.300 Euro hat der MFK bis heute ins Heilige Land gebracht, um die Menschen dort zu unterstützen. Außerdem fungierten sie als Überbringer von 25.000 Euro für ein Krankenhaus, die ihnen Weihbischof Bauer übertrug.

Doch nicht nur ins Heilige Land gehen seit der Gründung Spenden des MFK, auch die Erdbebenopfer der Türkei wurden unterstützt oder Opfer von Naturkatastrophen in Italien u.v.m. Seit Anbeginn fließen regelmäßig Gelder in den Erhalt des Alten Kranen, einer Sehenswürdigkeit Würzburgs.

Die Feierlichkeiten begannen mit einem Festakt im Palais des MFK. Gründungsmitglieder und Ehrenmitglieder feierten gemeinsam mit Freunden die vielen Jah-

re des Bestehens. Weiter ging es mit einem Festzug. Angeführt vom Spielmannszug Heidingsfeld, gefolgt vom MFK in der prachtvollen blau-roten Tracht begleitet von Oberbürgermeisterin Pia Beckmann, die die Glückwünsche und den Dank im Namen der Stadt überbrachte, dem Ehepaar Denizot, den Schützen mit ihrem Königspaar Heike und Eckhart Vogel und der Oberndorfer-Bischbrunner Trachtengruppe zog man zum Dankgottesdienst in die Marienkapelle. Beide Tage wurden musikalisch umrahmt vom Winzeringkreis Iphofen und Gottfried Roth mit den Hofheimer Sängern. Geendet hat die Geburtstagsfeier bei einem Gästefrühstücken mit Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Kultur.

108 Veranstaltungen

Im Messejahr 2003 fanden im Messezentrum Nürnberg 108 (2001: 127) Veranstaltungen statt, darunter 24 (2001: 23) internationale Fachmessen und überregionale Fachausstellungen sowie 37 (2001: 49) Kongresse, zum Teil mit begleitender Fachausstellung. Turnusgemäß sinkt die Umschlagzahl des Messegeländes (ein wichtiger Faktor für den Auslastungsgrad) in den ungeraden Jahren. Sie lag 2003 bei 12 (2001: 12). Zum Ende des Jahres 2003 stehen im Messezentrum Nürnberg rund 152.000 m² (2001: 150.000 m²) Ausstellungsfläche in Hallen und Ausstellungs-Foyers zur Verfügung.

„Im Jahr 2004 erwarten wir ein Wachstum auf rund 104 Mio. Euro“, bemerkte Diederichs. Hierzu trügen maßgeblich zahlreiche Eigen- und Partnerveranstaltungen der NürnbergMesse bei, an der Spitze der Verbund der beiden baufachlichen Spezialmessen fensterbau/frontale und HOLZHANDWERK. Weitere wichti-

ge Umsatzträger seien: BioFach (Bioprodukte), IWA & OutdoorClassics (Jagd- und Sportwaffen, klassischer Outdoorbedarf), Interzoo (Heimtierbedarf), GaLaBau (Bau und Pflege von Grün- und Freiflächen), POWTECH (mechanische Verfahrenstechnik), TechnoPharm (Prozesssteuerung für Pharma und Kosmetik), ExploRisk (industrielle Anlagensicherheit), IKK (Kälte-, Klima- und Lüftungstechnik), FachPack (Verpackungs- und Kennzeichnungstechnik), PrintPack (Packmittelproduktion), LogIntern (interne Logistik) und BRAU Beviale (Rohstoffe, Getränkeprozesstechnik, Logistik, Marketingsupport).

EUROGUSS 2004

Erstmals findet 2004 laut Diederichs die EUROGUSS in Nürnberg statt. Diese internationale Fachmesse der Druckgießtechnik wechselt von Sindelfingen nach Nürnberg und ist in ihrer konsequenten Ausrichtung auf die Druckgussbranche die einzige internationale Messe ihres Fachs in Europa. Der Automobilbau mit seinen Zulieferern, aber auch die Wirtschaftszweige Maschinenbau, Elektrotechnik und Metallindustrie



Ehrenpreis für Landkreis-Wein

Im Landkreis Schweinfurt ist der Wein ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, dem besondere Förderung zuteil wird. Die Fränkische Wein- und Sektpremierung, die alljährlich auf der Festung in Würzburg stattfindet, ist deshalb auch immer ein mit Spannung erwartetes Ereignis, nicht nur von den vielen erfolgreichen Winzern.

Ein vom Landkreis gestifteter Ehrenpreis ist vor diesem Hintergrund nur folgerichtig. Den von Peter Vollert, Üchtelhausen, geschaffenen Preis, der als Bronzerelief den „Winzer-schutzherrn“ St. Kilian auf dem Main mit Weinreben darstellt, erhielt das Weingut Hans Lothar, Wipfeld, für seinen 2002er Wipfelder Zehntgraf Grauer Burgunder Auslese. Unser Bild zeigt (von links): MdL Dr. Hans-Gerhard Stockinger, Weinprinzessin Katrin Lindner, Oberschwarzach, Hans Lothar, Landrat Harald Leitherer, Weinprinzessin Nadja Seystahl, Mainstockheim, sowie den Präsidenten des Fränkischen Weinbauverbandes, Andreas Östemer, Würzburg.

MFK eine langjährige Freundschaft wie mit den Schützen, dem Ehepaar Krick, dem Winzeringkreis Iphofen, dem Frankenbund, den Briefmarkenfreunden, Bundesminister a. D. Wolfgang Böttsch, der Fischereizunft u.v.m.

Für ihre jahrelange enge Verbundenheit erhielten an diesem Tage Bürgermeister Dr. Adolf Bauer und der ehemalige Strassenbaumeister Franz Göpfert die Goldene Nadel und die damit verbundene Ehrenmitgliedschaft. Anschließend brachte Stadtrat Willi Dürrnagel im Hinblick auch auf die 1300-Jahr-Feier der Stadt Würzburg einen Abriss über die Geschichte der Stadt und lobte dabei den MFK, dass er uns „in den dreieinhalb Jahrzehnten die Historie unserer Stadt immer wie-

spielen für die EUROGUSS eine große Rolle. Hinzu kommt: Viele der genannten Industrien bilden neue Schwerpunkte in Mittel- und Osteuropa. Nürnberg ist dafür der ideale Messeplatz - im wirtschaftsstarken Süddeutschland an der Nahtstelle zu den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Ebenfalls neu im Programm ist die Fachmesse CastTec, die übergreifend für unterschiedliche Gusstechnologien mit einem besonderen Gewicht auf den Informationstechnologien für die gesamte Gussbranche entwickelt wurde und weiterhin in Sindelfingen veranstaltet wird.

Regionale Belange im Visier

„Bei aller Technologie-Ausrichtung und Internationalisierung verliert die NürnbergMesse wichtige regionale Belange nicht aus dem Auge“, betonte Walter Hufnagel, Mitglied der Geschäftsleitung der NürnbergMesse. Ein ganz aktueller Beleg hierfür sei eine neue gemeinsame Messe für das Fleischer- und Bäckerhandwerk, die Evenord + BÄKO Franken, die erstmals am 9. und 10. Oktober 2004 im Messezentrum Nürnberg veranstaltet wird. Die neue Regionalmesse ist die erste Messe in Deutschland, die sich ganz gezielt und ausschließlich an Fleischer und Bäcker als die beiden wichtigsten Zweige des Nahrungsmittelhandwerks richtet. „Die beteiligten Genossenschaften sind mit uns der Auffassung, dass dies ein innovatives und erfolgversprechendes Messekonzzept für die Zukunft ist“, so Hufnagel abschließend. DK

Jahres-Pressekonferenz Messe München:

Beachtliches Ergebnis in schwierigen Zeiten

Knapp 21 Mio. Euro Jahresergebnis
Fast 30.000 Aussteller aus 102 Ländern

Das Münchener Messeprogramm hat sich in einem schwierigen Wirtschaftsjahr als überdurchschnittlich erfolgreich erwiesen. Wie der Vorsitzende der Geschäftsführung der Messe München GmbH, Manfred Wutzlhofer, bei der Jahresschluss-Pressekonferenz 2003 hervorhob, komme die Messe München unter Berücksichtigung der noch nicht abschließend abgerechneten Veranstaltungen des 4. Quartals für das Geschäftsjahr 2003 auf ein Jahresergebnis aus dem Messebetrieb von voraussichtlich knapp 21 Mio. Euro. Dies entspreche einer Umsatzrentabilität von über 14% und sei in dem schwierigen konjunkturellen Umfeld ein beachtliches Ergebnis.

Trotz der konjunkturellen Einflüsse, die sich in den Zahlen niederschlugen und denen die Messe München nur durch eigene Sparmaßnahmen habe begegnen können, verzeichnete der Messeplatz München beim Vergleich der Beteiligungszahlen mit den jeweiligen Vorveranstaltungen gegenüber dem Bundesdurchschnitt sogar Steigerungsraten, betonte Wutzlhofer. Insgesamt hätten an den Veranstaltungen der Unternehmensgruppe Messe München International sowie den Gastveranstaltungen am Messeplatz München knapp 30.000 Aussteller aus 102 Ländern teilgenommen.

Im Vergleich mit den Vorveranstaltungen habe sich für den Messeplatz München bei den Ausstellerzahlen ein Plus von 1 Prozent ergeben (Bundesdurchschnitt laut AUMA minus 1,5%). Erfreuliche Zuwächse seien z.B. bei der Transport Logistic (+22%), der Expo Real (+11%), der Laser (+4%), der Golf Europe (+3%) oder der Materialica (+2%) zu verzeichnen gewesen. Ausländische Aussteller hätten an den Veranstaltungen am Messeplatz München einen Anteil von 23 %, bei den Messen der MMG sogar von 40 % gehabt.

Mehr Besucher

Die vorläufige Besucherzahl des Jahres 2003, so Wutzlhofer, betrage knapp 1,8 Millionen Besucher aus 180 Ländern. Gegenüber den Vorveranstaltungen verzeichne der Messeplatz München hier ein Wachstum von zwei Prozent gegenüber einem Rückgang von 4 Prozent im Bundesdurchschnitt. Der Anteil der ausländischen Besucher habe am Messeplatz insgesamt 9 % betragen, bei den MMG-Messen seien es 20 % gewesen. Insgesamt seien am Messeplatz München durch Veranstaltungen knapp 2,2 Mio. Quadratmeter Fläche brutto belegt worden. Bezogen auf die Brutto-Hallenfläche des Messeplatzes München ergebe sich ein 12-maliger Umschlag.

Das M.O.C., führte Wutzlhofer aus, habe im Jahr 2003 seine Qualitäten auf beeindruckende Weise deutlich machen können: „Eine hohe terminliche Flexibilität, das modulare und damit maximal anpassungsfähige Raumkonzept sowie die kurzen Reaktionszeiten des M.O.C. führten zu einem Zuwachs der Flächenbelegung bei einer über-

Umfangreiches Service-Angebot im Internet

Ausführliche Informationen zu den Dienstleistungen des Eigenbetriebs für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung inklusive des Winterdienstes können ab sofort im Internet unter den Adressen www.stadtservice-erlangen.de oder über die Homepage der Stadt Erlangen www.erlangen.de, Menüpunkt „Umwelt/Energie“, Link „Stadtgrün, Abfallwirtschaft, Stadtreinigung“ abgerufen werden.

Eine benutzerfreundliche Menüleiste führt direkt zu wissen-

durchschnittlich hohen Veranstaltungsdichte. Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Jahr 2003 mit 406.680 Quadratmetern fast 11 % mehr vermietet. Die Fläche des M.O.C. wurde damit 27mal umgeschlagen.“

Am Messeplatz München, kündigte Wutzlhofer an, fänden im Jahr 2004 nach aktuellem Planungsstand insgesamt 48 größere Messen und Ausstellungen statt, davon 18 Veranstaltungen der Messe München GmbH, fünf Veranstaltungen der Gesellschaft für Handwerksmessen (GHM) sowie 25 größere Gastveranstaltungen.

Messe-Premieren in 2004

Neben den bekannten jährlichen und mehrjährigen Veranstaltungen seien für das Jahr 2004 vier Messe-Premieren anzukündigen: die parallel zur ISPO-Winter stattfindende ISPO-VISION, Internationale Fachmesse für Lifestyle und Fashion inspired by Sports, die Metav 2004 München, Internationale Messe für Fertigungstechnik und Automatisierung, die Automatica 2004, Internationale Fachmesse für Robotik + Automation, sowie die Embedded in Munich, 1. Internationale Fachmesse für Embedded Solutions. Hervorzuheben sei auch die Opti München, die sich im M.O.C. innerhalb von sechs Jahren sehr erfolgreich zur zentraleuropäischen Fachmesse für Augenoptik entwickelt habe und durch die zunehmende Flächennachfrage im Januar 2004 erstmals in der Neuen Messe München ausgerichtet werde.

Insgesamt sei die Messe München, so fasste Wutzlhofer zusammen, bestens gerüstet für die Wahrnehmung der Chancen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und wolle dabei eine Schlüsselposition einnehmen. Wie die Entwicklung der südeuropäischen EU-Staaten nach ihrem Beitritt in die EU zeige, seien insgesamt vielfältige Impulse und ein zunehmendes Wirtschaftswachstum auch in Mittel- und Osteuropa zu erwarten. Hierzu trage die Messewirtschaft bei und hiervon profitiere sie auch. Auch und gerade deshalb sei für den Messeplatz München eine sehr erfolgreiche Entwicklung zu erwarten, die über alle gegenwärtigen innerdeutschen Konjunkturprobleme hinaus sehr optimistisch stimme. DK

werten und wichtigen Informationen wie Grünplanung, Spiel-, Sportplatz- und Baumpflege, den städtischen Waldungen, einer Liste mit empfehlenswerten heimischen Pflanzen, über die Abfall- und Straßenreinigungsgebühren, die Abfuhr- und Reinigungsgebühren, die Kompostierungsanlage, zu den Abfuhrterminen und Informationen über den Winterdienst. Unter „Aktuelles“ finden sich wechselnde Informationen u. a. zu Maßnahmen und Sonderaktionen.

800-Jahr-Feier der Stadt Landshut:

Lebendiges Gestalten geballter Geschichte

Im Jahre 1204 gründete der Wittelsbacher Herzog Ludwig I. Landshut. Unter seinem Sohn Otto II. war die Stadt einige Zeit sogar Hauptstadt des bayerischen Herzogtums. Heute ist Landshut Regierungshauptstadt von Niederbayern. Ihr Jubiläum feiert sie mit Ausstellungen, Festen und sportlichen Höhepunkten. Darüber hinaus wurde eine Sonderbriefmarke herausgegeben.

Das Stadtjubiläum soll die breite Bevölkerung ansprechen, also ein richtiges Bürgerfest für alle Landshuter werden: „Damit ergibt sich die Chance, sich mit einem Schlag ins Bewusstsein zu bringen, Impulse zu geben und sich mit der Stadt zu identifizieren“, betont Oberbürgermeister Josef Deimer. Beim Jubiläum möglichst viele Bürger, Vereine und Einrichtungen zu integrieren, ist das erklärte Ziel.

Paukenschlag

Mit einem Paukenschlag - oder besser: mit Böllerschüssen - begann offiziell das Jubiläumsjahr. Das Neujahrskonzert stand diesmal ganz im Zeichen der 800-Jahr-Feier. Zur Uraufführung kam die „Landshut-Hymne“ aus dem reichen musikalischen Schaffen von Heinz Benker.

Mit einem Eröffnungsgottesdienst in der Stiftsbasilika St. Martin mit Kardinal Friedrich Wetter und einem festlichen Eröffnungsempfang stimmte die Stadt weiter auf das Jubiläumsjahr ein. Im Rathausprunksaal hielt der ehemalige Leiter des Hauptstaatsarchivs in München, Dr. Erich Stahlleder, die Festrede. Als Sohn der Stadt ist er mit der Geschichte intensiv vertraut. Stahlleder berichtete von den Wandlungen der Drei-Helmen-Stadt durch die Jahrhunderte, lobte ihren Bürgersinn und ihre Baumeister, berichtete von der Blüte des Kirchenbaus und von den Veränderungen in der staatlichen Ordnung.

corporate identity

Wie OB Josef Deimer bemerkte, bereite sich Landshut seit sechs Jahren auf dieses besondere Jubiläum vor. Es gehe um Integration, Wir-Gefühl, Solidarität, Bürgerstolz und Corporate Identity. Landshut wolle das Jubiläum nutzen, um dem Image der Stadt weite-

re Pluspunkte für künftige Generationen zu geben.

Den Alltag dieser Stadt zu organisieren, sie durch die Herausforderungen der Zeit zu führen und ihr eine kreative Zukunft zu gewährleisten, sei die Kernaufgabe kommunaler Selbstverwaltung. Stolz erinnerte Deimer schließlich auch daran, dass „die Bayerische Staatsregierung mit der Renovierung der Stadtresidenz und der Einrichtung des Kunstkammer-Museums auf der Burg Trausnitz sowie mit ihrer Hilfe bei der Renovierung der Heilig-Kreuz-Kirche ein echtes Zeichen für die ‚historische Hauptstadt Altbayerns‘ setzt“.

Hofmusiktag in Juli

Besonders feierlich gestaltet wird das Sebastianamt am 18. Januar in St. Jodok. Dem Stadtpatron ist im Januar übrigens auch eine Ausstellung im Rücklurm gewidmet. Der Titel lautet: „Heiliger Sebastian, bitt für uns.“ Für zwei wichtige kulturelle Veranstaltungen sind die Akzente bereits gesetzt: Die besondere Beziehung Landshuts zu Europa lebt ab 2. Juli bei den Landshuter Hofmusiktagen auf. Das Festival für Alte und Neue Musik erhält 2004 europäischen Charakter mit dem Titel „Landshut in Europa“. In die Zeit der Hofmusiktage wird nicht nur der Sommerempfang der Stadt fallen, sondern auch ein ganzes Veranstaltungswochenende im Zeichen Europas. Die Literaturtage von 21. bis 31. Oktober 2004 sind Johann Michael Sailer (1751 bis 1832), Professor für Moral- und Pastoraltheologie zur Universitätszeit in Landshut, gewidmet.

Sport, Spaß und Spiel

Auch der Verein „Die Förderer“ hat sich zum Jubiläumsjahr einiges vorgenommen: Nach der gegliückten General-

probe 2003 steht von 24. bis 27. Juni 2004 ein weiteres Burgfest auf der Trausnitz auf dem Programm. Das Altstadtfest soll gleich im Doppelpack - also an zwei Veranstaltungstagen - über die Bühne gehen. Ein Fest für die kleinen Bürger hat die Stadt fest im Visier: Ein Kindertag im Jugendkulturzentrum „Alte Kaserne“ verspricht Sport, Spaß und Spiel. Weitere Projekte sind eine Aktionsbühne vor dem Rathaus, die über mehrere Monate Präsentationsforum für Gruppen, Vereine und Verbände sein soll, oder auch ein Jubiläumsspiel der Landshuter Brauereien.

Zahlreiche Ausstellungen

Im Ausstellungsbereich der Stadt Landshut gibt es ganz wesentliche Pfeiler. Ein Kernstück ist die Ausstellung in der Stadtresidenz über „Landshut - 800 Jahre Altbayern im urbanen Spiegel“, die die städtischen Museen organisieren und konzipieren. In der Heiliggeistkirche dreht sich eine Ausstellung um „Landshut als europäische Stadt“. Eine große Jubiläumsausstellung kündigt sich auch im Skulpturenmuseum im Hofberg an. Mit wechselnden Ausstellungen wird zudem der Rücklurm fest in den Ausstellungenkalender integriert.

Ein interessantes Projekt verspricht die Ausstellung „800 Landshuter Gesichter“ zu werden. Dabei wird im Rücklurm das Ergebnis einer eintägigen Fotoaktion gezeigt, nämlich 800 Landshuter Gesichter.

Regionalentwicklung:

Meditationsweg quer durch die Stauden

Stauden (wkl). Dass sich die abwechslungsreiche Staudenlandschaft hervorragend zu Fuß oder mit dem Fahrrad erkunden lässt, ist hinlänglich bekannt. Mit der Eröffnung des Stauden-Meditationsweges kommt jetzt bei Wanderungen und Radtouren auch die Seele auf ihre Kosten. Im November 2003 wurde der Meditationsweg bereits von der politischen Prominenz eröffnet. Im Frühjahr dieses Jahres sollen dann Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen den Meditationsweg einweihen.

Auf den fünf Etappen des neuen Stauden-Meditationsweges von Fischach (Landkreis Augsburg) bis Kirch-Siebnach (Landkreis Unterallgäu) hat der Mittelneufacher Dr. Gerhard Karmann neun meditative Orte ausgesucht, die zum Verweilen, Nachdenken und Meditieren einladen. Gestützt auf Weisheiten aus dem Erfahrungsschatz der drei großen Weltreligionen, dem Christentum, dem Islam und dem Zen-Buddhismus, ist so ein - im besten Sinn des Wortes - multikultureller Pfad entstanden, auf dem Natur, Körper und Seele zu einer stimmungsvollen Einheit verschmelzen.

Insgesamt misst der neue Stauden-Meditationsweg 36 Kilometer, die meist abseits der Straße auf den bewaldeten Höhenrücken der Stauden auf bestehenden Wanderwegen verlaufen. Die einzelnen Etappen sind zwischen sechs und neun Kilometer lang. Ausgangspunkt ist jeweils ein Bahnhof entlang der Staudenbahnstrecke. Die Wanderroute verbindet landschaftlich ansprechende „Flecken“ mit Oasen, an denen der Wanderer seine „Seele baumeln“ lassen kann. Im Nordwesten und im Südosten grenzt der Meditationsweg an den Jakobus-Pilgerweg an, der von Augsburg nach Lindau führt.

Rund um die Zahl 800 dreht sich alles bei einer Filmaktion des Film- und Videoclubs der Volkshochschule (VHS) Landshut mit dem Titel „800 Sekunden für Landshut“.

Auch von kirchlicher und kirchenmusikalischer Seite gibt es eine Reihe von Veranstaltungen. Ein spezieller Prospekt wird über „Kirchenmusik im Jubiläumsjahr“ rechtzeitig erscheinen. Die Sportler kommen 2004 ebenso nicht zu kurz: Stadtlaf „Tour de LA“ und Seifenkistrennen - die Veranstaltungen finden normalerweise im Zwei-Jahres-Rhythmus statt - gehen beide im Jubiläumsjahr über die Bühne. „Spiele“- und Bayern-Fans dürfen bei einem Fußballmatch im Sportzentrum West die Kicker der Spielvereinigung Landshut und die Profis des FC Bayern München anfeuern. Auch ein Eishockey-Länderspiel ist in Planung.

Publikationen

Stadtgeschichte spiegelt sich natürlich auch in einer Reihe von Publikationen wieder. So entsteht mit den Aufsätzen von 40 Autoren eine Stadtgeschichte in populärwissenschaftlicher Art, die die wichtigsten Epochen der Historie umfasst. Comicfreunde dürfen sich auf den zweiten Band des Landshuter Comics über die Stadtgeschichte von Thomas Weyh, Helmut Stix und Werner Ebermeier freuen. Mit der Comicfigur Eisi, dem kleinen Ritter, gehen die Leser dann auf eine amüsante Reise durch die Epoche zwischen Stadtbrand und Landshuter Hochzeit.

Schon jetzt dürfen sich die Landshuter übrigens auf das Stadtjubiläum einstimmen lassen - mit einer Fülle von Souvenirs, die anlässlich der 800-Jahr-Feier ab sofort im Verkehrsverein erhältlich sind. **DK**



Oberbürgermeisterin Pia Beckmann und Projektleiterin Petra Vossebein. Bild: Gunther Kunze

1300 Jahre Würzburg

Am ersten Tag des Jahres 2004 begann für die Stadt Würzburg ein ereignisreiches Festjahr. Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, Ausstellungen, Konzerten und vielen Attraktionen wird das 1300-jährige Stadtjubiläum gefeiert.

Oberbürgermeisterin Pia Beckmann gab am Neujahrstag am Oberen Markt den offiziellen Startschuss ins Jubiläumsjahr. „Das Programm dieses Stadtjubiläum ist Ausdruck des vielfältigen kulturellen Lebens unserer Stadt“, so die Oberbürgermeisterin. „Gerade die wirtschaftlich schwierige Situation dieser Stadt lässt die Bürgerinnen und Bürger enger zusammenstehen.“

Vor der Kulisse des Falkenhauses eröffnete der CVJM-Posaunenchor unter der Leitung von Joachim Pescheck mit fest-

licher Musik die Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum. Ca. 300 Würzburgerinnen und Würzburger waren der Einladung der Oberbürgermeisterin gefolgt, um gemeinsam ins Jubiläumsjahr zu starten.

Die Feierlichkeiten wurden am 11. Januar mit dem Jubiläumsempfang im Rathaus fortgesetzt. Das Programm zum Stadtjubiläum ist im Büro für Bürgerhilfe und in der Tourist Information im Falkenhaus erhältlich. Natürlich wird es auch auf der Internetseite der Stadt unter www.wuerzburg.de präsentiert. **SK**

Landkreis Cham:

„Mobiles Tourismusportal“

Immer mehr Menschen nutzen das Internet und Anwendungen für mobile Geräte wie Handys und PDA's zur einfachen und ortsunabhängigen Beschaffung von Informationen. Schon jetzt bietet der Landkreis Cham auf seiner Homepage www.landkreis-cham.de viele Informationen aus dem touristischen Bereich. Mit der Einführung eines „mobilen Tourismusportals“ für WAP-fähige Handys gibt es künftig auch auf diesem Weg aktuelle Informationen aus dem Landkreis Cham. Per WAP-Handy kann künftig schnell aberufen werden, wo im Landkreis Cham noch Zimmer frei sind. Dieses bisher bundesweit einmalige Tourismussystem eTourist.net wurde vom Landkreis Cham gemeinsam mit Microsoft entwickelt. **SK**

Ingolstadt:

Deutsch-italienischer Kulturpreis für OB Lehmann

Der „Capo Circeo Preis“ der Vereinigung für italienisch-deutsche Freundschaft ist Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann verliehen worden.

Stellvertretend für den Ingolstädter Oberbürgermeister nahm der frühere Landtagsabgeordnete Manfred Dumann die Statuette bei einer Zeremonie auf dem Kapitol in Rom entgegen. Dieser deutsch-italienische Kulturpreis wird für Verdienste in verschiedenen Kategorien wie Politik, Wirtschaft und Kultur verliehen. Er steht unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Europäischen Kommission Professor Romano Prodi, der Landesregierung des Latium, des italienischen Außenministeriums und der deutschen Botschaft in Rom. Zu den Preisträgern dieses Jahres zählen u.a. der Präsident des Europäischen Konvents Valéry Giscard d'Estaing, der Literaturkritiker Professor Marcel Reich-Ranicki und der Regisseur Wolfgang Becker.

In seinem Dank verwies Oberbürgermeister Dr. Lehmann auf die Kontakte zu Carrara. Städtepartnerschaften seien nach wie vor eine wichtige Voraussetzung, persönliche Begegnungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern und einen Einblick in Leben und Kultur eines anderen Volkes zu schaffen. „Jede Städtepartnerschaft ist dadurch ein kleiner, aber unverzichtbarer Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in einem gemeinsamen Europa“. Insoweit sehe er den „Capo Circeo Preis“ als Anerkennung des Engagements vieler Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ingolstadt in der jahrzehntelangen Partnerschaft mit der Stadt Carrara. **DK**

einer Auflage von 30.000 Stück gedruckt. Neben einer detaillierten Wegbeschreibung gibt es Tipps zu den Einkehrmöglichkeiten, sowie Infos über das Angebot, die einzelnen Wanderetappen von den Bahnhöfen der Staudenbahn aus in Angriff zu nehmen. Die einzelnen Meditationsstationen sind in ihrer Reihenfolge aufeinander bezogen. Sie können aber ohne weiteres auch einzeln angegangen werden.

Der Meditationsweg ist der erste von mehreren Themenwegen, die in den Stauden noch geplant sind. In Vorbereitung ist der so genannte „Keltenweg“, der einmal von Bobingen nach Ettringen führen soll. **SK**

Landkreis Fürth/Haushalt 2004:

„Wünsche sind nicht mehr möglich“

Die finanzielle Lage ist auch beim Landkreis Fürth ernst. Erstmals enthält der Haushaltsplan für kommendes Jahr keine so genannte Wunschliste. In dieser Liste wurden in den Vorjahren jene Ansätze aufgelistet, die wünschenswert, aber noch nicht berücksichtigt sind. „In diesem Jahr haben wir diese Liste erst gar nicht erstellt, weil unser Haushalt keinerlei Spielraum für Wünsche zulässt“, erläutert Landrätin Dr. Gabriele Pauli.

Darüber hinaus wurde der Vermögenshaushalt (darin sind die Investitionen zum Beispiel für Baumaßnahmen enthalten) um rund die Hälfte zusammengestrichen. Es handelt sich damit um den niedrigsten Vermögenshaushalt seit 25 Jahren. Viele Projekte mussten verschoben werden. Auch der Stellenplan weist keine neuen Stellen aus. Obwohl die Aufgaben der Landratsämter in den zurückliegenden Jahren gestiegen sind, wird es also 2004 kein zusätzliches Personal im Landratsamt geben.

Auf dünnem Eis

Wie dramatisch die Situation ist, zeigt der Blick auf den Verwaltungshaushalt, der die laufenden Einnahmen und Ausgaben der Behörde enthält: In den Jahren 2005 bis 2007 fehlen nach den Berechnungen von Kreiskämmerer Herbert Reinl allein hier vier Millionen Euro. Vom Gesetzgeber ist vorgeschrieben, dass die Behörde dem Verwaltungshaushalt jedes Jahr eine Mindestsumme zuführen muss. Diese Summe muss mindestens so hoch sein, wie die Summe der zu tilgenden Kredite. Die Tilgungen belaufen sich beim Landkreis im Jahr 2004 auf 1,56 Millionen Euro, der Zuführungsbetrag beträgt 1,58 Millionen Euro. Damit kann die Mindestzuführung also lediglich um 22.000 Euro übertroffen werden. „Das heißt, dass uns nur noch 22.000 Euro von einem nicht genehmigungsfähigen Haushaltsplan trennen, das Eis ist äußerst dünn geworden“, verdeutlicht Dr. Gabriele Pauli.

Nicht genehmigungsfähig

Die aktuell vorliegende, über 600 Seiten dicke Fassung des Haushaltsentwurfs, der auch an alle Kreisräte verschickt wurde, wäre allerdings sowieso nicht genehmigungsfähig. Denn Kämmerer Herbert Reinl hat die Auswirkungen der Bundes- und Landesgesetze noch nicht in den Haushalt eingearbeitet. Die großen Reformprojekte sind schließlich noch immer nicht

entschieden. Dazu zählt das Vorziehen der 3. Stufe der Steuerreform, die Verabschiedung der Hartz-IV-Gesetze und die Beschlussfassung über die Gemeindefinanzreform.

Weiteres Minus kommt

Je nachdem wie die Beschlüsse hier ausgehen, kann der Haushalt des Landkreises noch einmal gehörig ins Wanken geraten. Sicher ist nach Ansicht von Herbert Reinl nur Eines: „Es wird, egal was beschlossen wird, auf alle Fälle zu weiteren Ausgaben bei den Landkreisen führen. Ein weiteres Minus wird also kommen, die Frage ist nur, wie hoch dieses ist.“ Somit wird schätzungsweise erst im Februar oder März der Haushalt 2004 vom Kreistag verabschiedet werden können.

Wie seine Amtskollegen in ganz Mittelfranken hat auch der Landkreiskämmerer die Umlage, die der Bezirk vom Landkreis jährlich fordert, bei seinen Berechnungen als unverändert angenommen. Auf dieses Vorgehen haben sich die mittelfränkischen Landkreise verständigt. Denn: „Wir wollen dem Bezirk keinen Freibrief für eine Umlagerhöhung geben, in dem wir diese schon vorab einkalkulieren“, sagt die Landrätin.

Kreisumlage unverändert

Ebenso wurde die Kreisumlage, also jener Prozentsatz, den die 14 Kommunen an den Landkreis Fürth zahlen müssen, unverändert belassen. Allerdings: „Sollte es doch zu einer Erhöhung der Bezirksumlage kommen, müsste die Anhebung voll an die Kommunen über eine Erhöhung der Kreisumlage weitergegeben werden“, betont Gabriele Pauli. Denn ein Prozentpunkt entspricht im Falle des Landkreises Fürth einem Betrag in Höhe von jeweils 665.000 Euro, der nach Ansbach überwiesen werden müsste.

Der Blick auf die Umlagekraft der Landkreismunicipien, wonach sich auch die exakte Summe der Kreisumlage pro Gemeinde berechnet, ist nur auf

den ersten Blick erfreulich. Die Statistik weist bei 11 Gemeinden einen Zuwachs aus, bei nur 3 ein Minus. Die Crux: Die Zuwächse fanden bei den kleinen Gemeinden statt, so dass die Summen dahinter relativ gering sind. Dagegen ist der Rückgang bei den großen Kommunen, wie Oberasbach oder Langenzenn, sehr hoch. Unter dem Strich ergibt dies einen Gesamtzuwachs bei den 14 Gemeinden von plus 0,73 Prozent, was einer Stagnation gleich kommt. Für den Haushalt des Landkreises bedeutet dies unter dem Strich gerade einmal eine Verbesserung um 91.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Sorgenkind Sozialkosten

Ein großes Sorgenkind des Landkreises ist nach wie vor der Posten „Sozialkosten“. Der Eigenanteil des Landkreises stieg bei den Sozialkosten um ganze 4,9 Prozent an. „Bedenkt man, dass eine Vorgabe des EU-Stabilitätspaktes lautet, dass die kommunalen Verwaltungshaushalte nicht um mehr als 1 Prozent pro Jahr steigen dürfen, wird das Ausmaß der Finanzkrise mehr als deutlich“, so die Landrätin. Die Summen hinter den Sozialausgaben sind riesig: So stieg der Eigenanteil beim Jugendamt um 4,8 Prozent auf 4,323 Millionen Euro, bei der Sozialhilfe sogar um 5,8 Prozent auf 3,721 Millionen Euro.

Positive Budgetierung

Trotz aller negativen Nachrichten gibt es zumindest eine kleine erfreuliche Meldung: Die im vergangenen Jahr bei 12 Bereichen eingeführte Budgetierung hat sich als positiv herausgestellt. Budgetiert wurden die Schulen in Trägerschaft des Landkreises, die landkreiseigenen Turnhallen, die Kreisbildungsstelle, die Atemschutz-Zentrale sowie das Amtsblatt mit Landkreismagazin. Vor allem bei den Schulen habe daraufhin ein Umdenken stattgefunden.

So wurden Maßnahmen ergriffen, um beispielsweise Strom oder Wasser zu sparen. Denn 3/4 der Summe, die vom Budget nicht verbraucht wird, darf frei verwendet werden. Somit hat der Landkreis hier zwar nicht sparen können, dafür aber die Ausgaben nicht erhöhen müssen.

krankenhauserischen Gesichtspunkte des Verkaufs. „Die Übernahme der Hohen Warte durch den ortsansässigen Zweckverband sichert den Beschäftigten eine Weiterbeschäftigung vor Ort“ ergänzen Dietel und Mronz zur Frage der Übernahme und Weiterbeschäftigung des Personalbestands durch den Zweckverband. Damit ist nach den Worten der Zweckverbandsvorsitzenden der Krankenhausstandort Bayreuth unter kommunaler Trägerschaft für die Zukunft gewährleistet und gestärkt. Faltlhauser wies darauf hin, dass der Freistaat Bayern durch den Verkauf konsequent seine Privatisierungspolitik fortsetze: „Der Betrieb eines Allgemein-Krankenhauses wie die Hohe Warte gehört nicht zu den eigentlichen Aufgaben des Staates“. Das Krankenhaus Hohe Warte ist das letzte durch den Freistaat betriebene Allgemein-Krankenhaus.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Die Typen habe ich gefressen, die ohne über den Begriff nachzudenken, in jedem zweiten Satz über Nachhaltigkeit plappern und dann die ökonomische und politische Kurzsichtigkeit zum Programm erheben wollen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat als Neujahrüberraschung des Duos Hajo Klein und Fanny Bacher den Vorschlag serviert bekommen, den Verkauf der Stadtparkasse nach Stralsunder Muster zu prüfen.

Dort im hohen Norden der Republik will man ja tatsächlich alle Vermögenswerte der örtlichen Sparkasse meistbietend verhöckern, um Haushaltslöcher zu stopfen. Als die ersten entsprechenden Berichte vom Ostseestrand in die Agenturticker Schwappten, dachte man noch an eine pfiffige Idee, um auf die klammen Kommunalfinanzen aufmerksam zu machen. Motto:

Leere Säckel, hohle Köpfe

Uns steht das Wasser bis zum Hals, bald müssen wir sogar den Ast absägen, auf dem wir sitzen. Doch weit gefehlt! In einigen Fällen scheinen leere Säckel hohle Köpfe zur Folge zu haben. Jedenfalls ist es den Stralsunder Stadtstiefvätern bitter ernst und sogar der Verkauf an eine der Frankfurter Großbanken wird ernsthaft erwogen.

Dabei hätte man annehmen können, dass die breite Diskussion über das deutsche Bankensystem vor dem Hintergrund der Angriffe der EU auf das Sparkassenwesen auch dem Letzten klar gemacht hätte, wie wichtig es ist, dass wir unsere drei Säulen aus Universal-, Geschäfts- und Investmentbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen behalten. Es ist ein unverzichtbarer Standortfaktor in der Fläche. Oder glaubt jemand ernsthaft, eine Großbank würde das dichte Filialnetz der Sparkasse aufrecht erhalten? Klar, die Konten, zumal die Einlagen, werden gerne genommen. Aber dann kommen smarte Business-Girls und Boys, die unsere kleinen Städte erst mal auf der Karte suchen



müssen, daher und berechnen die Rentabilität des Filialnetzes. Dabei kommt dann natürlich heraus, dass es sich nicht lohnt, in jedem Ortsteil eine Filiale zu haben, sondern der ganze Schamott gut und gerne in der Hauptstelle am Marktplatz abgewickelt werden kann. Phantasterei? In Großbritannien ist jederzeit zu besichtigen, wo der Service bleibt, wenn die Konzentration im Kreditgewerbe fortschreitet - beim Teufel. In England gibt es Gegenden, da findet man im 50-Kilometer-Umkreis keine Bank mehr.

Und die Mittelstandsfinanzierung steht und fällt doch in Zeiten von Basel II, dem Diktat der Rating-Agenturen und der Risiko-Minimierung mit den Sparkassen und Volksbanken. Welcher Controller in Frankfurt kann schon wissen, ob ein Acht-Millionen-Gewerbeobjekt in einer 30.000-Einwohnerstadt rentabel ist oder nicht? Großbanken, Fonds und Projektentwickler gehen in die Metropolen und lassen uns links liegen, auch wenn Studien zeigen, dass die Wertentwicklung von Gewerbeimmobilien in Mittelstädten kontinuierlicher und besser ist als in den Zentren. Alle sind neidisch auf die Wirtschaftsentwicklung in Österreich. Blicken wir doch über den nicht mehr vorhandenen Zaun: Steuern und Arbeitskosten sind niedriger, klar. Aber man beachte die starke Stellung, die dort die Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben. Viele, auch kommunale Betriebe, nehmen über der Grenze Kredite auf, weil dort der Mittelstand noch was zählt.

Meinem Chef, dem Bürgermeister, steht also wieder mal ein Kampf bevor. Nicht nur schnell Kasse machen, ist die Devise, sondern an die Entwicklung für Morgen denken. Um ihn moralisch aufzurüsten, lege ich ihm ein Kalenderblatt mit dem Satz Hugo von Hofmannsthal hin: „Der mittelmäßige Mensch hält zu knapp nach dem richtigen Gedanken inne; daher die vielen Halbwahrheiten in der Welt.“

the Sabrina

Landkreis Regensburg:

Kommunale Zusammenarbeit im Vordergrund

Pilotprojekt - Arbeit sinnvoll verteilen, Kompetenz bündeln, Kosten senken

Mit dem Pilotprojekt „Interkommunale Zusammenarbeit“ will der Landkreis Regensburg neue Wege aufzeigen, wie Gemeinden und Landkreise effektiver zusammenarbeiten können, ohne ihre eigene Entscheidungsfreiheit in Frage zu stellen. Landrat Herbert Mirbeth und Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger, die dieses Projekt kürzlich vorstellten, bekamen einmütigen Zuspruch sowohl von den kommunalen Spitzenverbänden als auch von der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (AKDB) und der Telekom. Beide Institutionen will man mit einbinden.

Landrat Mirbeth betonte, dass die Kommunen in bestimmten Bereichen Zusammenarbeit schon immer praktizierten. Die Realsteuerstelle, seit Jahrzehnten bewährt, sei dafür ein gutes Beispiel. Oberregierungspräsidentin Alexandra Steck soll das neue Projekt im Landratsamt steuern und sei dafür auch, wie der Landrat dankbar gegenüber dem Regierungspräsidenten erwähnte, von der Regierung „freigestellt“ worden. Nach dem Willen des Landrats soll das Pilotprojekt konkrete Vorschläge erarbeiten und sich nicht in abstrakten Empfehlungen ergehen: „Es muss ein konkreter Nutzen für die Kommunen sichtbar werden.“

Effizienz erhöhen

Regierungspräsident Weidinger sieht in einer verbesserten Zusammenarbeit die Selbstständigkeit nicht in Frage gestellt, sondern sogar gestärkt: „Wer kommunale Einheiten behalten will, muss die kommunale Zusammenarbeit in den Vordergrund rücken.“ Es gehe darum,

durch ein gemeinsames Handeln die Effizienz zu erhöhen, gemeinsam zu planen (z.B. Ausgleichsflächen im Bereich des Naturschutzes) und „Wissensmanagement“ zu betreiben.

Ängste überwinden

Eine stärkere Zusammenarbeit hielt der Amberger Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer „wichtiger als die Regionalen Planungsverbände“. Er bedauerte, dass es keine formelle Entscheidungsebene gebe, wenn sich mehrere Gemeinden zusammenschließen. Kooperationen bei den Schulen, eine gemeinsame Zulassungsstelle und gemeinsame Krankenhausstrukturen erwähnte das Amberger Stadtoberhaupt als Beispiele für wichtige Felder der Zusammenarbeit. Auch müsse man die Angst überwinden, die Beschlussorgane in Gemeinden und Landkreisen könnten die Kontrolle verlieren.

Verstärkte Zusammenarbeit könnte bis zu einem Drittel der Personalkosten sparen, war die Meinung von Simon Wittmann,

Landrat von Neustadt a.d. Waldnaab und Vorsitzender des Bezirksverbandes der Oberpfälzer Landkreise. Er könnte sich vorstellen, einen gemeinsamen Personalpool, z. B. für Wasser und Abwasser, zu bilden.

Dank für kreative Idee

Barbings Bürgermeister Albert Höchstetter, Vorsitzender des Bezirksverbandes der Oberpfälzer Landkreise, meinte an, dass kleine Einheiten nicht das Gefühl haben dürfen, „unter die Räder zu kommen“; auch solle man „keine neuen Apparate aufbauen“. Dr. Heinrich Wiethe-Körplich und Dieter Jung äußerten für Gemeindegang und Landkreistag großes Interesse an dem Regensburger Projekt und dankten auch Landrat Mirbeth für die kreative Idee.

Kontakte knüpfen

Alexandra Steck will in der ersten Phase Kontakte mit Landkreisen und Gemeinden knüpfen und dabei den Bedarf und das Interesse an diesem Modellprojekt und an der kommunalen Zusammenarbeit generell ermitteln. Konkret könne man zunächst an der Personalverwaltung, der Adoptionsvermittlung (eine solche läuft schon zwischen Schwandorf, Regensburg und Neumarkt) sowie am Standesamtwesen anknüpfen. **DK**

Further Seminar zur EU-Osterweiterung:

Die Stärken bündeln!

Hoffnungen und Befürchtungen im Bayerisch-Tschechischen Grenzgebiet

Die Vision Europa dürfe nicht zerreden werden, war der Tenor eines deutsch-tschechischen Seminars der Hanns-Seidel-Stiftung, der Bernard Bolzano Stiftung und der Stadt Furth im Wald. Das Thema der Tagung: „Vor der EU-Osterweiterung - Hoffnungen und Befürchtungen im Bayerisch-Tschechischen Grenzgebiet“.

Die anstehenden Herausforderungen, die die Erweiterung der Europäischen Union ab Mai 2004 mit sich bringen wird, so gut wie möglich zu meistern, ist das erklärte Ziel der Regionen diesseits und jenseits des einstigen Eisernen Vorhangs. Dies wurde in folgender Resolution, die von Vertretern der Oberpfalz und Böhmens in Furth im Wald unterzeichnet wurde, manifestiert:

1. Vierteljährlich finden Arbeitstreffen der Vertreter der bayerischen Grenzgemeinden und Städte und der Vertreter des Verbandes der Gemeinden der

Region Domazlice statt. Mit der Vorbereitung und Organisation dieser Treffen werden für die bayerische Seite Reinhold Macho, Erster Bürgermeister der Stadt Furth im Wald, und für die tschechische Seite Herr Pazdera, Vorsitzender des Verbandes der Region Domazlice, beauftragt.

2. Beide Seiten erarbeiten für das jeweils nächste Arbeitstreffen Vorschläge für grenzüberschreitende, für gemeinsame Projekte und für Spiegelprojekte.

3. Beide Seiten erwägen die Möglichkeit der Errichtung einer gemeinsamen Koordinie-

rungsstelle für die Vorbereitung und Organisation von gemeinsamen Veranstaltungen (Arbeitstreffen, Projekte, Unterstützung der weiteren Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik und Bayern usw.).

4. Beide Seiten informieren die zuständigen Repräsentanten der Euroregionen Bayerischer Wald/Böhmerwald und Egrensis sowie der Regional Kooperation zwischen dem Regierungsbezirk Oberpfalz und dem Plzensky kraj regelmäßig über ihre Zusammenarbeit.

5. Die Unterzeichner dieser Vereinbarung erklären, dass weitere interessierte Städte und Gemeinden auf bayerischer und tschechischer Seite in die nunmehr beschlossene Zusammenarbeit jederzeit eingebunden werden können.

6. Das nächste Arbeitstreffen wird im März 2004 in Furth im Wald stattfinden. Die Arbeitstreffen finden abwechselnd in den beteiligten Kommunen auf tschechischer und bayerischer Seite statt.

Zuvor bereits hatte Bayerns Europaminister Eberhard Sinner darauf hingewiesen, dass es gelte, die Bedeutung des Prozesses der europäischen Erweiterung zu erkennen. Man habe

heute ein Perspektive für Europa, wie keine Generation sie jemals zuvor gehabt habe. Zwar stünden gerade die Grenzregionen vor enormen Herausforderungen - siehe großes Lohn-, Förder- und Steuergelände sowie Verkehrsbelastung -, dennoch gelte es, die Chancen zu erkennen. Dazu gehöre als eine der wichtigsten die Bündelung der böhmischen und bayerischen Stärken, damit die Grenzregionen beider Länder davon profitieren.

Grenzen in den Köpfen

Damit aber die europäische Erweiterung Früchte tragen könne, müssten nicht nur die Beitrittsländer ihre Hausaufgaben machen. Auch Deutschland sei zum Handeln aufgefordert. Die Schaffung einer angepassten Verkehrsinfrastruktur - Beispiel A 6 - betrachte er, Sinner, für einen erfolgreichen Handel zwischen Ost und West als essentiell. Ebenso wichtig sei es für die bayerische Grenzregion aber auch, nicht ohne Fördermittel die Herausforderungen der Zukunft meistern zu müssen. Dies gerade aus dem Grund, weil Tschechien im Rahmen der europäischen Strukturpolitik künftig Investoren mit Förderungen um die 50 Prozent locken kann.

Der tschechische Senator Zdenek Barta betonte seinerseits, dass es nicht nur in Deutschland Skeptiker hinsichtlich der EU-Osterweiterung

gibt; auch die Grenzen in den Köpfen zahlreicher Tschechen müssten erst noch abgebaut werden. Barta warnte davor, den europäischen Erweiterungsprozess zu einem „Kuhhandel“ verkommen zu lassen. **KI**

Markt Nittendorf

„Die Gemeinde Nittendorf hat die an eine Markterhebung gestellten strengen Maßstäbe voll erfüllt“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Überreichung der Markterhebungsurkunde. Damit wurde Nittendorf im Landkreis Regensburg Bayerns 383. Markt. Im Jahre 1972 schlossen sich die Gemeinden Nittendorf, Etterzhausen, Schönhofen, Eichhofen und Haugenried freiwillig zur neuen, größeren Einheit Nittendorf zusammen. Heute liegt Nittendorf mit nunmehr 9.137 Einwohnern deutlich über dem für eine Markterhebung relevanten Richtwert von 7.500. Die Gemeinde konnte in den letzten 10 Jahren einen massiven Einwohnerzuwachs von rund 34 % verzeichnen. Sie hat sich aber selbst Wachstumsgrenzen gesetzt und sieht ihre Entwicklung mit der Vollendung des Gemeindezentrums „Am Bernstein“ im Wesentlichen als abgeschlossen an. Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Ärztezentrum, Apotheke, Bank, Post, Fachgeschäften, Fahrschule oder Restaurants sorgen hier für die nötige überörtliche Bedeutung. **DK**

Grimm Bürgermeister in Waldaschaff

Der gemeinsame Kandidat von CSU und Freien Wählern, Marcus Grimm, hat die Bürgermeisterwahl in Waldaschaff im Landkreis Aschaffenburg gewonnen. Bei der Wahl stimmten 57,99 Prozent für den 30-jährigen Verkehrsfachwirt. Auf seinen 38-jährigen Konkurrenten, den SPD-Kandidaten Wolfgang Brehm, entfielen 42,01 Prozent. Der Urnengang war notwendig geworden, weil der bisherige Bürgermeister Peter Winter (CSU) bei der Landtagswahl im September den Sprung ins Maximilianeum geschafft hatte. Der 49-Jährige hatte fast 20 Jahre lang an der Spitze der Gemeinde gestanden. **DK**

CSU verteidigt OB-Sessel in Neu-Ulm

Gerold Noerenberg von der CSU wird neuer Oberbürgermeister von Neu-Ulm. Der 46-Jährige kam bei der Wahl am vergangenen Sonntag auf 51,3 Prozent der Stimmen. Seine Gegenkandidatin von der SPD, Rosl Schäufele, erreichte 35,8 Prozent, der dritte Bewerber, Norbert Wartha von den Grünen, errang 12,9 Prozent. Die Beteiligung lag bei 40,7 Prozent. Damit verteidigte die CSU ihren OB-Sessel gleich in der ersten Runde. Der Urnengang war nötig geworden, weil Beate Merk als Justizministerin in das Kabinett berufen worden war. **DK**

Vorschau auf GZ 3

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 3, die am 29. Januar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Dorferneuerung • Stadtanierung
- ◀ Garten- und Landschaftsbau • Kommunalfahrzeuge
- ◀ Kommunale Freizeitanlagen
- ◀ Kommunalfinanzen
- ◀ Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- ◀ Handwerk
- ◀ Fremdenverkehr in Bayern